

# Die koloniale Revolution

Enthält:

Hintergrund der kolonialen Revolution

Aufstieg und Niedergang des Stalinismus in der  
kolonialen Welt

**Ted Grant: Die koloniale Revolution und  
die deformierten Arbeiterstaaten  
(1978)**

Die neue Phase der kolonialen Revolution

Anhang: Auszug aus Ted Grant: Die chinesische  
Revolution (Januar 1949)

Preis: DM 6,-

**Herausgegeben von Stuttgarter  
VORAN-Unterstützern**

# Inhalt:

Vorwort.....	3
Hintergrund der kolonialen Revolution..... (Wolfram Klein).	4
Aufstieg und Niedergang des Stalinismus in der kolonialen Welt ..... (Wolfram Klein)	10
Die koloniale Revolution und die deformierten Arbeiterstaaten..... (Ted Grant, 1978)	25
Die neue Phase der kolonialen Revolution..... (Wolfram Klein)	44
Anhang: Auszug aus: Die chinesische Revolution..... (Ted Grant, Januar 1949)	63

Die Texte von Ted Grant wurden übersetzt von  
Goran Hastenteufel, Stephan Kimmerle, Wolfram Klein und Kai Ruoff

1. Auflage: Oktober 1991

# Vorwort

Die Jahrzehnte seit Ende der Vierziger Jahre waren in Westeuropa, Nordamerika und Japan eine Periode von außergewöhnlicher sozialer Stabilität, vor allem, wenn man sie mit der Zeit zwischen den Weltkriegen vergleicht. Die Grundlage für diese Stabilität war ein wirtschaftlicher Aufschwung, wie er ohne Parallele in der Geschichte ist. Die Industrieproduktion schnellte fieberhaft in die Höhe, der Lebensstandard der Lohnabhängigen stieg beständig. In mehreren Ländern konnten sich stabile bürgerliche Demokratien entwickeln, die kaum von großen Klassenkämpfen erschüttert wurden. Viele Menschen vergaßen und vergessen dabei, daß der größere Teil des Erdballs derartige, relativ erträgliche Zustände nicht bietet. In Lateinamerika, Afrika und Asien gab es in den letzten Jahrzehnte keine Stabilität, sondern wachsende Verelendung, Hungersnöte, Seuchen, Unruhen, Putsche, Kriege und Bürgerkriege, Revolutionen und Konterrevolutionen. 1945 waren noch fast ganz Afrika, große Teile Asiens und Gebiete in Lateinamerika Kolonien. Durch die koloniale Revolution wurden sie fast alle unabhängig, zumindest rechtlich. In einigen Ländern sind die Kolonialherren ohne größere Kämpfe abgezogen. In anderen hat es davor lange und blutige Guerillakriege oder Massenaufstände gegeben. Die koloniale Revolution ist einer der großartigsten Prozesse der Menschheitsgeschichte, weil die am meisten

unterdrückten Völker der Erde die ersten Versuche machen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, Jahrhunderte von Unterdrückung, Ausbeutung und Demütigung zu beenden. In den meisten Ländern wurde aber die wirtschaftliche Abhängigkeit nicht gemeinsam mit der politischen Abhängigkeit beseitigt. Es zeigte sich, daß die politische Unabhängigkeit die grundlegenden Probleme dieser Völker nicht löst. In anderen Ländern ging die Revolution weiter. Sie wurden nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Kontrolle der ehemaligen Kolonialmächte entzogen. Aber was ist der Charakter dieser Revolutionen? Wie sehen die Staaten aus, die aus ihnen entstanden sind? In der BRD und in anderen Ländern hat es mit einigen dieser Revolutionen, zum Beispiel denen in Vietnam und Nicaragua, große Solidaritätsbewegungen gegeben. Aber diese Bewegungen haben oft Solidarität mißverstanden als Verzicht auf Kritik. Viele Linke setzten aus Frustration über die Schwierigkeiten, im eigenen Land etwas zu verändern, ihre Hoffnungen auf ferne Länder. Hoffnungen und Sympathie können aber das Verständnis für die gesellschaftlichen Prozesse und Interessen, die in einer Revolution ihren Ausdruck finden, nicht ersetzen. Dieser Mangel an theoretischem Verständnis führte zu falschen Erwartungen und schließlich in der Regel zu Katzenjammer und

Resignation.

Wir hoffen, daß diese Broschüre dieses notwendige Verständnis für den Charakter der kolonialen Revolution schaffen kann. Ihr Kernstück, *"Die koloniale Revolution und die deformierten Arbeiterstaaten"*, ist ein Artikel, der im Juli 1978 in der britischen marxistischen Zeitschrift *MILITANT INTERNATIONAL REVIEW* erschien. Der Autor, **Ted Grant**

**[REDACTED]** 1964 gründete er die marxistische Zeitung *MILITANT*.

Das erste Kapitel, *"Hintergrund der kolonialen Revolution"*, soll die Entwicklung des Kapitalismus, die Entstehung des Stalinismus und die durch sie veranlaßte Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, soweit sie zum Verständnis der marxistischen Theorie der kolonialen Revolution notwendig sind, im Umriss darstellen. Das zweite Kapitel, *"Aufstieg und Niedergang des Stalinismus in der kolonialen Welt"*, skizziert die Entstehung und den Niedergang der (meisten) stalinistischen Staaten in der "Dritten Welt".

Im letzten Kapitel, *"Die neue Phase der kolonialen Revolution"*, geht es um die Ursachen der Flaute der Revolutionen in der "Dritten Welt" und die Gründe dafür, warum diese Flaute nicht andauern wird.

Die Herausgeber

## 1. Kapitel

# Hintergrund der kolonialen Revolution

Die Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens werden häufig als "Dritte Welt" bezeichnet. Das ist aber sehr irreführend. Diese Länder bilden keine Welt für sich. Tatsächlich sind sie Teil der kapitalistischen Welt, des kapitalistischen Weltmarkts. Das ungeheure Elend dieser Länder ist zum Großteil eine Folge der ökonomischen

Gesetze dieses kapitalistischen Weltmarkts. Es gerät immer mehr in Mode, diesen Zusammenhang abzuleugnen mit der Begründung, die Hauptprobleme lägen vor Ort, in der Unfähigkeit, Korruption und Verschwendungssucht der herrschenden Eliten in diesen Ländern selbst. Das ist eine äußerst kurzsichtige Argumentation,

denn diese Eliten könnten sich ohne die Unterstützung "westlicher" Regierungen und multinationaler Konzerne kaum noch an der Macht halten. Die Hauptursache für das Elend der "Dritten Welt" ist der Kapitalismus.

## Kapitalismus

Das Grundprinzip des Kapitalismus ist die *Produktion für den Profit*. Es geht nicht darum, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern Geld in mehr Geld, Wert in Mehrwert zu verwandeln. Das wird durch die *Ausbeutung* der Lohnabhängigen, der ArbeiterInnenklasse erreicht. Diese Ausbeutung besteht darin, daß die Lohnabhängigen während ihrer Arbeitszeit mehr Werte produzieren als sie dafür in Form von Lohn erhalten. Die Differenz zwischen beiden bildet den Mehrwert der Kapitalisten. Die Höhe dieses Mehrwerts hängt nicht in erster Linie davon ab, wie niedrig der Lebensstandard der Lohnabhängigen, des *Proletariats*, ist, sondern von der Höhe der Arbeitsproduktivität. Um diese Arbeitsproduktivität zu steigern, hat der Kapitalismus die Produktion immer mehr vergesellschaftet, indem er die Arbeitsteilung steigerte und die Produktion verwissenschaftlichte.

Durch die hohe Arbeitsteilung und die Steigerung der Qualifikation der Lohnabhängigen, zu denen die Kapitalisten gezwungen sind, hat das

Proletariat einen unvergleichlich viel weiteren Horizont als jemals eine ausgebeutete Klasse vor ihm. Gleichzeitig gerät die kapitalistische Produktion in immer größere *Widersprüche*, vor allem den Widerspruch zwischen wachsender Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses und dem Fortbestehen der Profitproduktion, zwischen *gesellschaftlicher Produktion* und *privater Aneignung*. Dadurch schafft der Kapitalismus sowohl die objektiven (Vergesellschaftung der Produktion) als auch die subjektiven (eine ArbeiterInnenklasse, die fähig ist, die Produktion auch ohne Kapitalisten zu organisieren) Voraussetzungen für eine höhere, sozialistische Gesellschaftsordnung.

### Das Proletariat

Manche Leute halten Marx für widerlegt, weil sich der Lebensstandard der Lohnabhängigen in den letzten 100 Jahren in den entwickelten kapitalistischen Ländern zweifellos

gehoben hat. Diese Steigerung des Lebensstandards war notwendig, um die Arbeitsproduktivität noch mehr zu steigern. Dadurch hat die Ausbeutung (der Umfang der unbezahlten im Verhältnis zur bezahlten Arbeit) in Wirklichkeit nicht ab-, sondern zugenommen. Das Proletariat ist nicht deswegen der einzig mögliche Träger einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, weil es am meisten ausgebeutet wäre, sondern wegen seiner Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Deshalb können ArbeiterInnen eine sozialistische Gesellschaft organisieren. BäuerInnen oder Hausfrauen können wesentlich stärker ausgebeutet sein, aufgrund ihrer isolierten und rückständigen Arbeitsweise können sie bei der sozialistischen Umgestaltung keine selbständige Rolle spielen. Marx hat die Rolle der BäuerInnen in der Gesellschaft keineswegs ignoriert. Zu seiner Zeit bestand ja auch in Deutschland oder Frankreich der größte Teil der Bevölkerung aus ihnen. Er war sich im Klaren, daß eine ArbeiterInnenrevolution in einem Land mit überwiegend

bäuerlicher Bevölkerung nur mit ihrer *Unterstützung und Beteiligung* möglich ist. Zum Beispiel in einem Brief an Engels vom 16.4.1856 schrieb er, daß der Ausgang der proletarischen Revolution in Deutschland davon abhängt, ob sie von einer "zweiten Auflage des Bauernkrieges" unterstützt werden werde. Dabei hat Marx der BäuerInnenschaft aber keine selbständige Rolle zugemutet. Er wußte, daß sie in der kapitalistischen Gesellschaft *nur entweder die ArbeiterInnen oder die Kapitalisten unterstützen können*.

**Der Staat**

Keine herrschende Klasse gibt ihre Macht freiwillig ab. Andererseits sind sie aber meist nicht in der Lage, die beherrschten und ausgebeuteten Klassen eigenhändig niederzuhalten. Zu diesem Zweck schaffen sie sich einen *Staatsapparat*. Dieser Staatsapparat ist keineswegs ein neutraler Schlichter, der über den gesellschaftlichen Klassen steht. Wenn in irgendeinem Land streikende ArbeiterInnen verhaftet, DemonstrantInnen auseinandergetrieben, Streikposten vor den Werkstoren gewaltsam entfernt, Gewerkschaften vom Gericht zu hohen Geldbußen verurteilt oder ArbeiterInnen durch die Armee aus einem besetzten Betrieb vertrieben werden, kriegen die Betroffenen den Klassencharakter des Staates hautnah zu spüren. Nicht nur eine Militärdiktatur, auch der demokratischste bürgerliche Staat ist ein *Unterdrückungsinstrument in den Händen der Kapitalisten*. Auch in ihm gibt es Polizei, Gefängnisse, Armee, Geheimdienst, Justizapparat, eine ständige Bürokratie, die alle hierarchisch von oben und nicht von unten kontrolliert werden. Für die Kapitalisten ist der Staat ein notwendiges Übel, das nicht zu viel Geld

kosten darf. Bürokratismus, Verschwendung, Prunksucht, Vetternwirtschaft schmälern die Profite der Kapitalisten. Deshalb haben sie ein Interesse daran, den Staat durch ein umfangreiches System von Kontrollen und Gleichgewichten, Gewaltenteilung und öffentlicher Verantwortlichkeit im Zaum zu halten. Für sie ist die *bürgerliche Demokratie die billigste Regierungsform*.

Trotzdem ist die Demokratie für die Kapitalisten nicht immer brauchbar.

**Bonapartismus**

Wenn die ArbeiterInnen die Herrschaft der Kapitalisten nicht mehr als selbstverständlich hinnehmen, wenn die gesellschaftlichen Spannungen zu groß werden, brennen die Sicherungen der Demokratie durch, die Bourgeoisie muß zu einer anderen Herrschaftsform, einer offenen Diktatur greifen oder sie wird gestürzt. Die Kapitalisten müssen die politische Macht konzentrieren, um sie geballt gegen das Proletariat richten zu können, aber damit verlieren sie weitgehend die Kontrolle über sie. Sie bleiben zwar die ökonomisch herrschende Klasse, aber sie treten die politische Herrschaft an den verselbständigten alten Staatsapparat, einen Diktator oder eine Organisation, die sich an die Spitze des Staatsapparats setzen, ab. Der Staatsapparat wird zwar in der Regel ihre Interessen vertreten, aber er wird dafür einen hohen Preis verlangen. Da in dieser Situation die wichtigsten gesellschaftlichen Klassen sich offen feindselig gegenüberstehen und sich gewissermaßen neutralisieren, kann der Staatsapparat relativ unabhängig agieren, zwischen den Klassen lavieren, sich mal auf die eine stützen und gegen die andere Schläge austeilen, mal umgekehrt. Alle diese Manöver bleiben auf

der Grundlage des Kapitalismus, es gibt keine größeren Enteignungen, das Privateigentum wird im Kern nicht angetastet. Eine derartige Herrschaftsform nannte Marx *Bonapartismus*.

Auch wenn der bonapartistische Staat letztlich die Interessen der Kapitalisten vertritt, stützt er sich vorwiegend auf eine andere Gesellschaftsklasse, die (Parzellen-) BäuerInnen. "Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. (...) Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der anderen Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern nur ein lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieseligkeit der Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihre Klasseninteressen im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie von den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet." (Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, 1852, MEW Band 8, Seite 198f.)

# Imperialismus

Marx hat nicht erwartet, daß der Kapitalismus noch so lange überleben würde, wie es tatsächlich der Fall ist. Um die Jahrhundertwende ist der Kapitalismus in ein ganz neues Stadium getreten, er ist zum *Imperialismus* geworden. Marx hat zwar die Grundzüge des Imperialismus (zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft, wachsende Rolle des Staats) richtig vorhergesehen, aber natürlich nicht die Details. Der Imperialismus zeichnet sich nach *Lenin* wirtschaftlich dadurch aus, daß *Monopole* im Wirtschaftsleben dominieren, daß Industriekapital und Bankkapital zum *Finanzkapital* verschmelzen, die Bedeutung des *Kapitalexports* zunimmt, die Aufteilung der Erde unter die *Multinationalen Konzerne* beginnt und die *territoriale Aufteilung der Erde* unter die Großmächte abgeschlossen ist. Die Verteidiger des Imperialismus versuchen, ihn mit dem *Kolonialismus* zu vermengen, um dann aus der formellen Unabhängigkeit der Kolonien zu schließen, daß es gar keinen Imperialismus mehr gebe. Tatsächlich hat der Imperialismus erst da begonnen, als praktisch die ganze Welt unter die Großmächte aufgeteilt war - und deshalb die "Zu-kurz-Gekommenen" versuchten, eine Neuverteilung herbeizuführen. Diese Versuche der Neuverteilung führten zu den beiden *Weltkriegen*.

Mit den aus allen Teilen der Welt zusammengeraubten Profiten kann der Imperialismus einen Teil des Proletariats korrumpieren und in eine *ArbeiterInnenaristokratie* verwandeln, deren Wohlstand von der Ausbeutung mit abhängt. Daraus haben manche Leute den Schluß gezogen, daß die ArbeiterInnen der imperialistischen Länder zu einer konterrevolutionären Kraft geworden seien. Tatsächlich stellt diese "Aristokratie" aber nur eine Minderheit des Proletariats dar. Eine Minderheit, die aber meist die ArbeiterInnenorganisationen dominiert und ihre Interessen und Auffassungen als die der ganzen Klasse (oder des "Volkes") ausgibt. Solange die große Masse des Proletariats ihre Organisa-

tionen nicht der Vorherrschaft der Aristokratie entreißen kann, befindet sie sich in ihrem Schlepptau - und die ArbeiterInnenaristokratie wiederum im Schlepptau der Bourgeoisie. Auf diese Weise konnten die Kapitalisten in den letzten Jahrzehnten die ArbeiterInnen in ihr System "integrieren". Der *Reformismus* und *Opportunismus* beherrschte die ArbeiterInnenbewegung. Dieser Mechanismus kann aber nur funktionieren, solange die Kapitalisten so große Profite machen, daß sie sich die Bestechung der ArbeiterInnenaristokratie leisten und der Masse des Proletariats wenigstens erträgliche Lebensverhältnisse ermöglichen können.

## die koloniale Welt

Ob ein Land imperialistisch ist, hängt von seiner Wirtschaftsstruktur und den von ihr bestimmten Interessen der herrschenden Klasse ab. Auch ein unterentwickeltes Land, in dem die wenige vorhandene Industrie stark monopolisiert und mit den Banken verflochten ist, ist imperialistisch (wenn die Kapitalisten zumindest so stark sind, daß sie herrschen, und nicht irgendwelche Großgrundbesitzer). Die Bourgeoisie eines kolonialen Landes wie Indien versucht auch, ihre Profite aus anderen Länder zu saugen, wenn sie kann. Seine Versuche, Sri Lanka in seine Abhängigkeit zu bringen, haben das gezeigt. Saddam Husseins Annektion von Kuwait war ebenso imperialistisch. Trotzdem sind das nur *imperialistische Regionalmächte*. Sie sind für die internationale ArbeiterInnenklasse der kleinere Gegner im Vergleich zu einer *imperialistischen Weltmacht* wie den USA. (Trotzdem reden wir oft von imperialistischen Ländern, wenn wir eigentlich nur die entwickelten imperialistischen Länder meinen.)

Im Vorwort zu Marx' "Kapital" (1867) heißt es: "Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft."

(MEW Band 23, S.12) Das stimmt im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr. Die imperialistischen Länder machen den unterentwickelten eine eigenständige Entwicklung unmöglich. Es werden riesige Profite aus dem Land herausgesaugt, hauptsächlich durch die Ausbeutung von Bodenschätzen oder landwirtschaftlichen Produkten, die die Kapitalisten im eigenen Land nur schwer erzeugen können. Die Profite werden zum Großteil aber nicht in diesen Ländern investiert, weil dort die Arbeitsproduktivität so niedrig ist, daß trotz Hungerlöhnen die meisten Branchen nicht mit den entwickelten kapitalistischen Ländern konkurrieren könnten. Die Kapitalisten haben kein Interesse an den gigantischen Investitionen in Infrastruktur oder Bildungssystem, die für eine kapitalistische Entwicklung notwendig wären. Deshalb hat sich die Kluft zwischen imperialistischen Ländern und kolonialer Welt in diesem Jahrhundert erweitert: 1900 hatten die neun wichtigsten asiatischen Länder 21% des Bruttoinlandsprodukt der imperialistischen Länder (pro Kopf). 1987 waren es nur 12%. Bei den sechs wichtigsten lateinamerikanischen Ländern gab es einen Rückgang von 33 auf 28%.

Nur in einigen Ländern (vor allem in Lateinamerika) und einigen Branchen (z.B. der Textilindustrie) ist es zu einer nennenswerten Industrialisierung gekommen. Und dort haben die imperialistischen Regierungen häufig mit den verschiedensten Handelshemmnissen auf die Konkurrenz reagiert. Deshalb bilden moderne Industrieanlagen oder Bergwerke (die meist amerikanischen oder europäischen Großkonzernen gehören) meist Inseln in einer vorkapitalistischen Gesellschaft. Auch wenn diese Länder juristisch keine Kolonien mehr sind, wirtschaftlich sind sie in kolonialer Abhängigkeit. Deshalb verwenden wir weiterhin den Begriff *koloniale Welt*.

Wirtschaftlich gibt es dort Mischformen mit vorkapitalistischen Produktionsweisen. Es gibt *halbfeudale Ver-*

*hältnisse*, in denen *Großgrundbesitzer* Land an *Kleinbauern* verpachten und dafür riesige Grundrenten kassieren. Manchmal gibt es auch Reste *asiatischer* Produktionsverhältnisse, die auf der Instandhaltung von Be- und Entwässerungssystemen durch den Staat beruhen. Da in diesen Ländern die Existenzgrundlage der Menschen von der Tätigkeit des Staats abhing, hatte der Staat eine ungeheure Macht. Die Bürokratie kontrollierte das gesellschaftliche Leben. Diese Staatsform nennen wir *orientalischen Despotismus*. In diesen Ländern ist die kapitalistische (oder stalinistische) Bürokratie teilweise die direkte Fortsetzung der alten Bürokratenkaste.

Die deutsche Revolution von 1848/49 zeigte, daß, je rückständiger ein Land wirtschaftlich ist, desto unfähiger seine Bourgeoisie ist, eine revolutionäre Rolle zu spielen. Die deutsche Bourgeoisie war weder fähig, den Feudalismus zu zerschlagen noch einen Nationalstaat herzustellen. Stattdessen schloß sie bald einen Kompromiß mit den Fürsten und ermöglichte es ihnen so, die Revolution blutig niederzuschlagen. Wirtschaftlich rückständige Länder machen die technische Entwicklung der fortgeschrittenen Länder im Zeitraffer durch. Deshalb dominieren relativ früh Großbetriebe. Das Proletariat wird zu einer Macht, die die Kapitalisten in Angst und Schrecken versetzt, bevor sie selbst den Feudalismus stürzen konnte. Deshalb sucht die Bourgeoisie den Kompromiß mit den alten herrschenden Klassen und versucht, mit ihnen zu verschmelzen. Marx und Engels zogen 1850 die Schlußfolgerung, daß Deutschland direkt von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution

## Revolution in Permanenz

übergehen müsse. Es ist "unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert ist und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit fortgeschritten ist, daß die

Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind." (MEW Band 7, S.248) Sie nahmen aber an, daß die ArbeiterInnenrevolution in Frankreich vorher siegen werde.

Später haben Engels und die russischen MarxistInnen diese Vorstellungen auf Rußland übertragen: Durch die russische bürgerliche Revolution werde der Zarismus, das größte Bollwerk der europäischen Revolution, zerstört werden. Das werde der proletarischen Revolution in Europa großen Auftrieb geben und in deren Gefolge könne auch Rußland zur Diktatur des Proletariats gelangen ohne eine Etappe gefestigter bürgerlicher Herrschaft. Tatsächlich übertraf aber die russische Bourgeoisie noch die deutsche von 1848 an Feigheit und Verkommenheit. *Lenin* und die *Bolschewiki* zogen daraus die Konsequenz, daß nur das Proletariat im Bündnis mit den BäuerInnen die bürgerliche Revolution durchführen könne. Aber vor dem ersten Weltkrieg schlossen sie noch aus, daß die russische Revolution vor der Revolution im Westen über bürgerliche Etappe hinausgelangen könne.

Beinahe der einzige, der die wirkliche Entwicklung der russischen Revolution vor 1914 schon vorausgesagt hat, war *Leo Trotzki*. Seine *Theorie der permanenten Revolution* besagte: In Ländern mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung kann nur die ArbeiterInnenklasse die demokratischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution durchführen, also die Agrarfrage und die nationale Frage lösen. Dazu muß das Proletariat im Bündnis mit den BäuerInnen seine Diktatur über die Kapitalisten errichten. Das Proletariat kann sich dabei nicht auf die bürgerlich-demokratischen Aufgaben beschränken, es wird gezwungen sein, weitgehende Eingriffe in die bürgerlichen Eigentumsrechte vorzunehmen. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein.

Mit der russischen Oktoberrevolution wurde erstmals in einem Land dauerhaft die Diktatur des Proletariats errichtet. Deshalb ist die Oktoberrevolution das großartigste Ereignis der bisherigen Menschheitsgeschichte.

Dabei steht diese Diktatur in keinem Gegensatz zu einer wirklichen, nicht nur bürgerlich beschränkten Demokratie. "Die Diktatur des Proletariats

## Diktatur des Proletariats

kann und muß ihrem Wesen nach höchste Entfaltung der proletarischen Demokratie sein. Zur Durchführung einer grandiosen sozialen Revolution bedarf das Proletariat der höchsten Offenbarung all seiner Kräfte und Fähigkeiten: es organisiert sich demokratisch, gerade um seine Feinde zu bezwingen. Die Diktatur soll, nach Lenin, "jede Köchin lehren, den Staat zu lenken". Das Schwert der Diktatur ist gegen die Klassenfeinde gerichtet.

*Grundlage der Diktatur bildet die proletarische Demokratie.*" (Trotzki, März 1935) Unmittelbar nach der Oktoberrevolution war Rußland eine ArbeiterInnenrepublik, die Macht lag bei den Räten, deren VertreterInnen wählbar und jederzeit absetzbar waren und nicht mehr als einen normalen FacharbeiterInnenlohn erhielten.

Aber Lenin und Trotzki war klar, daß die Revolution auf keinem Fall in einem einzelnen Land zum Abschluß gebracht werden kann. Sie sahen in der Oktoberrevolution den Beginn der Weltrevolution und nur vor diesem Hintergrund war sie gerechtfertigt. Um diese Weltrevolution zum Erfolg zu führen, wurde 1919 die *Kommunistische Internationale* gegründet. Lenin und Trotzki erwarteten zunächst die Ausbreitung der Revolution vor allem nach Westen. Aber auch in den Kolonien und Halbkolonien gab die russische Revolution der revolutionären Bewegung einen mächtigen Anstoß. In China, in Indien, im Nahen Osten etc. wurden kommunistische Parteien gegründet. In diesen Ländern war die Bourgeoisie noch unfähiger, eine bürgerliche Revolution zu führen als in Rußland. Es gab keine selbstbewußte, einheimische Kapitalistenklasse. Sie waren und sind zum Großteil nur *Lakaien des Imperialismus* ("Kompradoren"). Großgrundbesitz und Banken sind eng miteinander verflochten, so daß die Kapitalisten in den meisten kolonialen Ländern zu einer echten *Bodenreform*, einer Zerschlagung des halbfeudalen Großgrundbesitzes un-

# 8 Hintergrund der kolonialen Revolution

fähig sind. Ebenso wenig sind sie zu einer Lösung der *nationalen Frage*, der Beseitigung der Ausplünderung durch den Imperialismus, der Herstel-

lung eines Nationalstaats fähig. Diese Aufgaben der bürgerlichen Revolution können dort durch das Bürgertum nicht gelöst werden. Auch für diese

Länder war und ist die *permanente Revolution* der einzige Ausweg aus dem Elend.

## Stalinismus

Die Imperialisten wollten sich mit der Schaffung der russischen Räterepublik nicht abfinden, Soldaten aus 14 Ländern, die sich vorher noch im Weltkrieg gegenseitig zerfleischt hatten, marschierten in Rußland ein. Aber die Oktoberrevolution begeisterte Millionen ArbeiterInnen auf der ganzen Welt, es gab Streiks gegen die Militärintervention in Rußland, Meutereien in den Truppen, in Deutschland und Österreich-Ungarn Revolutionen. Die Imperialisten konnten verhindern, daß ein zweiter ArbeiterInnenstaat gebildet und Rußland aus seiner Isolierung befreit wurde, aber sie konnten die Oktoberrevolution nicht rückgängig machen.

Teilweise hatten sie aber Erfolg: Das Land blieb von kapitalistischen Ländern umkreist und war von ihrem Weltmarkt abhängig. Das Ausbleiben der Revolution im Westen demoralisierte das russische Proletariat. Die Menschen waren durch Weltkrieg und Bürgerkrieg ausgelaugt, hunderttausende revolutionäre ArbeiterInnen im Kampf gefallen. Nach dem Bürgerkrieg hatte das Proletariat nicht mehr die Kraft dazu, Staat und Wirtschaft selbst zu leiten. Die Eigeninitiative der Massen wurde immer mehr durch bürokratische Maßnahmen ersetzt. Die politische Macht ging von der ArbeiterInnenklasse auf die Bürokratie über. 1922/23 war der Staatsapparat fast wieder mit der alten bürgerlich-zaristischen Staatsmaschinerie identisch.

Die KommunistInnen versuchten zunächst noch, den Staatsapparat im Interesse der Lohnabhängigen zu kontrollieren, paßten sich dann aber zum Großteil dem bürokratischen Milieu an und wurden von ihm aufgesogen. Der Rest wurde arbeitslos, kam ins Gefängnis oder die Verbannung und endete schließlich in den Dreißiger Jahren im Arbeitslager oder vor dem Erschießungskommando. Der Staatsapparat der Sowjetunion

hatte nichts mehr mit "Sowjets", mit ArbeiterInnen-, BäuerInnen- und Soldatenräten zu tun, es war ein bonapartistischer Staat mit Stalin an der

### proletarische Bonapartismus

Spitze -der allerdings keinen Kapitalismus, sondern einen ArbeiterInnenstaat mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln Außenhandelsmonopol und Planwirtschaft als Grundlage hatte. Trotzki bezeichnete diesen stalinistischen Staat als *proletarischen Bonapartismus*. Die Ersetzung der proletarischen Demokratie durch eine bonapartistische Diktatur unter Stalin war eine politische Konterrevolution gegenüber der Oktoberrevolution. Es war eine degenerierte Diktatur des Proletariats, ein degenerierter ArbeiterInnenstaat. Um die ArbeiterInnendemokratie wiederherzustellen war der Sturz der Bürokratie durch eine politische Revolution notwendig, aber keine soziale Revolution, keine Änderung der Eigentumsverhältnisse. Nur wegen der Rückständigkeit Rußlands war es möglich, daß der Staat jahrzehntelang im Zustand einer halben Konterrevolution verharrte. Je mehr er sich entwickelte, desto mehr mußte er sich für die eine oder die andere Richtung entscheiden. Heute versuchen Gorbatschow und Jelzin durch die Wiederherstellung des Kapitalismus die von Stalin begonnene Konterrevolution zu vollenden.

Heute sehen wir in Osteuropa und der Sowjetunion die Todeszuckungen des Stalinismus. Es ist kaum noch vorstellbar, daß dieses Gesellschaftssystem einmal Menschen begeistert hat. Tatsächlich hatten aber nach dem Zweiten Weltkrieg in Ländern wie Frankreich oder Italien Parteien, die den Massenmörder Sta-

lin vergöttert haben, Millionen hinter sich. Der Kapitalismus hatte den Menschen seit 1929 eine schreckliche Weltwirtschaftskrise, faschistische Diktaturen und einen Weltkrieg mit über 50 Millionen Toten gebracht. In der gleichen Zeit hatte es in der Sowjetunion einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg gegeben und ihr war hauptsächlich der Sieg über Hitler zu verdanken. Beides war durch die Schuld der stalinistischen Bürokratie mit unbeschreiblichen Opfern verbunden gewesen, aber das war vielen nicht im Bewußtsein. Das Prestige der Sowjetunion bei den ArbeiterInnen auf allen Kontinenten und den unterdrückten Völkern in den (Halb-)Kolonien war wohl noch wesentlich größer als nach der Oktoberrevolution. Die Sowjetunion war ungeheuer gestärkt, der Imperialismus extrem geschwächt. Dieses *neue Kräfteverhältnis* bestimmte die Weltgeschichte der folgenden Jahrzehnte und hat sich erst in jüngster Zeit wieder grundlegend verschoben. Trotzki hatte vorhergesagt, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg eine noch größere revolutionäre Welle als nach dem Ersten geben würde. Das traf auch ein, aber durch die von Trotzki nicht vorhergesehene völlige Verschiebung des Kräfteverhältnisses gerieten die Revolutionen in stalinistische Bahnen. In Osteuropa wurden teils durch PartisanInnenarmeen (Jugoslawien, Albanien), teils mit Hilfe der Roten Armee stalinistische Staaten nach dem Muster der Sowjetunion errichtet. Im Gegensatz zur Sowjetunion waren diese Staaten aber von Anfang an bürokratisch deformiert, ohne daß es in ihnen wie in der Sowjetunion jemals eine proletarische Demokratie gegeben hätte. Deshalb sind sie *deformierte ArbeiterInnenstaaten*. Da der Kapitalismus vor dem Zweiten Weltkrieg diesen Ländern nur Diktaturen, Stagnation und Elend gebracht hatte und die Ka-

pitalisten fast alle bereitwillig mit den Faschisten kollaboriert hatten, unterstützte ein großer Teil der Bevölkerung die "Revolution von oben". Alle Versuche der ArbeiterInnen dabei selbst aktiv zu werden (Fabrikkomitees etc.), wurden aber sofort unterdrückt. Die Länder sollten dem Rußland von 1947 und nicht dem von 1917 gleichen.

#### Vierte Internationale

Die bürokratische Entartung der Sowjetunion hatte auch die Sektionen der kommunistischen Internationale umgeformt. Von demokratisch organisierten revolutionären Parteien waren sie zu verknöcherten *Werkzeugen*

*der Stalinschen Außenpolitik* geworden. In den Dreißiger Jahren wurde es deutlich, daß eine Reform der internationalen und ihrer Sektionen aussichtslos war. Schließlich wurde sie 1943 offiziell aufgelöst. Schon 1938 hatte Trotzki die *Vierte Internationale* gegründet. Er erwartete, daß sie in den revolutionären Kämpfen im Gefolge des bevorstehenden Weltkriegs von einer kleinen Sekte mit richtigem Programm zu einer Arbeiter-Masseninternationale anwachsen werde. Leider erwies sich die Führung der Vierten Internationale nach Trotzki's Tod als unfähig, die neue internationale Lage zu begreifen. Sie glaubte nach dem Zweiten Weltkrieg, daß Osteuropa immer noch kapitalistisch sei, daß die USA demnächst die Sowjetunion überfallen werde, daß in

Westeuropa keine bürgerlichen Demokratien mehr, sondern nur bonapartistische Diktaturen möglich seien, daß die europäische Wirtschaft von Krise zu Krise taumele. Diese Fehleinschätzungen rührten daher, daß sie das neue Kräfteverhältnis nicht begriff: Nach der Erfahrung mit dem Faschismus und seiner Niederschlagung (in erster Linie) durch die Rote Armee hätte das westeuropäische Proletariat allen Versuchen, in ihren Ländern Diktaturen zu errichten oder einen Krieg gegen die Sowjetunion zu führen, den erbittertesten Widerstand entgegengesetzt. Umgekehrt konnten die stalinistischen Parteien in Westeuropa die ArbeiterInnen von einer Revolution abhalten und ermöglichten so den Wirtschaftsboom der Nachkriegsjahrzehnte.

## China

In China hatte es von 1925 bis 1927 eine proletarische Revolution gegeben. Auf Stalins Befehl traten die KommunistInnen in die bürgerliche Kuomintang-Partei des Generals Tschiang Kai-Schek ein. Dieser Schritt, der allen Prinzipien von Marx und Lenin Hohn sprach, endete damit, daß Tschiang bei passender Gelegenheit die KommunistInnen niedermetzeln ließ. Von diesem Aderlaß hatten sich die revolutionären ArbeiterInnen Chinas bis 1949 noch nicht erholt. Die Reste der chinesischen KP mußten aufs Land fliehen. Dort versuchten sie einen BäuerInnenkrieg zu organisieren und wurden von Tschiang durch halb China gejagt. In der Provinz Jenan setzten sie sich fest und überstanden alle Versuche Tschiangs, sie zu vernichten, weil sie durch die Verteilung des Großgrundbesitzes Rückhalt bei den BäuerInnen hatten. Trotz aller Unterstützung durch den US-Imperialismus verlor Tschiang den Bürgerkrieg gegen Mao Tse-Tung, weil sein Regime durch und durch verrottet war. Der Hauptunterschied zu 1925-27 war, daß damals ein "kommunistischer" Landwirtschaftsminister BäuerInnen niederschießen ließ, die Land besetzten, und diesmal die Stalinisten eine radikale Bodenre-

form durchführten.

Aber welchen Charakter hatte die chinesische Revolution und das Regime, das aus ihr hervorging? Neben der Frage Osteuropas, dem Bruch zwischen Tito und Stalin und der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus war das die wichtigste Frage, die eine revolutionäre Organisation beantworten mußte. Wie in den anderen drei Fragen hat die Vierte Internationale auch hier versagt. Sie wiederholte die Prognosen, die Trotzki bei einem grundlegend anderen internationalen Kräfteverhältnis abgegeben hatte: Daß die Guerrilla sich Tschiang Kai-Schek unterwerfen und nicht über den Kapitalismus hinausgehen werde. Normalerweise kann der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung eines ArbeiterInnenstaats nur vom Proletariat durchgeführt werden.

Es hat aber schon früher in der Geschichte Fälle gegeben, daß eine Klasse unfähig war, ihre "historische Aufgabe" zu erfüllen, und dann eine andere Klasse die Erfüllung übernommen hat, wenn das für die Weiterentwicklung der Gesellschaft notwendig war. Zum Beispiel wurde die nationale Einigung Deutschlands nicht vom Bürgertum, sondern vom Großgrund-

besitzer Bismarck durchgeführt und der Kapitalismus in Japan im wesentlichen durch den Feudaladel errichtet. Das kann aber nur in bestimmten historischen Konstellationen passieren. Und auch dann wird die Aufgabe nur auf eine sehr "verzerrte" Weise gelöst. Es ist keineswegs so, daß eine Klasse beliebig die Rolle einer anderen spielen könnte. Oft genug kommt es vor, daß die Gesellschaft in so einer Situation in Barbarei versinkt.

In China hatte sich das Proletariat von der Niederlage von 1927 noch nicht erholt, der Kapitalismus aber war total verfault, sein Sturz die Bedingung für jeden gesellschaftlichen Fortschritt. International war der Imperialismus nach dem Weltkrieg so geschwächt, daß er nicht wirksam in China intervenieren konnte. So konnte eine BäuerInnenguerilla in die Bresche springen und die Aufgabe des Proletariats durchführen. Allerdings konnte ein Regime, das sich auf die BäuerInnen stützt, nur bonapartistisch sein. Bei dieser Kombination von Faktoren mußte in China ein Regime des proletarischen Bonapartismus, ein *deformierter ArbeiterInnenstaat* herauskommen. Die Führer der chinesischen Revolu-

# 10 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

---

tion selbst waren sich darüber keineswegs im Klaren. Mao prophezeite 1949 für China 50 bis 100 Jahre Kapitalismus. Im Gegensatz zur Führung der Vierten Internationale hat die Mehrheit der britischen Trotzki-

stInnen die Ereignisse in West- und Osteuropa, aber auch in China richtig analysiert. Ihr führender Theoretiker, *Ted Grant*, sagte schon im Januar 1949, noch vor dem Sieg der chinesischen Revolution, die Errich-

tung eines stalinistischen Staats in China voraus. Er prophezeite sogar den Bruch zwischen Peking und Moskau (siehe Anhang).

## 2. Kapitel

# Aufstieg und Niedergang des Stalinismus in der kolonialen Welt

Seit der chinesischen Revolution hat die Welle der kolonialen Revolution, die durch Afrika, Asien und Lateinamerika gegangen ist, mehrere Staaten nach dem Vorbild von China bzw. der Sowjetunion entstehen lassen. Diese Revolutionen haben die Analyse von Ted Grant immer wieder bestätigt, während die Sekten, in die die Vierte Internationa-

le zerfallen ist, Peinlichkeiten über Peinlichkeiten gehäuft haben.

Nach 1978 hat aber keine koloniale Revolution mehr zur Entstehung eines derartigen stalinistischen Staats geführt. Stattdessen sind diese Staaten in eine immer tiefere Krise geraten. In einigen (China, Birma, Benin) hat es Massenbewegungen der ArbeiterInnen und StudentInnen gegen die

Bürokratie gegeben, in allen sucht die Bürokratie mittlerweile ihr Heil in besseren Beziehungen zum Imperialismus.

Aber trotz dieser Gemeinsamkeiten weist die Entwicklung der stalinistischen Staaten große Unterschiede auf, so daß man sie nicht einfach über einen Kamm scheren kann.

# China zwischen sozialer und politischer Revolution

Nach ihrem Sieg mußte die chinesische stalinistische Regierung erst wieder die Wirtschaft in Ordnung bringen. Durch Krieg und Bürgerkrieg waren Produktion und Handel verfallen, die Inflation galoppierte: Für das Geld, für das man 1937 zwei Ochsen bekam, bekam man 1945 zwei Eier und 1949 ein Blatt Klopapier. Nach der Revolution wurde die Währung stabilisiert und blieb 30 Jahre stabil. Mao wollte nur das Land gleichmäßig verteilen und ansonsten mit den Kapitalisten zusammenarbeiten. Aus den geplanten 50 Jahren "kapitalistischer Demokratie" wurde aber nichts, weil die Kapitalisten nach Taiwan verdufteten. Gezwungenermaßen wurden 1953 *die Verstaatlichung der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft beschleunigt und der erste Fünfjahresplan aufgestellt*. 1956 wurde das "Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Phase der Revolution in die sozialistische Phase" offiziell verkündet.

Die Bürokratie hat die Planwirtschaft nicht gewollt und nachdem sie sie hatte, wußte sie nicht, wie sie damit umgehen soll. Das Ergebnis war ein beständiger *Zickzackkurs*. 1958/59 wurde von Parteichef Mao Tse-Tung der "große Sprung nach vorn" eingeleitet. Die Massen sollten durch verstärkte Opfer einen Industrialisierungsschub ermöglichen. Es erwies sich aber als unmöglich, die Naturgesetze außer Kraft zu setzen und beispielsweise in Hinterhof-"Hochöfen", die nie die notwendigen Temperaturen erreichen konnten, Eisen herzustellen. Die Kampagne erwies sich als totaler Fehlschlag, danach folgten "Liberalisierungs"-Schritte mit Marktelementen, erhöhter Lohndifferenzierung etc.

In dieser Phase eignete sich die Bürokratie derartige Privilegien an, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung ernsthaft behinderten und zu wachsendem Unmut bei Arbeiterin-

nen und BäuerInnen führten. Deshalb mußten die Privilegien vorübergehend zusammengestrichen werden.

## "Kulturrevolution"

Allerdings geschah das in einer Art und Weise, die für die wirtschaftliche Entwicklung noch verheerender war als die Bürokratie: In der "*Kulturrevolution*" mobilisierte Mao Jugendliche (vor allem SchülerInnen und StudentInnen) in "Roten Garden", um damit Schläge gegen Teile der Bürokratie auszuteilen.

Das hat bei manchen Sektierern im Westen große Illusionen hervorgerufen, obwohl es völlig dem Wesen des Bonapartismus entspricht. Der proletarische Bonapartismus bedeutet ebenso wie der bürgerliche ein Lavieren zwischen den Klassen, wobei man sich bei Bedarf mal auf die eine, mal auf die andere stützt. Schon Trotzki erklärte, daß die *Bürokratie sich gelegentlich auf die ArbeiterInnen und BäuerInnen stützen muß*, um die schlimmsten Exzesse der Bürokratie zu bekämpfen.

"Stalins Autokratie hat Vetternwirtschaft, Willkür, Zügellosigkeit, Unterschlagung und Bestechung zum Regierungssystem erhoben. Die immer offenere Zersetzung des Apparats beginnt, die Existenz des Staates selbst, die Quelle der Macht, der Einnahmen und Privilegien der herrschenden Schicht, zu gefährden. Eine Reform wurde nötig. Erschrocken vor ihrem eigenen Werk wendet sich die Krenl-Spitze an die Bevölkerung und erbittet deren Hilfe bei der Reinigung und Reorganisierung des Verwaltungsapparats." (Trotzki, 1936, in: Schriften 1.1, S.658)

Die "Kulturrevolution" war von vorne bis hinten *von oben organisiert und keine spontane Aktion der Massen*. Als die "Roten Garden" außer Kontrolle zu geraten drohten, wurden

sie (teilweise mit Hilfe des Militärs) aufgelöst.

Die "Kulturrevolution" -wie es manche Sektierer getan haben- als Neuaufgabe der Pariser Commune zu feiern, heißt, die Commune mit Dreck zu bewerfen. Bei einer "trotzkistischen" Sekte in Italien führte die Begeisterung für Mao sogar dazu, daß sie seine Schriften herausgaben und innerhalb der italienischen KP verkauften und damit den Maoismus nach Italien brachten -und an die Maoisten noch Mitglieder verloren!

Der "Kulturrevolution" folgte die übliche Gegenbewegung. 1976 gibt es noch einen Zickzack, sozusagen im Eiltempo: Im Frühjahr übernimmt die "Viererbande" die Führung der Bürokratie, macht einen "linken" Schlenker und wurde schon im Herbst wieder entmachtet und verhaftet. Es folgt eine Politik der Dezentralisierung und Öffnung nach Westen. Mal wieder werden marktwirtschaftliche Elemente eingeführt. Dieser Kurs wird ausnahmsweise mehr als ein Jahrzehnt im wesentlichen beibehalten.

## Chinas Außenpolitik

Die ersten Jahre nach der Revolution arbeitete die chinesische Bürokratie eng mit der Sowjetunion zusammen. Aber die sowjetische Bürokratie ist durch und durch nationalistisch. Der Widerstand Chinas gegen die sowjetische Bevormundung führte im Laufe der Fünfziger Jahre zu einer wachsenden Entfremdung und schließlich 1960 zum offenen Bruch. In den folgenden Jahren verschärften sich die Konflikte immer mehr und *führten 1969 die Sowjetunion und China an den Rand eines Krieges*, der ein Krieg zwischen zwei stalinistischen Staaten gewesen wäre. Bei diesen Konflikten waren ideologische Gegensätze nur vorgeschoben.

# 12 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

China hatte keine Hemmungen, in seiner Außenpolitik mit den reaktionärsten kapitalistischen Diktaturen (Pakistan, das iranische Schah-Regime, Mobutu in Zaire, Pinochet in Chile etc.) zusammenzuarbeiten. Auch die reaktionären afghanischen Mudschaheddin wurden von China unterstützt, Hauptsache es fördert den eigenen Einfluß oder schwächt die Sowjetunion. *Die chinesische Außenpolitik war von Anfang an durch und durch reaktionär und nationalistisch.*

## Fortschritte durch Planwirtschaft

Trotz der reaktionären Bürokratie hat es aber in China *gewaltige Fortschritte* gegeben. 1952 produzierte China 1,8 Millionen Tonnen Stahl, 1985 46 Millionen Tonnen. In dieser Zeit stieg die Elektrizitätserzeugung von 7,3 auf 410 Milliarden Kilowatt. Auch im Gesundheits- und Bildungswesen wurde enorme Verbesserungen erzielt. Von 1965 bis 1989 wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Durchschnitt jährlich um fast 6%.

Nur in Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur war das Wachstum etwas höher (um 7%) - aber dieses Wachstum war durch die USA durch große Handelsvorteile künstlich gesteigert worden. Die USA wollten so verhindern, daß diese Länder durch die gewaltigen Errungenschaften der chinesischen Revolution zur Nachahmung angeregt werden.

In größeren ostasiatischen Ländern, die von den Kapitalisten gern als Beispiel für die Erfolge ihres Systems angeführt werden (Thailand, Malaysia, Indonesien), betrug das Wachstum nur um 4%, in Indien - das mit China von den Ausgangsbedingungen viel eher zu vergleichen ist - gab es pro Kopf ein Wachstum unter 2%, weniger als ein Drittel des chinesischen Wachstums!

Dieses Wachstum hat auch in den Achtzigern angehalten. Es zeigt, daß in China die Bürokratie noch nicht ein absolutes Hindernis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ist. Sie ist nur ein relatives Hindernis verglichen mit dem, was in einer ArbeiterInnendemokratie möglich wäre.

## politische Revolution

Diese relativ fortschrittliche Rolle bedeutet nicht, daß es keine Opposition gäbe. Besonders nationale Minderheiten (vor allem Tibet) und StudentInnen haben sich immer wieder an Massenbewegungen gegen das Regime beteiligt. Im April 1989 führte diese Opposition bis zu einer *politischen Revolution* gegen die Bürokratie.

In den Achtziger Jahren hatte die marktwirtschaftlich Öffnung zwar vorübergehend das Wachstum beschleunigt, aber auch zu Inflation, wachsender sozialer Ungleichheit und schwerwiegenden Ungleichgewichten in der Wirtschaft geführt. Die Rückkehr der Landwirtschaft zur Kleinproduktion führte vorübergehend zu Produktionssteigerungen, weil die Leute auf ihrem eigenen Land mehr schufteten, aber auf Dauer konnte das die Folgen von mangelnden Düngereinsatz, Vernachlässigung der Bewässerung und Mangel an Maschinen, zu denen die Auflösung der "Volkskommunen" führte, nicht ausgleichen. Es mußte wieder Getreide importiert werden. Gleichzeitig sank der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung. Es gab wachsende Unzufriedenheit, 1988 gab es 900 Demonstrationen und 150 inoffizielle Streiks. Die Rückkehr zu mehr Zentralismus gefiel den StudentInnen und ArbeiterInnen auch nicht. Stattdessen lösten einige politische Zufälligkeiten (der Tod des 1987 nach einer Studentenbewegung als Sündenbock entmachteten Generalsekretärs Hu Yaobang am 15.4. 1989 und Gorbatschows Staatsbesuch einen Monat später) eine Massenbewegung aus. Am 17.4. demonstrierten 100.000 StudentInnen zum Andenken an Hu. Später traten die StudentInnen in den Streik und besetzten den "Platz des Himmlichen Friedens" dauerhaft. Am 17.5. demonstrierten eine Million in Peking. Die Bewegung war der Beginn einer politischen Revolution. Die DemonstrantInnen forderten eine Abschaffung der bürokratischen Privilegien und Demokratie, nicht eine Rückkehr zum Kapitalismus. Leider hatten sie noch große Illusionen in Teile der

Bürokratie und verstanden nicht, daß die Bewegung bis zum Sturz der Bürokratie vorangetrieben werden mußte, um eine blutige Konterrevolution zu verhindern. Deshalb trat Ende Mai die Bewegung auf der Stelle, die Demonstrationen wurden wieder kleiner, schließlich fühlte sich am 4. Juni die Bürokratie stark genug, um die Bewegung blutig niederzuschlagen.

## nach dem Massaker

Das Massaker und die wirtschaftlichen Fortschritte, die das Regime immer noch bieten kann, haben den Stalinisten eine Atempause von ein paar Jahren verschafft. Trotz der Erfolge im eigenen Land schwächt der Zusammenbruch des Stalinismus in fast allen anderen Ländern natürlich das Selbstvertrauen der chinesischen Bürokratie. Eine wachsende Schicht von Bürokraten, vor allem in den Betrieben, wird Illusionen in den Kapitalismus kriegen. Auch bei den ArbeiterInnen und StudentInnen werden Illusionen in den Kapitalismus zunehmen. Es läßt sich schwer abschätzen, inwieweit die chinesischen ArbeiterInnen die wachsenden Schwierigkeiten des Kapitalismus und vor allem den enormen Rückgang des Lebensstandards, zu denen die kapitalistische Restauration in Osteuropa führt, wahrnehmen werden.

Das Massaker hat den Illusionen in die Bürokratie einen Schlag versetzt. Da aber die Niederlage der Massenbewegung auch das Selbstvertrauen der ArbeiterInnen und StudentInnen geschwächt hat, können neue Hoffnungen auf den "liberalen Flügel" der Bürokratie entstanden sein. Wenn die Massen kein Vertrauen in die eigene Kraft haben, klammern sie sich auch an den dünnsten Strohalm. Das alles kann dazu führen, daß die "liberalen" Stalinisten relativ große Unterstützung haben könnten, wenn sie Schritte in Richtung zum Kapitalismus unternehmen. Die würden vor allem darin bestehen, daß die Autonomie der Betriebsleiter erhöht wird und zwischen den Betrieben immer mehr Marktbeziehungen dominieren. Schließlich würden die Betriebsbü-

rokraten versuchen, sich in Kapitalisten zu verwandeln. Das alles wäre aber mit massiven Angriffen verbunden (Massenentlassungen, Abbau betrieblicher Sozialleistungen etc.) und würde auf wachsenden Widerstand der ArbeiterInnen stoßen. Es wird vor allem von der internationalen Entwicklung abhängen, wie weit die Entwicklung gehen kann.

Die nächste Bewegung, die mit Sicherheit kommen wird, wird die Erfahrungen vom April-Juni 1989 verar-

beitet haben. Je später die neue Revolution kommt, desto deutlicher werden die verheerenden Folgen der Wiedereinführung des Kapitalismus in Osteuropa sichtbar sein, andererseits wird aber die zunehmend reaktionäre Rolle des Stalinismus im eigenen Land nicht nur die Bürokratie, sondern auch die Planwirtschaft insgesamt diskreditieren. Deshalb kann man nicht sagen, ob bei einer Massenbewegung in einigen Jahren die Illusionen in den Kapitalismus stärker oder

schwächer wären als heute. Es ist aber so oder so äußerst unwahrscheinlich, daß die konterrevolutionären Tendenzen auf Dauer die Oberhand behalten würden. Der Sieg des Stalinismus in China war nach der russischen Oktoberrevolution das großartigste Ereignis der bisherigen Geschichte. Der Sieg der ArbeiterInnendemokratie und des Sozialismus in China wird die Oktoberrevolution noch bei weitem übertreffen.

## Die kubanische Revolution

In *Kuba* herrschte bis 1959 der Diktator Batista. In den letzten 2 Jahren seiner ersten Diktatur (1933-44) waren Mitglieder der "kommunistischen" Partei in seiner Regierung. Dafür titulierte sie 1947 Castro als "Gangster". Durch die Unterstützung für den Diktator war die KP ziemlich unpopulär. Batistas zweiter Putsch 1952 rief breite Opposition von Intellektuellen und StudentInnen hervor. Fidel und Raul Castro versuchten, mit 120 AnhängerInnen die Moncada-Armee-Kaserne zu erobern. Das scheiterte natürlich, nach zwei Jahren Gefängnis ging Castro nach Mexiko, organisierte dort eine Guerilla-Armee, landete 1956 in Kuba und stürzte in einem dreijährigen Guerillakampf Batista.

Castro war ein *kleinbürgerlicher Radikaldemokrat*, der von den amerikanischen Präsidenten Jefferson und Lincoln schwärmte und Verstaatlichungen ablehnte. Aber die Bevölkerung hatte große Erwartungen in ihn, BäuerInnen wollten Land, unter Batista entlassene ArbeiterInnen wollten wieder eingestellt werden. Die USA gerieten in Sorge und übten Druck auf Castro aus. Der gab nicht nach, der *Konflikt eskalierte*. Im August 1960 verstaatlichte Castro die Telefongesellschaft, die Elektrizitätsgesellschaft, die Ö Raffinerien und Zuckerfabriken. In den nächsten vier Monaten führte die weitere Eskalation zur *Verstaatlichung der gesamten Großindustrie*. Castro bestätigte wider Willen die Richtigkeit von Trotzki's

Theorie der Permanenten Revolution: um rein bürgerliche Ziele durchsetzen zu können, mußte er mit dem Kapitalismus brechen und damit weit über seine ursprünglichen Ziele hinausgehen.

stalinistische Diktatur

Aber dieser Staat war nie eine ArbeiterInnendemokratie, auch wenn es in den ersten Jahren Elemente der ArbeiterInnenkontrolle gab und (in manchen Schichten der Bevölkerung bis heute) große Begeisterung für das Regime. Es gab keine demokratische Mitbestimmung, das Volk konnte nur bei Castro-Reden Ja oder Nein schreien.

Wie falsch die Sekten liegen, die Kuba für eine ArbeiterInnendemokratie halten, war schon daran zu sehen, daß dieselbe Sowjetunion, die den Versuch der ungarischen ArbeiterInnen, eine solche Demokratie zu errichten, im Blut von zigtausenden Toten erstickt hat, Kuba mit einer Million Dollar pro Tag geholfen hat. Die Schläge, die Castro gelegentlich gegen Teile der Bürokratie ausgeteilt hat (z.B. in der "Großen Revolutionären Offensive", seiner Version der "Kulturrevolution"), hatten denselben Charakter wie die entsprechenden Aktionen von Stalin, Mao oder Tito. 1965 verschmolz die kubanische "kommunistische" Partei mit den Anhängern Castros. Sage und

schreibe nach 10 Jahren -1975- hielt diese Partei ihren ersten "Parteikongreß" ab!

Krise des Regimes

Die Entwicklung der letzten Jahre ist durch wachsende ökonomische Schwierigkeiten, unter anderem wegen der Reduzierung der Hilfe durch die Sowjetunion, gekennzeichnet. Die Bevölkerung ist gespalten. Teile erinnern sich noch die Zustände unter dem Kapitalismus oder vergleichen ihre Lage mit der in anderen lateinamerikanischen Ländern und unterstützten deshalb das Castro-Regime. Andere, vor allem Jugendliche, vergleichen ihre Lebensverhältnisse mehr mit denen, die sie in amerikanischen Fernsehserien sehen und haben dadurch enorme Illusionen in den Kapitalismus.

Der kubanische Stalinismus ist nicht von der Roten Armee installiert worden, sondern aus eigener Kraft an die Macht gekommen. Halten konnte er sich aber nur durch die sowjetische Unterstützung. Nachdem die sowjetische Regierung -oder was von ihr noch übrig ist- jetzt vollständig vor dem US-Imperialismus kapituliert und Kuba fallengelassen hat, ist in Kuba *eine kapitalistische Restauration nur noch eine Frage der Zeit, wenn sich die internationalen Kräfteverhältnisse nicht noch einmal grundlegend verschoben*.

# 14 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

Im Gegensatz zu den osteuropäischen Stalinisten, die im bereits bestehenden Apparat Karriere gemacht haben, hat Castro selbst im Guerilla-Krieg die Macht erobert. Er wird sie nicht kampflös aufgeben. Eher ist es denkbar, daß er, um an der Macht zu bleiben, selbst die Konterrevolution einleitet. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht seine Absicht. Aber um den Stalinismus zu stabilisieren, versucht er, einerseits die Beziehungen zum Imperialismus zu verbessern, andererseits im eigenen Land marktwirtschaftliche Elemente zu stärken. Diese Schritte können eine Eigendynamik entwickeln, die schließlich zur kapitalistischen Restauration führen. Auch Gorbatschow wollte 1986 nicht zum Kapitalismus zurückkehren. Es ist aber auch möglich, daß er bei einem zu starken Anwachsen der kapitalistischen Kräfte versucht, einen Linksschwenk zu machen und sie zu unterdrücken. Anders als in der Sowjetunion 1928/

29 könnte er aber keine Stabilisierung des Stalinismus erreichen. Je mehr die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunehmen, ein desto größerer Teil der Bürokratie wird zum Kapitalismus zurückwollen. Castro kann mitmachen oder abgesägt werden.

Es ist aber möglich, daß das kubanische Kleinbürgertum, die Exilkubaner oder der US-Imperialismus so lange nicht warten wollen. Eine kapitalistische Restauration gegen die Bürokratie kann zu einem langgezogenen *Bürgerkrieg* führen. Eine *militärische Intervention* durch den US-Imperialismus würde aber eher zu einer Sammlung größerer Teile der Bevölkerung hinter Castro führen. Bei einem Bürgerkrieg zwischen kubanischer Bürokratie und dem US-Imperialismus und seinen Handlangern ginge es aber nur um die Form der Konterrevolution und darum, wer danach herrschen soll; bestenfalls noch darum, ob die Agrarreform zurückgenommen und wieder Großgrundbesitz eingeführt

wird.

Um sich an der Macht zu halten, wird die Bürokratie versuchen, den kubanischen Nationalismus zu schüren. Sie fängt jetzt schon an, sich verstärkt auf den kubanischen kleinbürgerlich-nationalen Revolutionär Marti zu berufen. Das mag vielleicht die Macht der Bürokratie retten. Es kann nicht die Arbeiterklasse vor den Schrecken der kapitalistischen Konterrevolution bewahren. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis kann das kubanische Proletariat eine Konterrevolution nicht verhindern, dazu ist der Imperialismus viel zu übermächtig. Nur das Proletariat ganz Lateinamerikas kann Kuba vor dem Kapitalismus retten, die politische Revolution in Kuba und die soziale Revolution im übrigen Lateinamerika durchführen und eine sozialistische Konföderation der lateinamerikanischen Staaten schaffen.

## Südostasien

Die größten Auswirkungen und die größte Vorbildwirkung hatte die chinesische Revolution in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. In *Birma* zum Beispiel führten nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere nationale Minderheiten und stalinistische Gruppen einen Guerilla-Krieg. Nach dem Abzug der britischen Kolonialherren gab es keinen schlagkräftigen Staatsapparat mehr.

Der Bankrott des Kapitalismus schrie so zum Himmel, daß sich selbst die prokapitalistischen Gruppen als "sozialistisch" ausgaben. Da die Offizierskaste auf kapitalistischer Grundlage keine Möglichkeiten sahen, sich genügend Privilegien zuzuschaffen, putschten sie und errichteten einen stalinistischen Staat mit verstaatlichter Industrie, Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol. Allerdings beriefen sie sich dabei nicht fälschlicherweise auf Marx oder zu Recht auf Stalin, sondern auf Buddha.

Die Verstaatlichung von 15000 Betrieben und die Streichung der Ver-

schuldung der BäuerInnen ermöglichten einen Abbau der sozialen Ungleichheit, Verbesserungen bei Gesundheit und Bildung. Aber es dauerte über zehn Jahre bis die stalinistischen Militärs die Wirtschaft so weit im Griff hatten, daß es nennenswerte Wachstumsraten gab. Sie erreichten aber niemals beispielsweise die Wachstumsraten der Sowjetunion in den Dreißiger Jahren.

Das lag zu einem großen Teil daran, daß auch das neue Regime mit Guerillabewegungen (Ende der Siebziger Jahre vor allem mit von China unterstützten Stalinisten, später überwiegend mit Verbänden der unterdrückten Minderheiten der Karen, Shan, Kachin und anderen Stämmen) zu kämpfen hatte. *Die Aufwendungen dafür machten einen großen Teil der Vorteile der Planwirtschaft zunichte.* In den Achtzigern verschärfte sich die wirtschaftliche Lage zunehmend. Das Land wurde immer mehr von "Entwicklungshilfe" der Imperialisten abhängig. Unter dem *Druck der Imperialisten* wurde 1987/88 eine Wirt-

schaftsreform begonnen. Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, erklärte die Regierung einen großen Teil der Banknoten für ungültig. Das führte im März zu Studentenprotesten, die im Sommer in eine *politische Revolution* einmündeten.

Am 18.9. putschte das Militär und schlug die Revolution mit brutaler Gewalt nieder. Mehrere tausend Menschen wurden in den folgenden Monaten von Armee und Polizei ermordet. Nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche versprach die Militärregierung freie Wahlen. Im Juli 1989, mitten im Wahlkampf, wurde die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi unter Hausarrest gestellt. Im November wurde vier Parteien der Minderheiten die Beteiligung an der Wahl verboten.

Trotzdem gewann die Opposition bei den Wahlen 1990 392 von 485 Sitzen, die ehemalige Staatspartei nur 12 Sitze. Die Armee erklärte, sie werde bis zur Verabschiedung einer Verfassung und Bildung einer Regierung im Amt bleiben. Es ist offenkun-

dig, daß nur eine erneute und diesmal bis zum Ende vorangetriebene Revolution sie vertreiben kann. Aung San Suu Kyi kann mit ihrer "Gewaltlosigkeit" zwar einen Nobelpreis bekommen, aber nicht das Regime stürzen. Gleichzeitig begann die Militärjunta mit der *Restauration des Kapitalismus*. Im Oktober wurde das Außenhandelsmonopol und das Verbot ausländischer Investitionen aufgehoben. Reprivatisierung wird der nächste Schritt sein.

Um die nichtbirmesischen Minderheiten zu besänftigen wurde 1989 Birma in Myanmar umbenannt. Bei dem gegenwärtigen weltweiten Anstieg des Separatismus *wird das die Einheit des Landes nicht retten können*. Aber die Guerillabewegungen sind sich nur gegen die Regierung einig. Sie können das Land bestimmt nicht aus dem Chaos führen. Die birmesischen Arbeiter und Studenten werden sich von dem Aderlaß 1988/89 so schnell nicht erholen. Solange nicht das Vorbild eines anderen Landes Birma-Myanmar den Ausweg aus der Krise zeigt, wird das Land immer tiefer in der *Barbarei* versinken.

#### Vietnam

Diejenige koloniale Revolution, die die größte Unterstützung in den westlichen Industrieländern hatte, war zweifellos die in *Vietnam*. Selbstverständlich war es völlig richtig, gegen den militärischen Terror des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk zu demonstrieren. Auch die Unterstützung der sozialen Revolution in Vietnam, Kambodscha und Laos war richtig, sie stellte einen gewaltigen Fortschritt dar. *Trotzdem mußte es für MarxistInnen klar sein, daß in Indochina totalitäre Regime und keine Demokratien entstehen würden*. Das bewies schon das Regime, das Ho Tsch-Minh in Nordvietnam errichtet hatte.

Aber auch die "trotskistischen" Sekten unterstützten das vietnamesische Regime unkritisch, obwohl sie hätten wissen können, daß Ho Tsch-Minh 1945/46 die vietnamesischen Trotskisten -eine der wenigen trotskistischen Massenparteien, die es bisher gab- abgeschlachtet hat.

Damals führte Ho Tsch-Minh die vietnamesische nationale Befreiungsbewegung Viet-Minh gegen den französischen Imperialismus.

Nach dem Zusammenbruch Japans im Herbst 1945 wollte Frankreich seine Kolonien in Indochina wiederhaben. 1954 kam es zum Waffenstillstand und zur *Teilung Vietnams*. Der Süden blieb eine Marionette des Imperialismus. Im Norden begann bereits 1953 eine Agrarreform, bei der Großgrundbesitzer und Dorfkapitalisten enteignet wurden. 1959/60 folgte eine Bewegung für die Kollektivierung der Landwirtschaft. 1956 begannen Versuche der Wirtschaftsplanung, 1960 der erste Fünfjahresplan.

In Südvietnam begann das kapitalistische Regime 1959, die im Süden verbliebenen Stalinisten zu verhaften. Sie beschlossen, sich durch einen *Guerilla-Krieg auf Sparflamme* zu wehren. Die USA schickten Militärberater nach Vietnam (Ende 1962 schon 8000). Im Herbst 1963 gingen die Guerilleros in die Offensive. Der US-Imperialismus schickte immer mehr Truppen ins Land (März 1968 eine halbe Million) und begann 1965 den *Bombenterror gegen Nordvietnam*. Wegen wachsender Opposition zu Hause und in der Armee mußten der US-Imperialismus sich ab März 1968 schrittweise zurückziehen.

Im April 1975 brach Washingtons Marionettenregime zusammen, *auch im Süden Vietnams wurden Großgrundbesitz und Kapitalismus zerschlagen* und 1976 das Land wiedervereinigt. Aber nach dem Sieg der Revolution erlebten wir das schändliche Schauspiel, daß ArbeiterInnenstaaten gegeneinander Krieg führten, erst Vietnam gegen Kambodscha, dann China gegen Vietnam. Diese Kriege zeigten die nationalistische Borniertheit der stalinistischen Bürokratien und haben viel zur Diskreditierung des Stalinismus in der kolonialen Welt beigetragen.

#### US-Verbrechen in Kambodscha

Die Wurzel für diese Kriege liegt in den *Verbrechen des US-Imperialismus im Vietnam-Krieg*. 1970 wurde die kambodschanische Regierung von

Prinz Sihanouk, die mit den vietnamesischen Stalinisten zusammengearbeitet hatte, durch einen Putsch gestürzt. Die Putschisten machten das Land zu einer Aufmarschbasis des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk.

Sihanouk verbündete sich mit Nordvietnam und der kambodschanischen stalinistischen Untergrundbewegung der "Roten Khmer". Eine Invasion der USA und Südviets, um das Regime zu stabilisieren, brachte den "Roten Khmer" nur Massentrückhalt. Ende 1972 war das korrupte Regime in Kambodscha besiegt. Darauf reagierte der US-Imperialismus mit *neunmonatigem ununterbrochenen Bombenterror*. Kambodscha sollte in die Steinzeit zurückgebombt werden. Später lamentierten die Imperialisten über den "Steinzeit-Kommunismus" der Roten Khmer. Tatsächlich war die wahnwitzige Idee, daß die Bewohner der Hauptstadt Pnom Penh allesamt Kollaborateure seien, eine Folge der Verbrechen des US-Imperialismus. Der Massenmord der "Roten Khmer" an Intellektuellen und andere angeblich "unproduktiven Elementen" lieferte dem vietnamesischen stalinistischen Regime den Vorwand, im Dezember 1978 in Kambodscha einzumarschieren. Das wiederum verschärfte den Konflikt Hanoi mit Peking, der im Februar 1979 zum Krieg führte. China marschierte in Vietnam ein, zog sich aber nach einem Monat und vielen Toten auf beiden Seiten wieder zurück.

Auch wenn die Wurzel für diese Konflikte in der Aggression des US-Imperialismus liegt, es ist die Schuld der stalinistischen Bürokratien, daß sie sie nicht beseitigen konnten. Jede bürokratische Clique verteidigt ihre Macht, ihr Prestige, ihr Einkommen, so wie Mafia-Clans in amerikanischen Gangster-Filmen "ihre" Territorien verteidigen.

#### Schritte zum Kapitalismus

Durch die Ambitionen der vietnamesischen herrschenden Kaste als Regionalmacht und die mit ihr verbundenen gewaltigen militärischen Ausgaben, wurde die wirt-

# 16 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

schaftliche Entwicklung schwer belastet. Verglichen mit dem Wirtschaftswachstum, daß die Sowjetunion und China aufwiesen, als sie noch eine so rückständige und damit auch für eine Bürokratie noch einigermaßen kontrollierbare Wirtschaft hatten, sind die Resultate Vietnams äußerst bescheiden.

Die vietnamesische Bürokratie reagierte darauf mit der *Wiedereinführung von Marktelementen*. Jetzt sieht es ganz danach aus, als wollten Kambodscha, Vietnam und Laos einen Wettlauf machen, wer die kapitalistische Konterrevolution am schnellsten schafft. Die Bürokratie hat ihr Selbstvertrauen verloren und

sucht Rettung beim Kapitalismus. Die Illusionen werden noch dadurch gesteigert, daß die kapitalistischen Länder der Region (Thailand, Indonesien, Malaysia) relativ hohe Wachstumsraten haben. Die Grundlage dafür sind aber vor allem die Hungerlöhne der ArbeiterInnen und die Ausplünderung der Rohstoffe durch den Imperialismus. Diese Länder werden bald in dieselbe Krise geraten, in der Brasilien schon seit 10 Jahren ist. In den stalinistischen Staaten der Region würde die Wiederherstellung des Kapitalismus sofort zu einer gewaltigen Verelendung der ArbeiterInnen und BäuerInnen führen.

Ein Weg nach vorne wäre die Vereini-

gung von Vietnam, Kambodscha und Laos zu einer *sozialistischen Föderation von Südostasien*, die allen ethnischen Gruppen der Region Autonomie gewährt. Aber das wäre nur erreichbar durch den Sturz der stalinistischen Bürokratien durch die politische Revolution und die Errichtung von *ArbeiterInnen-demokratien*. Sie wäre für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder ein gewaltiger Fortschritt. Aber nur eine *ArbeiterInnen-Massenbewegung* unter einer wirklich marxistischen und nicht stalinistischen Führung - wie es sie in Vietnam schon einmal gab - kann dieses Programm verwirklichen.

## Naher Osten

Die revolutionären Bewegungen im Nahen Osten sind vor allem durch zwei Besonderheiten geprägt worden. Erstens durch die besondere Form, die die *nationale Frage* annimmt. Es geht nicht nur darum, einen Staat zu schaffen, in dem nationale Minderheiten nicht unterdrückt werden, obwohl auch diese Frage unbedingt gelöst werden muß, weil anders ein wirkliches Zusammenleben des *jüdischen und kurdischen Volks mit den AraberInnen* unmöglich ist.

Es geht auch darum, die *arabische Nation*, die vom Imperialismus in über zwanzig Staaten aufgesplittert worden ist, zu einigen. Durch diese Form der nationalen Frage muß eine bürgerlich-revolutionäre Bewegung in einen noch viel schärferen Konflikt zum Imperialismus kommen als irgendwo sonst. Dieser Gegensatz zum Imperialismus ist durch die Politik der USA, die Israel zu ihrem Brückenkopf im Nahen Osten gemacht haben, noch weiter verschärft und mit der anderen nationalen Frage vermischt worden.

Zweitens war ein Großteil der nahöstlichen Länder während dem Zweiten Weltkrieg von Großbritannien besetzt, teils als "Mandatsgebiet", teils aus "militärischen Gründen". Da von 1941-45 die Sowjetunion Kriegsverbündeter der britischen Imperialisten war, *sabotierten die*

*nahöstlichen Stalinisten den nationalen Befreiungskampf* des arabischen Volks und wollten den arabischen Massen zumuten, gemeinsam mit ihren kolonialistischen Sklavenhaltern zu kämpfen. Dieselbe verräterische Politik betrieben die Stalinisten auch in Indien etc.

Das führte dazu, daß in diesen Ländern die nationalen Befreiungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von Stalinisten (wie in Ostasien), sondern von bürgerlichen Nationalisten (nachdem die arabischen Feudalherren und Stammesfürsten sich nach dem ersten Weltkrieg durch ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus völlig diskreditiert hatten) geführt wurden. Diese diskreditierten sich auch sehr schnell, besonders da sie die Gründung Israels nicht verhindern konnten. Diese politische Konstellation führte dazu, daß vor allem *kleinbürgerliche panarabisch-nationalistische Ideologien* Einfluß gewannen.

### Nasserismus und Baathismus

In *Ägypten* hatte die militärische Niederlage 1948 im ersten israelisch-arabischen Krieg die Korruption und Fäulnis des bestehenden Systems gezeigt. Hinzu kam die Unfähigkeit der Regierung, die Briten zum

Abzug zu bewegen, Massenarbeitslosigkeit nach dem Krieg und ein Verfall der Baumwollpreise. In dieser Lage übernahm eine Gruppe "Freier Offiziere" unter Führung von *Nasser* die Macht. Sie führten eine Landreform durch und verstaatlichten 1956 den Suez-Kanal. Das führte zu einer militärischen Intervention der britischen und französischen Imperialisten, die sie in erster Linie wegen dem Widerstand der ArbeiterInnenbewegung im eigenen Land (und auf Druck des US-Imperialismus) abbrechen mußten. Nasser verstaatlichte Banken und Schlüsselindustrien, aber diese Maßnahmen gingen nicht so weit, daß sie eine qualitative Änderung des Gesellschaftssystems bedeuteten hätten.

Nachdem die Niederlage im "Sechstägigen Krieg" gegen Israel bewiesen hatte, daß auch der von Nasser reformierte Kapitalismus *durch und durch verfault* war, spielte er mit dem Gedanken, gestützt auf die ägyptischen Massen eine derartige qualitative Veränderung, die Zerschlagung des Kapitalismus und die Errichtung eines stalinistischen Staats, durchzuführen. Die sowjetische Bürokratie schickte ihren damaligen Staatspräsidenten Podgorny nach Kairo, um das zu verhindern, weil sie ihre Beziehungen zum US-Imperialismus nicht belasten wollte. Zum Dank warf Nassers Nachfolger Sadat die

sowjetischen Berater aus dem Land und lehnte sich wieder an den US-Imperialismus an. Die reaktionäre Politik von Sadat und Mubarak zeigt, welche Folgen es hat, wenn eine *Revolution auf halbem Wege stehenbleibt*.

Die *Baath-Partei* unterschied sich vom *Nasserismus* in erster Linie dadurch, daß letzterer nach der erfolgreichen Machtergreifung mehr oder weniger improvisiert wurde, während erstere von einer Gruppe von Intellektuellen um Michel Aflaq schon vor der Machteroberung geschaffen wurde. Beide haben ähnliche Ideologien, aber Nasserismus bedeutete in den Sechziger Jahren in der Praxis Unterordnung unter die ägyptische Bürokratie. Der Gegensatz bestand nicht im Programm, sondern in der Machtrivalität zwischen Offizierscliquen.

Der Baathismus hatte nie das Ziel, eine Massenpartei zu werden und eine Revolution durchzuführen. Stattdessen versuchten die Baathisten, so viele Offiziere für ihre Organisation zu gewinnen, daß sie stark genug waren, um zu putschen. Die Baath ist keine wirkliche Partei, sondern eine Militärclique. Die "Partei" dient nur dazu, die Bevölkerung zu durchdringen und zu kontrollieren. Nach dem Putsch in *Syrien* 1963 zum Beispiel lag die Macht bei einem Geheimkomitee von Baath-Offizieren, von dem nicht nur die nasseristischen Mitputschisten, sondern auch die zivilen Baath-Politiker nichts wußten.

## Syrien

Seit 1949 hatte es in Syrien schon mehrere Militärputsche gegeben. In den Fünfziger Jahren gewannen die Baath-Partei und die Stalinisten mit ihren Parolen gegen Imperialismus und Zionismus Anhänger. Der Führer der KP, Bakdasch, war der Chefideologe aller "kommunistischen" Parteien des Nahen Ostens. Seine auf Stalins Befehl verkündete *Etappen-theorie* (erst die bürgerliche Revolution unter Führung der Bourgeoisie, dann irgenwann mal sozialistische Revolution) bedeutete in der Praxis Anbiederung an und Unterwerfung unter die Bourgeoisie. Wenn die nahöstli-

chen KPs keine stalinistische, sondern eine revolutionäre marxistische Politik betrieben hätten, wäre sowohl in Syrien als auch im Irak die Errichtung von proletarischen Demokratien möglich gewesen. Das hätte ungeheure Auswirkungen auf den gesamten Nahen Osten gehabt. Trotz Bakdaschs Politik hatte die syrischen Bourgeoisie Angst vor einer Machtübernahme der KP und suchten Schutz beim ägyptischen Nasser-Regime. Diese Angst - und weniger das Bestreben nach arabischer Einigung - steckte hinter der Vereinigung von Syrien und Ägypten 1958. Als die "Gefahr" vorbei war, waren die syrischen Kapitalisten nicht mehr bereit, sich von Ägypten bevormunden zu lassen. 1961 wurde die Union mit Ägypten nach einem Militärputsch aufgelöst.

Nach dem Putsch von 1963 säuberte das baathistische Geheimkomitee alle nasseristischen und sonstige nicht genehmen Offiziere aus der Armee. Als innerhalb der Baath Konflikte zwischen dem Gründer Aflaq und einem radikaleren Flügel aus jüngeren Mitgliedern entstanden, schlug sich die Armee auf Seite der "Linken". Im Februar 1966 schaltete die *"Neo-Baath"* den rechten Flügel durch einen Putsch aus. Im Gegensatz zu Nasser zerstörten die syrischen Baathisten bei ihren Wirtschaftsreformen den Kapitalismus. Aber schon bald kam es zu Spannungen in der Führung. Verteidigungsminister Assad widersetzte sich einigen radikalen Maßnahmen. 1970 versuchte die Parteiführung, ihn zu stürzen, aber Assad blieb Sieger im Machtkampf. Nach dem Ölpreisanstieg 1973 erhielt Syrien große finanzielle Zuwendungen von den reaktionären Regimen am Golf. Syrien stützte sich bis vor kurzem außenpolitisch vor allem auf die Sowjetunion, und hat sich erst während dem Golfkrieg auf die Seite des US-Imperialismus geschlagen (zusammen mit der UdSSR).

## reaktionäre Politik

In der Region spielte es aber von Anfang an eine *reaktionäre Rolle*. 1976 marschierten sie im Libanon

ein, um einen Sieg der PLO und der linksgerichteten Milizen gegen die rechte Maroniten-Miliz zu verhindern. Bei dieser Gelegenheit bombardierten sie nicht nur die Milizen, sondern auch einige palästinensische Flüchtlingslager, z.B. Tal el-Zataar. Syrien hat weder im Libanon noch in irgendeinem anderen Land versucht, eine soziale Revolution voranzutreiben. Stattdessen praktizierten sie eine syrisch-nationalistische Politik, die der baathistischen panarabischen Ideologie Hohn sprach. Mit dieser Außenpolitik hat Assad die soziale Konterrevolution und Wiederherstellung des Kapitalismus im eigenen Land

## Stalinismus durch Militärputsch

Die Errichtung stalinistischer Staaten in Birma und Syrien (und später in Benin und Äthiopien) zeigte, wie geschwächt der Imperialismus in den Sechziger und Siebziger Jahren war. In diesen Fällen war nicht einmal eine Guerilla-Armee zur Errichtung eines proletarisch-bonapertistischen Regimes notwendig. Ein Militärputsch genügte und die Militärjunta wurde durch ihre Interessen und den Druck der Massen in Richtung Stalinismus getrieben. Diese Staaten, in denen einmal der Buddhismus, das andere Mal der panarabische Nationalismus als Ideologie erhalten mußte, sind ein schlagender Beleg dafür, daß der "Marxismus-Leninismus" in der Sowjetunion, China etc. nur zur Rechtfertigung dient(e). Diese Staaten sind Ausdruck des Kräfteverhältnisses, das durch das Ausbleiben der proletarischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Staaten entstanden war, aber *nicht die Verwirklichung der Ideen von Marx oder Lenin*

## Südjemen

In *Südjemen* (damals noch Aden) schafften es die Briten, ihre Kolonialherrschaft bis in die Sechzigerjahre aufrechtzuerhalten, indem sie sich auf die arabischen Stammesführer stützten. Anfang der Sechziger gab es wachsende Opposition der Gewerk-

# 18 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

schaften gegen die Kolonialherrschaft, aber vertrieben wurden die Briten nicht durch das Proletariat, sondern durch *Guerillabewegungen, die sich auf die BäuerInnen stützten*. Die erste Guerillabewegung wurde vom reaktionären klerikalen Regime in Nordjemen ins Leben gerufen, Mitte der Sechziger hatte vor allem Ägypten Einfluß, aber es entwickelte sich in der Guerilla ein linker Flügel, der vor allem aus Kämpfern an der Basis bestand. Nassers Geheimdienst versuchte vergeblich, ihn durch die Ermordung einiger Aktivisten auszuschalten.

Im November 1967 erreichte Südjemen die Unabhängigkeit, auf der Jahreskonferenz der siegreichen Guerillatruppe, der NLF (National Liberation Front), im März 1968 hatte der linke Flügel in einigen Fragen die Mehrheit. Am 20.3. zwang die Armee mehrere linke Minister zum Rücktritt. Aber wegen der Stärke der Linken konnten sie nur ausgeschaltet werden, indem ihnen in der Sache Konzessionen gemacht wurden. Die bestanden in der Verstaatlichung fast des gesamten ausländischen Kapitals 1969. Nur die Raffinerie von BP wurde erst 1977 enteignet.

## "Wiedervereinigung" von Jemen

In den folgenden 20 Jahren gab es wiederholt Fraktionskämpfe, bei denen es um die Anlehnung an China, die Sowjetunion oder die arabischen kapitalistischen Staaten ging. Durch Ölfunde an der Grenze zwischen Nord- und Südjemen 1983 wurde die Frage praktisch entschieden. Die

beiden Staaten verstärkten ihre Zusammenarbeit, gründeten 1989 ein Joint-Venture zur Ausbeutung des Ölfeldes und *vereinigten* sich schließlich 1990. In *Nordjemen* gab es zwar auch Fünfjahrespläne, aber die änderten nichts am *kapitalistischen* Charakter des Staats. Sie waren Maßnahmen des kapitalistischen Staats im Dienst der Kapitalisten. Beim gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnis wird der vereinigte jemenitische Staatsapparat auch kapitalistische Interessen vertreten. Das kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß sowohl Hauptstadt als auch Regierungschef von Nordjemen übernommen worden sind. Der hohe Staatssektor im Süden wird vielleicht noch bis auf Weiteres bestehen, aber viele kapitalistische Staaten in der kolonialen Welt haben einen hohen Staatssektor. *Er ändert nichts an der kapitalistischen Konterrevolution im Südjemen.*

Es gab in Südjemen Illusionen in den Kapitalismus, weil der Norden einen etwas höheren Lebensstandard hatte. Trotzdem führten die Preiserhöhungen im Süden nach der "Einigung" zu einer Streikwelle. Große Teile der ArbeiterInnen forderten einen Generalstreik.

Kaum entstanden, wurde der Staat einer erheblichen Belastungsprobe unterzogen: Der Golfkrieg führte in der Bevölkerung zu einer Welle des Hasses gegen den US-Imperialismus, so daß die Regierung gezwungen war, in der UNO wenigstens gelegentlich gegen die USA zu stimmen. Das nahmen die nächstlichen Handlanger der USA (vor allem Saudi-Arabien) zum Anlaß, alle Fi-

nanzhilfen zu streichen und die süd-jemenitischen GastarbeiterInnen heimzuschicken. Das führte zu großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Auf die aus diesem Grund anwachsende Kriminalität reagierte die Regierung nicht nur mit der Einführung der "Scharia" (dem reaktionären "islamischen" Recht), sondern stellte die nach diesem Gesetz abgehackten Hände und Füße auch noch öffentlich aus. Diese staatliche Barbarei löste in der Bevölkerung solchen Abscheu aus, daß sie bald aufgegeben wurde. *Neben der DDR ist Südjemen das einzige Land, in dem die Wiederherstellung des Kapitalismus vollendet ist. Das Ergebnis ist verheerend.*

Trotz einheitlichem Gesellschaftssystem ist es aber nicht sicher, daß die Vereinigung der Staaten stabil ist. Es kann schnell bei der Verteilung des Ölreichtums zu Konflikten kommen mit dem Ergebnis, daß die Vereinigung nach einigen Jahren rückgängig gemacht wird (wie 1961 die zwischen Ägypten und Syrien). Der bürgerliche Nationalismus ist zur Einigung der arabischen Nation ebenso unfähig wie der Stalinismus. Ob er immerhin zur Einigung der jemenitischen Teilnation fähig ist, wird sich zeigen. Auf jeden Fall betrachtet Saudi-Arabien diesen Schritt zur Einigung Arabiens (noch dazu mit -zumindest bürgerlicher-Demokratie) als Bedrohung. Das dürfte der eigentliche Grund für seine feindselige Haltung sein. Möglicherweise wird Saudi-Arabien die Destabilisierung weitertreiben, bis das Land völlig im Chaos versinkt, um damit seine eigene Herrschaft zu rechtfertigen.

## Äthiopien - Eritrea - Somalia

Im Zweiten Weltkrieg wurde die italienische Kolonie Äthiopien von Großbritannien erobert. Die ÄthiopierInnen betrachteten die Briten keineswegs als Befreier. Besonders der Vorschlag der britischen Regierung, Äthiopiens überwiegend von Somalis bewohnten Ostzipfel Ogaden abzutrennen, stieß auf massive Opposition der äthiopischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

Auf Druck der USA, die im Gegenzug in Äthiopien Militärbasen erhielten, beschloß die UNO, eine Konföderation zwischen Äthiopien und Eritrea zu bilden. Große Teile der eritreischen Bourgeoisie stimmten dem aus ihren wirtschaftlichen Interessen zu, obwohl das kaiserliche äthiopische Regime keine Garantie für die Respektierung der eritreischen Autonomierechte bot. Eine Volksabstimmung oder so etwas hielten diese Leute natürlich für überflüssig.

Die wachsende Einschränkung der eritreischen Autonomie führte schließlich 1958 zur Gründung der "Eritreischen Befreiungsfront" (ELF), die 1961 den Guerrillakampf begann. Als Antwort darauf wurde Eritrea zur äthiopischen Provinz erklärt. Der Guerrillakampf steigerte sich 1972 zum blutigen Bürgerkrieg.

### Revolution 1974

Dieser Krieg führte zusammen mit einer verheerenden Dürre 1973 und der Unfähigkeit der Regierung, darauf zu reagieren, zu wachsender Opposition. Im Februar 1974 gab es eine Streikwelle, die von Soldatenmeutereien begleitet wurden. Der Kaiser versprach Reformen. Als die verschleppt wurden, versuchten im Juni Armee und Polizei, sich an die Spitze der Revolution zu stellen. Eine provisorische Militärregierung (Derg) wurde eingerichtet. Unter dem Eindruck der tiefen Weltwirtschaftskrise 1973-75 erklärte der Derg Äthiopien im Dezember 1974 zum sozialistischen Staat. Über 200 Betriebe wurden zumindest teilweise verstaat-

licht. Die kaiserliche Marionettengewerkschaft wurde durch eine Marionettengewerkschaft der neuen Machthaber ersetzt. 1975 wurde der gesamte Boden verstaatlicht, eine Kampagne zur Bildung von Genossenschaften begonnen.

In der Revolution waren mehrere stalinistische Parteien entstanden. Eine befürwortete die Fortsetzung der Militärherrschaft. Nach langen internen Machtkämpfen schlug sich der Derg auf ihre Seite, bis sie 1977 mit ihm in Konflikt geriet und ausgeschaltet wurde. Eine andere unterstützte die Einführung einer Zivilregierung und den eritreischen Befreiungskampf. Die Konflikte der Parteien untereinander und mit dem Derg wurden mittels Terror ausgetragen, der 1977/78 seinen Höhepunkt erreichte. Dabei wurden Tausende ermordet. Erst 1984 gründete das nunmehr stabilisierte Regime seine "revolutionäre Avantgardepartei".

### Die Rolle Somalias

In Somalia hatte 1969 Generalmajor Mohamed Siad Barre geputscht. Sein Regime bekannte sich zum "wissenschaftlichen Sozialismus" und verstaatlichte das Gesundheitswesen, Schulen, Banken, Elektrizität und Transport und kontrollierte den Außenhandel. 1975 wurde der Boden verstaatlicht.

1977 setzte die Sowjetunion, die bis dahin Somalia unterstützt hatte, zunehmend auf Äthiopien. Siad Barre versuchte den äthiopischen Bürgerkrieg für die Annexion des Ogaden auszunutzen, erst verstärkte er die Unterstützung für die somalische Guerrilla, schließlich marschierte im Juli die somalische Armee ein. Im November schmiß Barre die sowjetischen Militärberater aus dem Land, erhielt aber nicht die erwartete Hilfe des Imperialismus und seiner arabischen Lakaien. Im März 1978 mußte er sich aus Äthiopien zurückziehen, nachdem das äthiopische Regime unter Mengistu

massive sowjetische Militärhilfe und 16000 kubanische Soldaten und Piloten zur Unterstützung bekommen hatte.

Nach diesem Desaster mußte sich Barre bedingungslos dem Imperialismus in die Arme werfen. In Somalia hatte in den Siebzigern die *Beseitigung des Kapitalismus begonnen* gehabt, aber die Grundlage war nicht die politische Herrschaft des Proletariats, sondern das internationale Kräfteverhältnis. Die Verschiebung des regionalen Kräfteverhältnisses *kehrte den Prozess um. Somalia blieb kapitalistisch.*

Die Anlehnung an den Imperialismus brachte Somalia keine Stabilität. Guerillabewegungen wurden mal mehr mal weniger intensiv von Äthiopien unterstützt. Anfang 1991 stürzten sie Barre in einem blutigen Bürgerkrieg. Der Sieg der Guerilla hat das Land ebenso ins Chaos gestürzt wie es einige Monate vorher in Liberia geschehen war. Eine Zerstückelung Somalias ist möglich (mit dem Erfolg, daß das somalische Volk auf die Nachfolgestaaten Somalias, Djibouti, Ostäthiopien und Nordkenia aufgeteilt wäre).

### Bürgerkrieg in Eritrea

Äthiopien konnte zwar den *somalischen Einmarsch und die Konterrevolution der äthiopischen Großgrundbesitzer zurückschlagen* und die vor allem von Saudi-Arabien unterstützte bürgerliche ELF 1980-81 weitgehend zerschlagen. Aber die später gegründete stalinistische EPLF (Eritreische Volksbefreiungsfront) wurde zwar in den Nordwesten Eritreas zurückgedrängt, aber *nicht besiegt.*

Nach mehreren vergeblichen äthiopischen Offensiven gingen die EPLF 1984 in die Gegenoffensive. Die EPLF rückte nach einigen Rückschlägen ab 1987 stetig vor. Ab 1979 wuchs in der Nachbarprovinz Tigre die dortige stalinistische TPLF an, die bis 1985 von der EPLF unterstützt

# 20 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

wurde. Ab 1989 gab es mehrere Verhandlungsrunden zwischen dem Mengistu-Regime und der EPLF, die aber erst nach dem Sturz Mengistus zu einer Einigung führten.

Die hohen Kosten an Material und Menschenleben, die der Krieg in Eritrea, Tigre und einigen anderen Provinzen verschlang, lösten im Mai 1989 einen Putschversuch gegen Mengistu aus, der aber niedergeschlagen wurde. Aber auch die Sowjetunion glaubte nicht mehr an einen Sieg Mengistus und Strich die Unterstützung immer mehr. Um stattdessen bei den USA und Israel Hilfe zu bekommen, erklärte Mengistu im März 1990 den Sozialismus für beendet und versprach eine gemischte Wirtschaft.

## Nach Mengistus Sturz

Im Juni 1991 brach das Mengistu-Regime zusammen. Die USA, die neben Israel zu Mengistus Hauptverbündeten geworden waren, meinten, daß eine Fortsetzung des Bürgerkriegs das Land ins Chaos führen müsse, während TPLF und EPLF vielleicht noch für etwas Ordnung sorgen könnten und wechselten die Seite. Das versetzte dem Regime den Todesstoß. Die EPLF hatte seit Mitte der Achtziger Jahre die stalinistische Ideologie zunehmend über Bord geworfen, die TPLF und ihre Marionette EPRDF (revolutionär-demokratische Front des Äthiopischen Volks) entdeckten erst nach dem Einmarsch in

der Hauptstadt Addi Abeba die Segnungen des Kapitalismus und der amerikanischen Wirtschaftshilfe. *Das neue Gesellschaftssystem wird wahrscheinlich eine Mischung aus Chaos und Kapitalismus sein.*

Der Stalinismus hat in Äthiopien außer der Zerschlagung des Feudalismus kaum Fortschritte gebracht, weil *alles durch den Bürgerkrieg aufgefressen wurde.* Das Resultat sind Illusionen in den Kapitalismus bei gleichzeitigem Nationalismus, einerseits der bisher dominierenden Amharen, andererseits der unterdrückten Völker.

Die neuen Machthaber in Addis Abeba versuchen, sich eine Basis in der Bevölkerung der Hauptstadt zu verschaffen. Soziale Fortschritte können sie kaum bieten. Daß der Bürgerkrieg vorbei ist, ist allerdings eine gewaltige Erleichterung, die dem Regime Spielraum verschafft. Aber es wird bald Konflikte über die Vorherrschaft in Äthiopien geben.

Mengistu hat den amharischen Nationalismus geschürt. Anscheinend speisten sich aus dieser Quelle die ersten Proteste gegen das neue Regime. Viele AmharInnen fürchten sowohl eine Bevormundung durch einen tigreschen Nationalismus als auch ein Abspaltung Eritreas. Um seine Basis zu festigen, wird das neue Regime möglicherweise den amharischen durch den abessinischen Nationalismus zu ersetzen versuchen. (Abessinien umfaßt Tigre und die AmharInnen.)

Aber die Mehrheit der äthiopischen Bevölkerung sind Somali, Afars und

vor allem Oromo, die zum Sturz Mengistus wenig (die Oromo) oder fast nichts (die anderen) beigetragen haben. Weder die tigreschen noch die amharischen Nationalisten scheinen bereit, ihnen irgendwelche echte Autonomie gewähren zu wollen. Damit ist ein neuer Konflikt vorgezeichnet (der auch unter dem Etikett Moslems gegen Christen laufen könnte). Bei dem gegenwärtig weltweit grassierenden Nationalismus und Separatismus werden diese nationalen Fragen in den nächsten Jahren die Klassenfragen überschatten, vor allem da der Großgrundbesitz durch die Stalinisten zerschlagen wurde und das Proletariat schwach ist.

Eine *Föderation zwischen Äthiopien, Eritrea und Somalia* ist 1977 am gegenseitigen Mißtrauen der Bürokratien gescheitert, ähnlich wie in Indochina. Heute ist sie in weite Ferne gerückt. Ob mit oder ohne Referendum, Eritrea hat mittlerweile seine Unabhängigkeit von Äthiopien praktisch vollzogen. Aber damit ist es nicht von den politischen Entwicklungen in seinen Nachbarländern unabhängig.

Wahrscheinlich wird Äthiopien in die Barbarei schlittern, bis die internationale ArbeiterInnenbewegung in der Lage sein wird, Äthiopien bei der Errichtung einer proletarische Demokratie zu helfen. Das bis dahin zu befürchtende Chaos in Äthiopien und Somalia wird auch Auswirkungen auf Eritrea und die gesamte Region haben.

## Benin-Angola-Mocambique

*Benin* (damals Dahomey) wurde 1960 unabhängig. Davor hatte es ganz Französisch-Westafrika mit Verwaltungspersonal, Ärzten, Anwälten, Geschäftsleuten versorgt. Nach der Unabhängigkeit wurden sie von ihren Gastländern zurückgeschickt. In Dahomey gab es aber nicht genug Beschäftigungsmöglichkeiten für sie. Deshalb wurde das Land jahrelang vom *Konkurrenzkampf der verschiedener Kleinbürgergruppen* geschüttelt.

Ein weiteres Problem waren die *Machtkämpfe* der verschiedenen *Regionen*. Nach ArbeiterInnen- und StudentInnenunruhen 1963 wurde die erste Militärdiktatur errichtet. Nach mehreren Putschen (einmal, im Dezember 1967 nach heftigen Arbeitskämpfen) putschte im Oktober 1972 Major Mathieu Kerekou, unterstützt von der Gendarmerie und "radikalen" Offizieren.

Der Haß der Bevölkerung auf die

ehemaligen Kolonialherren, der durch die Anlehnung früherer Regime an Frankreich verstärkt wurde, führte im März 1973 zu Plünderungen französischen Eigentums. Kerekou geriet in *Konflikt mit Frankreich*. Im November 1974 wurde der "Marxismus-Leninismus" zur nationalen Ideologie erklärt und Banken, Versicherungen und Schlüsselbetriebe verstaatlicht. 1975 wurde das Land in Volksrepublik Benin umbenannt

und die Schaffung einer Einheitspartei (PRPB) angekündigt.

Anfang der Achtziger Jahre ging die Unterstützung durch die Sowjetunion deutlich zurück. Kerekou machte Zugeständnisse an den Imperialismus. Benins Wirtschaft war sehr stark *abhängig* einerseits von den Baumwoll- und Rohölpreisen auf dem *Weltmarkt*, andererseits vom Handel mit seinem kapitalistischen Nachbarn *Nigeria*. Ein großer Teil dieses Handels war vom Staat unkontrollierter Kleinhandel. Ein staatliches *Außenhandelsmonopol*, wie es eigentlich zu einem ArbeiterInnenstaat (zumindest einem wirtschaftlich rückständigen) gehört, gab es in Benin nicht. Das führte dazu, daß Benin alle Schwankungen der nigerianischen Wirtschaft (die hauptsächlich von der Entwicklung der Ölpreise verursacht wurden), mitmachen mußte.

Benin zeigt, weshalb ein wirtschaftlich rückständiger ArbeiterInnenstaat in einer kapitalistischen Umgebung ein Außenhandelsmonopol braucht. Es geht nicht darum, die internationale Arbeitsteilung zu behindern. Sie ist ein großer Fortschritt in der Geschichte der Menschheit. Es geht vielmehr darum, zu verhindern, daß die Imperialisten einerseits und die pro-marktwirtschaftlichen Kräfte im eigenen Land (BäuerInnen, HandwerkerInnen etc.) sich gegen den ArbeiterInnenstaat zusammenschließen. Deshalb ist es notwendig, daß der Staat dazwischengeschaltet ist. Sonst ist der kapitalistischen Restauration Tür und Tor geöffnet. Das funktioniert natürlich nur, solange der Staat die Planwirtschaft verteidigt. Und die deformierten ArbeiterInnenstaaten, in denen das Proletariat keinerlei Kontrolle über den Staatsapparat hatte, haben das nur bei einem bestimmten Kräfteverhältnis getan.

1985 erklärte die Regierung, sie könne nicht mehr allen Studierenden einen Arbeitsplatz garantieren. Das führte zu StudentInnenunruhen, bei denen der "marxistisch-leninistische" Staat des Kommunismus verdächtige StudentInnen festnahm. In den folgenden Jahren verschärfte sich die Konflikte zwischen den Nord- und Südprovinzen. Im Auftrag des IWF durchgeführte Sparmaßnahmen führ-

ten zu wachsenden Spannungen.

#### politische Revolution

Im Januar 1989 begann ein Streik im *öffentlichen Dienst*, weil der Staat mit den Gehaltszahlungen im Rückstand war. Der Konflikt wurde erst nach Monaten beigelegt, aber im Dezember gab es neue Konflikte. Der Staat konnte nur noch mit Finanzspritzen der *Imperialisten* seine Gehälter zahlen. Auf deren Druck sagte sich die Regierung vom "Marxismus" los. Ein angekündigtes Versammlungsverbot führte zu Protestkundgebungen, die von der *stalinistischen* PCD (Dahomeische kommunistische Partei) organisiert wurden. Unter dem Druck der Imperialisten einerseits und der Bevölkerung andererseits wurde eine nationale Konferenz einberufen, an der die PRPB und 4 bürgerliche Oppositionsparteien teilnahmen. Die PCD boykottierte die Konferenz. Auf der Konferenz wurde der ehemalige Weltbankbeamte Soglo zum Premierminister ernannt. Von der alten Regierung blieb nur der auf reine Repräsentationsaufgaben beschränkte Präsident Kerekou. Bei den Präsidentschaftswahlen 1991 erhielt Soglo erst im 2. Wahlgang die Mehrheit, aber Kerekou erhielt in den beiden Nordprovinzen 95% der Stimmen. Dort kam es nach den Wahlen zu Unruhen.

Benin war nie im vollen Sinn ein stalinistischer Staat. Das Land ist *nie ganz über den Transformationsprozeß zum Stalinismus hinausgekommen*. Ohne den Sturz des Kapitalismus im Nachbarland Nigeria war in Benin ein richtiger ArbeiterInnenstaat unmöglich. Die beninische Regierung ist jetzt völlig vom Imperialismus abhängig. Da die Wirtschaftsprobleme bisher schon durch die Unfähigkeit bedingt waren, sich den Widersprüchen des Kapitalismus zu entziehen, werden sie jetzt erst recht nicht lösbar sein.

In Benin gibt es kaum Industrie, 4/5 der Arbeiterklasse sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Sie haben maßgeblich den Sturz des stalinistischen Regimes herbeigeführt. Wenn die neuen Machthaber versuche sollten, den Staatshaushalt durch

Lohnsenkungen oder Massentlassungen zu sanieren, kann das zu den größten *Klassenkämpfen* in der Geschichte des Landes führen. Diese Konflikte würden in den Küstenprovinzen stattfinden. Ob diese Klassenkämpfe oder destruktive *Nationalitätenkonflikte* zwischen Süd und Nord die nächsten Jahre dominieren werden, hängt auch von der Entwicklung in den Nachbarländern, auch hier vor allem Nigeria, ab.

#### die portugiesischen Kolonien

Anfang der Siebziger Jahre war fast ganz Afrika formal unabhängig. Aber Salazars *Militärregime* in Portugal, selbst wirtschaftlich ein halbkoloniales Land, klammerte sich an seinen Kolonialbesitz. Anders als andere Kolonialmächte machte es nicht einmal Versuche, die afrikanische Bevölkerung in die Verwaltung einzubeziehen. Selbst der Mittelbau von Wirtschaft und Verwaltung bestand aus Portugiesen.

Die koloniale Revolution machte aber vor den portugiesischen Kolonien nicht halt. Die 1956 gegründete MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) begann 1961 einen Guerillakampf. Diesem Beispiel folgten die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde) 1963 und die Frelimo (Befreiungsfront von Moçambique) 1964. Obwohl Salazar und sein Nachfolger Caetano den Kriegsdienst bis auf vier Jahre ausdehnte und über die Hälfte des Volkseinkommens für "Verteidigung und Sicherheit" verpulverte, konnte sie den nationalen Befreiungskampf nicht unterdrücken.

Portugal erhielt die Waffen für seinen Kolonialkrieg von seinen NATO-Partnern, vor allem der BRD. Die Befreiungsbewegungen wurden vor allem von einigen stalinistischen und afrikanischen Staaten und der *ländlichen Bevölkerung der eigenen Länder unterstützt*. In den befreiten Gebieten wurden Schulen und Gesundheitseinrichtungen gebaut und Dorfkomitees eingerichtet.

Der verlustreiche Kolonialkrieg war einer der Hauptgründe für den Militärputsch am 25.4.1974, mit dem die *portugiesische Revolution* begann.

# 22 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

Vom Druck der Diktatur befreit setzten sich die portugiesischen Arbeiter in Bewegung -und sie bewegten sich Richtung Sozialismus. Es gelang den Führungen von "sozialistischer" und "kommunistischer" Partei zwar, den Kapitalismus zu retten, aber die Unabhängigkeit der Kolonien war unabwendbar. Zwischen 1974 und 1976 wurde sie vollzogen.

## Revolution in Angola

In *Angola* waren neben der MPLA noch zwei andere Guerilla-Organisationen entstanden, die FNLA (nationale Front der Befreiung Angolas, 1962) und die UNITA (nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas, 1966). Zwischen diesen Organisationen gab es schon während dem Unabhängigkeitskampf erhebliche Konflikte, teils aus von den Kolonialherren geschürten ethnischen Konflikten, teils aus persönlichen Rivalitäten, teils aus politischen Gegensätzen. Hinzu kamen interne Konflikte. Nach der portugiesischen Revolution scheiterten Zusammenarbeitsversuche der drei Organisationen schnell, vor allem die Vereinigung ihrer Kampfverbände zu einer Armee mißlang völlig. Im Januar 1975 begannen Kämpfe zwischen MPLA und FNLA, im Juli wurde die FNLA aus der Hauptstadt Luanda vertrieben und verbündete sich mit der UNITA. FNLA und UNITA wurden von den Imperialisten und ihren afrikanischen Marionetten unterstützt, die MPLA von den stalinistischen Staaten und der Bevölkerung der Städte. Im Oktober kontrollierte sie 12 der 16 Provinzhauptstädte. Am 23. 10. intervenierte Südafrikas Armee direkt in Angola, am 5. 11. beschloß Kuba, die MPLA massiv militärisch zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit Südafrika diskreditierte FNLA und UNITA in der kolonialen Welt, während die Imperialisten nach ihrer Niederlage in Vietnam nicht massiv intervenieren konnten. Im Januar 1976 war die FNLA besiegt, das Hauptquartier der UNITA fiel am 11. 2. Durch den jahrelangen Krieg und die Flucht fast der gesamten portugiesischen Bevölkerung vor dem Bürgerkrieg zwischen MPLA und FNLA/

UNITA war die Wirtschaft des Landes schwer in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem sah sich die Regierung wachsender Kritik von links gegenüber, auf die sie mit Unterdrückung und der Gleichschaltung der Basisorganisationen, die in der Revolution entstanden waren, reagierte.

Da die portugiesischen Kapitalisten geflohen waren und es keine angolanschen Kapitalisten gab, blieb der Regierung gar nichts anderes übrig, als die meisten Betriebe zu übernehmen. Aus Mangel an qualifiziertem Personal gab es aber trotz Planwirtschaft nur langsame Fortschritte. Die Wirtschaft wuchs langsamer als die Bevölkerung.

## Destabilisierung durch den Imperialismus

Ab 1981 gab es neue Schwierigkeiten. Seit 1978 hatte die südafrikanische Armee mehrfach die Grenze zu Angola überschritten, um die namibische Befreiungsbewegung SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) zu bekämpfen. 1981 wurde dieser Terror massiv verstärkt und richtete sich immer eindeutiger gegen Angola selbst. Die südafrikanische Armee arbeitete mit der UNITA zusammen, die dadurch wieder Gewinne machte. Dabei wurden sie vom US-Imperialismus unterstützt, der sich von der Niederlage in Vietnam erholte. 1986 wurde der UNITA-Boß Savimbi in den USA wie ein Staatsoberhaupt empfangen. Die ganzen Achtziger Jahre gab es abwechselnd Friedensverhandlungen und eine Verschärfung der militärischen Operationen Südafrikas und der UNITA. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion machte das Land immer abhängiger vom Öl, das schließlich zu 35% zum Bruttosozialprodukt beitrug, und damit vom kapitalistischen Weltmarkt. Zugleich ließ die Unterstützung der stalinistischen Staaten nach. 1987 bat Angola um den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds, der im September 1989 erfolgte. 1988 traten Wirtschafts"reformen" in Kraft, die die Autonomie der Betriebe erhöhen und multinationalen Konzerne die

Rückführung in Angola gemachter Profite erlaubt (neben Steuererleichterungen).

Die Unabhängigkeit Namibias hat die Lage Angolas nicht ernsthaft verbessert, da die SWAPO-Regierung sich den Interessen der imperialistischen Konzerne in Namibia und dem südafrikanischen Staat unterwirft. Im Mai 1991 unterzeichneten die angolansche Regierung und die UNITA ein Friedensabkommen, das Pluralismus und freie Wahlen 1992 vorsieht. Außerdem sollen die UNITA-Truppen in die Armee integriert werden, genau das, was schon 1975 gescheitert ist. Die Imperialisten feiern das Abkommen als großen Sieg des Friedens und der neuen Weltordnung. Erreicht wurde der Abzug der Kubaner und die Kapitulation Angolas vor dem Imperialismus.

Damit haben die Imperialisten an Angola ihr Interesse weitgehend verloren. Sie werden die Rohstoffe ausbeuten, wenn das Land friedlich bleibt, und sich wenig darum scheren, wenn sich der Bürgerkrieg zwischen Stalinisten und UNITA in einen völlig destruktiven Stammeskrieg verwandelt wieder aufflammen sollte. Unter kapitalistischen Bedingungen ist das aber in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich. *Wirklicher Frieden in der Region ist nur durch den Sturz des südafrikanischen Imperialismus durch eine sozialistische Revolution, nicht durch die "schöne neue Weltordnung" des Imperialismus möglich.*

## Mozambique

In *Mozambique* war Frelimo die einzige wichtige Guerillaorganisation. Ab 1969 war sie fest unter stalinistischer Kontrolle. Die Unabhängigkeit des Landes vollzog sich nach der portugiesischen Revolution relativ schmerzlos. Im Juni 1975 wurde Samora Machel, der Führer der Frelimo, Präsident. Allerdings gab es erheblichen Druck von der Basis, die spürbare Verbesserungen ihrer Lage forderten. Die Portugiesinnen unterstützten zuerst die Unabhängigkeit, weil sie von der Lissaboner Regierung genauso unterdrückt worden waren.

Da die Stalinisten aber aus nationa-

listischer Beschränktheit unfähig waren, zwischen portugiesischen ArbeiterInnen und KleinbürgerInnen und den Imperialisten zu unterscheiden, verhielten sie sich ihnen gegenüber im Winter 1975/76 aus Angst vor einer imperialistischen Intervention sehr feindselig und vertrieben sie so. Das Ergebnis war ein großer Mangel an qualifizierten ArbeiterInnen.

Ein weiteres Problem war die Renamo (moçambikanische nationale Widerstandsbewegung, auch MNR). Die Frelimo hatte schon vor der Unabhängigkeit Moçambiques mit der ZANU (afrikanische Nationalunion von Simbabwe) zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit wurde nach der Unabhängigkeit verstärkt. Als Reaktion darauf organisierte die *weiße Minderheitsregierung von Rhodesien*, dem heutigen Simbabwe, die Renamo. Der wachsende Erfolg der ZANU zwang die Regierung von Rhodesien einem Abkommen zuzustimmen, das "freie" Wahlen vorsah (bei denen den Weißen 20 von 100 Sitzen garantiert waren). Bei den Wahlen Anfang 1980 gewann die ZANU trotz Terrors des Staatsapparats 57

Sitze. Ohne rhodesische Unterstützung schmolz die Renamo zu einer kleinen Bande von Mördern und Strauchdieben zusammen.

#### Südafrikas Mörderbande

Aber wenige Monate danach (Herbst 1981) begannen *südafrikanische Finanzspritzen*, sie in eine große Bande von Mördern und Strauchdieben zu verwandeln. Die Politik der Renamo, die systematische Zerstörung der Infrastruktur und die häufigen Massaker an der Zivilbevölkerung zeigen, daß es nicht ihr Ziel war, die Frelimo an der Macht abzulösen oder gar die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Ihre Hauptaufgabe aus südafrikanischer Sicht war, die Handelsverbindungen zwischen Sambia, Malawi, Simbabwe und Botswana einerseits und dem indischen Ozean andererseits zu zerstören und sie *zu zwingen, über Südafrika ihren Handel zu treiben*. Außerdem sollte Moçambique als Aufmarschbasis für den ANC ausgeschaltet werden. Neben Südafrika finanzierten

noch einige portugiesische und nordamerikanische Kapitalisten die Renamo-Banden.

Der Terror führte zusammen mit Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöten und dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu *großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten*. Zwischen 1980 und 1987 sank das Bruttosozialprodukt jährlich um etwa 5%. Schon 1984 trat das Land IWF und Weltbank bei, um von dort Hilfe zu erhalten. 1987 begann ein vom IWF inspiriertes Wirtschaftsreformprogramm, das Steuererhöhungen, Senkungen der Lohnkosten und Subventionen, teilweise Preisfreigabe und die Förderung der Privatwirtschaft umfaßte - also einen massiven Angriff auf die Masse der Bevölkerung. Das Land wird sich noch weiter *in Richtung Kapitalismus* bewegen, ohne daß das für die Renamo ein Grund wäre, ihren Terror zu beenden. Moçambique unmittlere Zukunft wird Libanonisierung und Versinken in Barbarei sein. Wie für Angola und alle Länder der Region ist *der einzige Ausweg die sozialistische Revolution in Südafrika*.

## Afghanistan

Afghanistan ist der "jüngste" stalinistische Staat. Im April 1978 führten wachsende Angriffe der Regierung auf linke Oppositionelle zu Protestdemonstrationen. Darauf wurden führende Mitglieder der volksdemokratischen Partei Afghanistans (PDPA) verhaftet und eine Säuberung der Armee begonnen. Dagegen putschten am 27.4.78 linke Offiziere. Der Putsch war von Moskau, das zum Daud-Regime gute Beziehungen unterhielt, weder geplant noch organisiert. Vor die vollendete Tatsache gestellt, sahen sie sich gezwungen, die *Revolutionregierung* unter Tariki zu unterstützen. Tariki plante eine drastische Verbesserung des Bildungssystems, eine Alphabetisierungskampagne, die schrittweise Beseitigung der ländlichen Verschuldung und eine drastische Bodenreform. Es gab fast keine Industrie, die

ländliche Bevölkerung stand weitgehend unter dem Einfluß der Mullahs. Es wäre nötig gewesen, der Bevölkerung das Programm der Regierung zu erklären und sie für die Bodenreform zu gewinnen. Aber die völlig unerfahrene Regierung überließ den "Dialog mit den Massen" den Mullahs, Großgrundbesitzern, Wucherern und Banditen. Diese gewannen die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung und begannen einen konterrevolutionären Guerillakrieg. Um einen Sieg der reaktionären "Mudschaheddin" zu

#### sowjetischer Einmarsch

verhindern, *marschierte die sowjetische Armee im Dezember 1979 in Afghanistan ein* und ersetzten den "ultralinken" Amin (Tarakis Nachfol-

ger) durch den "gemäßigten" Karmal.

Dieser Einmarsch war Wasser auf die Mühlen der Imperialisten, die die "so-wjetische Aggression" verurteilten. Dadurch wurde das *Bewußtsein des internationalen Proletariats zurückgeworfen* und die Idee des Sozialismus und Internationalismus diskreditiert. Diese negativen internationalen Auswirkungen überwiegen die *positive Rolle*, die die Rettung des stalinistischen Regimes *für Afghanistan* gespielt hat, bei weitem, machen sie aber nicht ungeschehen. Ein Sieg der "Mudschaheddin" hätte ein Blutbad und die Rückkehr Afghanistans ins Mittelalter bedeutet.

Die Rote Armee konnte aber keinen leichten Sieg über die "Mudschaheddin" herbeiführen. Afghanistan ist ein bergiges Land. Die Stämme haben die Autorität der Kabuler Regierung

## 24 Aufstieg & Niedergang des Stalinismus

---

nie anerkannt. Über ein Drittel der afghanischen Bevölkerung floh vor dem Krieg nach Pakistan und Iran, auch, weil sie in den Flüchtlingslagern oft einen höheren Lebensstandard hatten als früher. Die "Freiheitskämpfer" des Imperialismus waren zum großen Teil schlicht Banditen, die früher vor allem Frauenhandel über die pakistanisch-afghanische Grenze betrieben hatten und jetzt auf Drogen- und Waffenhandel umsaßen.

Von bürgerlicher Seite ist Afghanistan manchmal mit Vietnam verglichen worden. Aber die Guerilla in Vietnam kämpfte für eine nationale und soziale Revolution, die in Afghanistan für Großgrundbesitzer und

Wucherer. Deshalb war auch das Ergebnis verschieden. Trotz der massiven Unterstützung durch die USA konnten die "Mudschaheddin" nicht siegen, stattdessen begannen sie sich zunehmend untereinander zu bekämpfen.

Der sowjetische Truppenabzug 1988/89 führte entgegen den Erwartungen der Imperialisten *nicht zum Zusammenbruch des stalinistischen Regimes* in Kabul. Die Reformen seit 1978, vor allem im Bereich der Bildung und der Frauenrechte, haben ihre Spuren hinterlassen und dem Regime einen gewissen Rückhalt verschafft. So hat der Stalinismus in Afghanistan den in der Sowjetunion überdauert. Die kapitalistische Kon-

terrevolution, die seit dem gescheiterten Putsch im August 1991 in der Sowjetunion die Oberhand hat, wird aber auch auf Afghanistan Auswirkungen haben. Möglicherweise führt das verschobene Kräfteverhältnis doch noch zum Sieg der "Mudschaheddin" und zum Triumph der islamisch-fundamentalistischen Reaktion, schließlich zum Bürgerkrieg zwischen den "Freiheitskämpfer"-Banden und zur Libanonisierung. Oder das Regime vollzieht die Konterrevolution selbst Schritt für Schritt. In diesem Fall könnte Afghanistan die Wiederherstellung des Großgrundbesitz, der völligen Entrechtung der Frauen und anderer vorkapitalistischer Monstrositäten erspart bleiben.

## 3. Kapitel

# Ted Grant: Die koloniale Revolution und die deformierten Arbeiterstaaten (1978)

In den bürgerlichen Staaten der Vergangenheit, *wo die Bourgeoisie noch eine Rolle zu spielen hatte und zuversichtlich in die Zukunft blicken konnte* -d.h. wo sie wirklich fortschrittlich in der Entwicklung der Produktivkräfte war- da hatte sie über Jahrzehnte und Generationen Zeit, den Staat als Instrument ihrer Klassenherrschaft auszubauen. Armee, Polizei, Geheimdienst, die Mittelschichten und v.a. die hohen Offiziere und Generale werden sorgfältig für den Dienst an den Bedürfnissen und Interessen der herrschenden Klasse ausgewählt. *Vor dem Hintergrund einer sich entwickelnden Wirtschaft, mit einer Mission und einer (persönlichen) Rolle, die sie spielen können, dienen sie pflichtbewusst den "nationalen Interessen"*, d.h. den Interessen der besitzenden Klasse -der herrschenden Klasse.

In Syrien waren die Imperialisten -in diesem Fall die französischen, z. T. auch unter dem Druck ihrer Konkurrenz, v.a. des US-Imperialismus- wie in anderen exkolonialen Staaten gezwungen, ihre direkte militärische Herrschaft aufzugeben. Der Staat, der dabei herauskam, ist keineswegs festgefahren und statisch. Die Schwä-

che und Unfähigkeit der Bourgeoisie gaben *der Militärkaste eine gewisse Unabhängigkeit*. Daher die dauernden Putsche und Gegenputsche des Militärs. *Aber in letzter Instanz spiegeln sie doch die Interessen der herrschenden Klasse wieder*. Sie können keine unabhängige Rolle spielen.

Der Kampf der Cliques in der Armee widerspiegelt die Instabilität und Widersprüche der jeweiligen Gesellschaft. Die *persönlichen* Ziele der Generäle widerspiegeln die Interessen von unterschiedlichen sozialen Klassen und von Teilen der Klassen in der Gesellschaft. - dem Kleinbürgertum in seinen vielen Schattierungen, der Bourgeoisie oder unter bestimmten Bedingungen sogar des Proletariats insoweit es sich erfolgreich nach der Macht streckt. Die Offizierskaste muß *die Interessen einer Klasse oder Gruppierung* in der Gesellschaft widerspiegeln. Sie repräsentiert nicht sich selbst, obwohl sie natürlich auch die Gesellschaft ausplündern und *ihre eigene herrschende Klasse hervorbringen kann*. *Trotzdem muß sie in der jeweiligen Gesellschaft eine Klassenbasis haben*.

Bonapartistische Regimes schweben

nicht in der Luft, sondern schwanken zwischen den Klassen. In letzter Instanz repräsentieren sie immer diejenige Klasse, *die gerade vorherrscht*. Die Ökonomie dieser Klasse bestimmt ihren Klassencharakter. Einige dieser Staaten -wie etwa in Lateinamerika, einem Subkontinent, der das ganze letzte Jahrhundert unter der Vorherrschaft des britischen und dann v. a. des US-Imperialismus stand- sind trotzdem schon seit mehr als einem Jahrhundert formell unabhängig. Als Folge daraus hatte die herrschende Klasse der Großgrundbesitzer und Kapitalisten genügend Zeit, *ihren Staat zu vervollkommen*. Manchmal können die Streitkräfte oder verschiedene Teile oder Fraktionen der Streitkräfte verschiedene Fraktionen der herrschenden Klasse widerspiegeln oder sogar den Druck des Imperialismus, in unseren Tagen v.a. des US-Imperialismus. Aber bis jetzt haben sie immer die Interessen der herrschenden Klasse zur Verteidigung des Privateigentums *wiedergespiegelt*.

In Birma, wo das Regime kürzlich aus der britischen Vorherrschaft heraus entstand und wo die herrschende Klasse nicht in der Lage war, "das Land zu-

sammenzuhalten", stand das Regime einer Serie von Rebellionen und Kriegen gegenüber. Die Armee wurde vom Antifaschistischen Volksfreiheitsbund (Anti-Fascist Peoples Freedom League) aufgebaut, der sich selbst sozia-

listisch nannte.

Das Modell China vor der Tür, waren die Armeechefs der Unfähigkeit der Großgrundbesitzer und Kapitalisten müde, die Probleme Birmas zu lösen. *Mit der Unterstützung* der Arbeiter

und Bauern im Rücken *organisierten sie einen Putsch*, enteigneten die Grundbesitzer und Kapitalisten und errichteten in Birma den "birmesischen buddhistisch-sozialistischen Staat."

## China

Noch bis zur russischen Revolution bestritt selbst Lenin die Möglichkeit einer siegreichen proletarischen Revolution in einem rückständigen Land. Die chinesische Revolution von 1944-49 verlief nicht nach dem Muster der Revolution von 1925-27. Sie war ein *Bauernkrieg*, der entstanden war aus der totalen Unfähigkeit der chinesischen Bourgeoisie, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution durchzuführen -die Abschaffung des Großgrundbesitzes, die nationale Einigung und das Verjagen der Imperialisten-; er endete mit dem Sieg der chinesischen Stalinisten.

Das Programm der chinesischen Stalinisten unterschied sich nicht wesentlich von dem Castros später auf Kuba: 50 oder 100 Jahre "nationaler Kapitalismus" und ein Bündnis mit der "nationalen Bourgeoisie". Daher auch der Glaube vieler amerikanischer Bourgeois, es handle sich um "Landreformer".

*Nur die marxistische Tendenz, die sich in Großbritannien um die Militant sammelt, argumentierte gegen die Stalinisten und die sogenannten "trotzkistischen" Sekten und erklärte die Unausweichlichkeit von Maos Sieg und des Aufbaus eines deformierten Arbeiterstaats* (siehe Anhang, die Herausgeber)

Zu einer Zeit, als Mao und die chinesische KP ein Programm von Kapitalismus und "nationaler Demokratie" hatten, konnten wir die *Unvermeidlichkeit des proletarischen Bonapartismus* als des nächsten Entwicklungsstadiums in China vorhersagen. Der hatte nichts gemein mit den Methoden der proletarischen Revolution in Rußland 1917.

Die Macht wurde im Bauernkrieg erlangt, indem man das Land an die Soldaten von Tschiang Kai-Scheks

Armee verteilte. Und als dann erstmal der militärische Sieg erreicht war, wurden Großgrundbesitz und Kapital enteignet, indem man zwischen den Klassen hin- und herlaverte und sie auf beste bonapartistische Art gegeneinander ausspielte. So gut wie alle "trotzkistischen" Sekten anerkennen nun die vollendete Tatsache. Aber niemals zuvor in der Geschichte wurde auch nur die theoretische Möglichkeit aufgeworfen, daß *ein Bauernkrieg nach klassischem Schema zu einem Arbeiterstaat führen könne, wenn auch zu einem deformierten*. Die Arbeiter in China verhielten sich während des gesamten Bürgerkriegs passiv -aus Gründen, auf die wir hier nicht näher eingehen werden. Aber hier zeigte sich in wirklich beispielhafter Weise, wie eine Klasse -die Bauern in Gestalt der Roten Armee- die Aufgaben einer anderen erfüllen kann.

Es ist belustigend, jetzt anzusehen, wie begeistert die Sekten nun ohne rot zu werden die Idee vertreten, daß ein "Arbeiterstaat" in China durch die Bauernarmee *errichtet* wurde, nur weil sich an der Spitze der Armee die sogenannte "kommunistische" Partei befand. In der klassischen marxistischen Theorie würde diese Idee ganz klar als haarsträubend und fantastisch angesehen werden.

Die Bauern *als Klasse* sind am wenigsten in der Lage, sich ein *sozialistisches Bewußtsein* anzueignen.

Es ist eine Perversion des Marxismus, solch einen Prozeß als normal anzusehen. Er kann nur erklärt werden durch das Unvermögen des Kapitalismus in China, die Lähmung des Imperialismus, die Existenz eines starken deformierten Arbeiterstaats in Form des stalinistischen Rußlands und vor allem durch die Verzögerung

des Sieges der Revolution in den industriell entwickelten Ländern der Welt. Die kolonialen Länder können nicht warten. Die Probleme sind zu erdrückend. *Für sie gibt es keine Entwicklungsmöglichkeit auf der Grundlage des Kapitalismus*. Daher diese besonderen Umwege in den kolonialen Ländern. Aber der Preis dafür, wie in der Sowjetunion, ist eine zweite, *politische* Revolution, um die Kontrolle der Gesellschaft, der Industrie und des Staats in die Hände des Proletariats zu legen. Nur so können die ersten ernsthaften Anfänge des Übergangs zum Sozialismus -oder eher Schritte in diese Richtung- unternommen werden.

Die breite Unterstützung für den "Sozialismus", nicht nur in der Arbeiterklasse sondern auch unter den Bauern und in den breiten Schichten des Kleinbürgertums in den Städten der kolonialen Länder zeigt die totale Ausweglosigkeit des Großgrundbesitzes und des Kapitalismus in der kolonialen Welt in der modernen Zeit. Es ist auch ein Ergebnis der Revolution in Rußland und China und ihres Erfolges bei der Entwicklung der Industrie und der Wirtschaft. Genau das legt die Grundlagen für die Entwicklung des proletarischen Bonapartismus.

Nach Engels kann der Staat reduziert werden auf "Formationen bewaffneter Menschen". Nach der Niederlage und Zerschlagung der Polizei und Armee Tschiang Kai-Scheks, nach der Zerschlagung der Armee von Batista (siehe Seite 13, die Herausgeber) in Kuba lag die Macht in den Händen Maos bzw. Castros. Die Tatsache, daß Mao von der Bezeichnung her ein "Kommunist" war und Castro ein bürgerlicher Demokrat ändert daran nichts.

## Das Ansehen Moskaus

So weit war Mao vom Modell der proletarischen Revolution entfernt, daß bei seinem Einzug in Schanghai und anderen Städten, wo die Arbeiter ihre Fabriken übernommen hatten und Mao mit Demonstrationen unter roten Fahnen begrüßten, diese sofort zusammengeschoßen wurden, um "die Ordnung wiederherzustellen". Der Staat, den Mao aufbaute, war ganz nach dem Vorbild von Moskau. Das Moskau von 1945-49, nicht das Moskau von 1917!

Auf typisch bonapartistische Art balancierte Mao mit der *Bauernarmee* schon in der Vergangenheit immer ein Instrument des (bürgerlichen) Bonapartismus-im Rücken zwischen den Klassen. Nachdem er seinen Staat nach dem Vorbild Moskaus voll ausgebaut hatte, konnte er *-auf die Arbeiter und Bauern gestützt-* ohne jeden Schmerz mit der Bourgeoisie aufräumen. Wie schon Trotzki sagte, um einen Löwen zu erlegen, braucht man ein Gewehr, für eine Mücke genügt ein Fingernagel! Mao und seine Bande zerschlugen die Bourgeoisie, nachdem sie zwischen ihr und den Arbeitern und Bauern balanciert

hatten, um die Arbeiter von der Machtübernahme abzuhalten. Danach -nachdem sie den Staatsapparat vervollkommnet hatten-, konnten sie sich wieder mit den Arbeitern und Bauern befassen und jegliches Element von Arbeiterdemokratie, das sich entwickelt hatte, ersticken.

Die Bürokratie entwickelte daraufhin eine totalitäre Einparteiendiktatur um die bonapartistische Diktatur eines einzelnen Individuums -Maoherum. Aber nicht umsonst hat die marxistische Theorie das Erreichen der sozialistischen Revolution und den Übergang zum Sozialismus der Arbeiterklasse zum Ziel gesteckt. Das ist nicht irgendeine willkürliche Rolle, sondern sie entsteht aus der spezifischen Rolle des Proletariats *in der Produktion*, die ihm ein *besonderes Bewußtsein* gibt, *das keine andere Klasse besitzt*. Als letzte können die kleinbürgerlichen Bauern dieses Bewußtsein entwickeln. Eine Revolution, die sich auf letztere Klasse stützt, ist von ihrer gesamten Natur aus zur Degenerierung und zum Bonapartismus verurteilt. Genau deshalb, weil eine proletarisch-bo-

napartistische Diktatur die Privilegien der Eliten in Staat, Partei, Armee, Industrie und der Intellektuellen aus Kunst und Wissenschaft schützt, war sie in so vielen rückständigen Ländern erfolgreich.

Der Marxismus sieht in der Entwicklung der Produktivkräfte den Schlüssel zur Entwicklung der Gesellschaft. Auf kapitalistischer Grundlage gibt es keinen Weg nach vorne mehr, besonders nicht in den rückständigen Ländern. Genau aus diesem Grund ändern Armeeoffiziere, Intellektuelle und andere, die vom Zerfall ihrer Gesellschaft in Mitleidenschaft gezogen werden, *unter bestimmten Bedingungen* ihr Glaubensbekenntnis. *Ein Übergang zum proletarischen Bonapartismus vergrößert in der Tat ihre Macht, Ansehen, Privilegien und Einkommen*. Sie werden zur alleinigen Kommando- und Lenkungsebene der Gesellschaft und erheben sich noch weiter über die Massen als in der Vergangenheit. Anstatt der schwächlichen, kranken und ineffektiven Bourgeoisie Hilfsdienste zu leisten werden sie die Herren der Gesellschaft.

## Volkswirtschaften im Übergangsstadium

Die Tendenz der Produktivkräfte, die bereits über die Grenzen des Privateigentums hinausgewachsen sind, auf der Stelle zu treten, zeigt sich ganz klar in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften, einschließlich der USA. sie ist sogar in den reaktionärsten kolonialen Staaten vorhanden. Es besteht keine Möglichkeit eines dauerhaften, *ununterbrochenen* und anhaltenden Wachstums der Produktivkräfte in der sogenannten "Dritten Welt" auf der Grundlage des

Kapitalismus. Die Produktion stagniert oder geht zurück. In den weltweiten Rezessionen fällt v.a. in den kleineren Ländern der Lebensstandard. Es gibt keinen Ausweg auf der Grundlage des kapitalistischen Systems. Das erklärt die Terrorregimes des bürgerlichen Bonapartismus wie die von Pakistan, Indonesien, Argentinien, Chile und Zaire. Aber mit Bajonetten und Schrotkugeln, auf der Grundlage eines altertümlichen und überlebte Systems gibt es nur

zeitweilige Verschnaufpausen. Die Unzufriedenheit wächst enorm und spiegelt sich in der Offizierskaste der Streitkräfte und in der gesamten Gesellschaft wider. Das wiederum führt zu Verschwörungen von einzelnen oder von Gruppen von Offizieren. Die Armee ist ein Spiegelbild der Gesellschaft und zeigt all ihre Widersprüche. *Das und nicht die Launen der betroffenen Offiziere ist der Grund für Aufstände wie in Syrien. Das ist ein Anzeichen der existenzbedrohen-*

den Krise der Gesellschaft, die mit den alten Rezepten nicht mehr zu lösen ist. Diese Schicht kann sich die stalinistische Version des "Sozialismus" -den proletarischen Bonapartismus- zu eigen machen, wegen ihrer Furcht vor den Massen der Arbeiter und Bauern mit umso größerer Begeisterung.

Die furchtbare Karikatur der Arbeitermacht in Rußland, China und den anderen deformierten Arbeiterstaaten *zieht sie* genau wegen der Position der akademisch ausgebildeten Kader in diesen Gesellschaften an. Gerade das, was für den Marxismus abstoßend ist, zieht die Stalinisten an.

Alles, was diese Staaten mit einem gesunden *Arbeiterstaat* oder mit dem Rußland von 1917-23 gemein haben, ist das *Staatseigentum an den Produktionsmitteln*. Auf dieser Grundlage können sie die Produktivkräfte in Gewaltmärschen mit solch einer Geschwindigkeit planen und vorantreiben, wie sie auf der früheren Grundlage von Großgrundbesitz und Kapitalismus unmöglich war. Das ist natürlich *nur* über einen begrenzten Zeitabschnitt möglich. Ab einem bestimmten Punkt werden die stalinistische Regimes zu einem absoluten Hindernis und zur Fessel für die Produktion. Rußland und Osteuropa erreichen diese Grenze bereits. Eine Gemeinsamkeit mit einem gesunden Arbeiterstaat nach den anerkannten marxistischen Kriterien ist die Tatsache, daß sie *Volkswirtschaften im Übergangsstadium* zwischen Kapitalismus und Sozialismus sind.

Aber der Marxismus lehrt, daß eine Bewegung in Richtung Sozialismus die Kontrolle, Führung und Beteiligung des Proletariats erfordert. Mit einer privilegierten Elite in unkontrollierter Herrschaft, die ganz und gar nicht bereit ist, ihre Stellung bei einem "Absterben" des Staats aufzugeben, bringt das neue Widersprüche zutage. Wenn die Korruption, Vetternwirtschaft, Verschwendung, Mißwirtschaft und Chaos, *die die bürokratische Kontrolle notwendigerweise mit sich bringt*, mehr und mehr in Widerspruch zu den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung gerät, zeigt sich das in einem verschärften Gegensatz zwischen dem Proletariat und der

bürokratischen Elite.

Trotsky erklärte schon vor langer Zeit, daß im Fall Rußlands die Bürokratie *mit den dreifachen Kosten für die Massen* trotzdem die Produktivkräfte in einer Art und Weise entwickelte, die für die Bourgeoisie unmöglich gewesen wäre. Die Bürokratie *erfüllte die Rolle* -eine relativ fortschrittliche Rolle- die in der Vergangenheit die Bourgeoisie ausgefüllt hatte. Aber Trotsky erklärte ebenso, daß diese Rolle auch ihre eigenen Widersprüche erzeugt. Die Bürokratie ist in gewissem Sinne sogar noch weniger bereit als die Bourgeoisie, sich in den Verlust von Privilegien und Macht zu fügen. Stattdessen schwillt sie immer mehr zu einem grauenhaften Krebsgeschwür der Gesellschaft an. Sie kann nur beseitigt werden durch die politische Revolution.

Diese wird ausgelöst entweder durch Ereignisse direkt vor der eigenen Haustür oder durch die *erfolgreiche Machtergreifung* und die Bildung einer Arbeiterdemokratie in einem der entwickelten kapitalistischen Staaten. Im Fall Chinas und den danach entstandenen Staaten wird die soziale Revolution im Westen oder die siegreiche politische Revolution in Rußland und Osteuropa den Anstoß geben, daß ein gesunder Arbeiterstaat und eine Arbeiterdemokratie aufgebaut werden. Es muß betont werden, daß das einzige, was diese deformierten Arbeiterstaaten mit einem wirklichen Arbeiterstaat gemein haben, das Staatseigentum an der Wirtschaft und die Planung der Produktion sind.

Nur eine der "idealistischen" und "eklektischen" Sekten konnte einen grundlegenden Unterschied zwischen dem Bauernkrieg, durch den Mao an die Macht kam, und dem Guerrillakrieg Castros entdecken, der sich auf die Bauern, Kleinbauern und landlosen Bauern ebenso wie auf einige ehemalige Arbeiter stützte. Es gibt keinen großen Unterschied trotz der bürgerlich-demokratischen Ideen Castros, die sich alles in allem nicht so sehr von Maos Programm im Bürgerkrieg unterschieden. Zumindest gegen Ende des Bürgerkriegs wendete die Beteiligung der Arbeiter durch den Generalstreik in Havanna das Blatt zu Castros Gunsten. Nichts dergleichen geschah im chinesischen Bürgerkrieg von 1945-49. Ebenso wenig war eine solche

Beteiligung von Mao erwünscht; um die Wahrheit zu sagen, hätte sich der US-Imperialismus nicht so dämlich angestellt, hätte es in Kuba anders ausgehen können. Aber wegen der Unzulänglichkeit des kubanischen Kapitalismus, der *sich als ebenso unfähig wie der chinesische erwies, nahm sich Castro, geradeso wie Mao, der sich am starken proletarisch-bonapartistischen Staat Rußland orientierte, Osteuropa und China als Vorbilder in seiner Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus*.

In beiden Fällen bedeutete das einen enormen historischen Fortschritt, Großgrundbesitz und Kapitalismus wurden abgeschafft. Das bedeutete die Befreiung von den Fesseln des halbfeudalen Großgrundbesitzes und des Privateigentums an der Industrie. Das Außenhandelsmonopol nach dem Vorbild Rußlands ist ebenso ein starker fortschrittlicher Faktor. Diese Maßnahmen bedeuteten eine riesige Befreiung der Produktivkräfte von ihren Fesseln. Daher konnten wir *im voraus* die chinesische Revolution als das *zweitgrößte* Ereignis in der Menschheitsgeschichte preisen, gleich nach der russischen Revolution (siehe Seite 63, die Herausgeber). Trotzdem werden die Massen wegen ihres bonapartistischen Charakters -und dem unvermeidlichen Willen der Bürokratie, an den üblichen Privilegien, Macht, Ansehen und Einkommen der herrschenden Schichten der Bürokratie festzuhalten- eine zweite Revolution machen müssen, bevor es eine Arbeiterdemokratie auf demselben Niveau wie in Rußland von 1917-23 geben kann.

Wegen der Unfähigkeit der Sekten, den Marxismus und die "marxistische Philosophie" konkret anzuwenden, verstricken sie sich *in alberne Widersprüche*. So erklärten sie Osteuropa 1945-47 für staatskapitalistisch -während *Rußland*, das Osteuropa mit der Roten Armee besetzt hielt, ein deformierter Arbeiterstaat war.

Als Tito mit Stalin brach, wurde Jugoslawien, das bisher mysteriöserweise "kapitalistisch" war, über Nacht ein gesünderer Arbeiterstaat als selbst Rußland 1917! Das hielt diese Sekten nicht davon ab, Osteuropa im selben Atemzug für kapitalistisch zu halten. Glaubt man ihnen,

dann blieb China bis 1951 oder '53 "staatskapitalistisch". Dann wurde China schwuppdwupp auf wundersame Weise von einem "Staatskapitalismus" in einen "gesunden Arbeiterstaat" umgewandelt!

Dieser ganze Pfusch und diese ganze theoretische Verwirrung wurden niemals auch nur von einer dieser kleinbürgerlichen Sekten, die sich als Marxisten ausgeben, erklärt. Eine Sekte behauptete, Kuba sei ein kleinbürgerlicher Staat, während sie China für einen relativ gesunden Arbeiterstaat hielt, in dem keine politische Revolution nötig sei. Keine einzige dieser Strömungen war fähig, die Hauptkräfte und -entwicklungstendenzen der Epoche zu analysieren, in der die koloniale Welt eine Karikatur der permanenten Revolution sah, durch die sonderbare und deformierte Arbeiterstaaten entstanden sind. Nicht eine einzige verstand die Bedeutung der chinesischen "Kulturrevolution". Einige lobpreisten sie als eine zweite Auflage der "Pariser Kommune"! Erst kürzlich -runde 30 Jahre zu spät- kamen einige zu dem Schluß, daß die chinesische Revolution von Anfang an deformiert war. **Unsere Tendenz erklärte diesen Prozeß schon vor Maos Sieg.**

Alle objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution reifen jetzt in Westeuropa, Japan und den USA heran. Die Entwicklung wird jedoch verzögert wegen der schwachen Kräfte des unverfälschten Marxismus. Das Ausbleiben der Revolution im Westen und nun ihr verzögerter Charakter hat den Spielraum für diese merkwürdigen Regimes in den neokolonialen Ländern geschaffen. Die Situation dort spitzt sich in unerträglichem Ausmaß zu, große Massen vegetieren ohne ein Dach über dem Kopf am Rande der Existenz. Die ungenierte Ausbeutung und das Luxusleben der Grundbesitzer und Kapitalisten, die sich auf den Imperialismus stützen, auf der anderen Seite spitzt die ganzen Widersprüche dieser Gesellschaften mit atemberaubender Geschwindigkeit zu. Auf dieser Grundlage eines schwachen Imperialismus, der offensichtlichen Fäulnis und Zersetzung von Großgrundbesitz und Kapitalismus ist die kuriose Entwicklung des proletarischen Bonapar-

tismus erst möglich. Wenn sie den Aufstand der Massen von Bauern, Kleinbürgern und sogar Arbeitern ausnützt, kann die Elite der Offiziere, Intellektuellen usw. -wie in Äthiopien- mit der Unterstützung der Arbeiter und Bauern im Rücken die Macht fest in ihre Hände bekommen. Sie können ihre eigene "KGB"-Geheimpolizei auf vortrefflichste ausbauen und so jeden der ihre Privilegien anzukratzen droht, zum Schweigen bringen.

Die Bauernschaft, die von ihrer ganzen Natur aus eine Klasse von vereinzelt Menschen ist, die nicht durch die (gemeinsame) Produktion in Verbindung stehen, ist von jeher ein perfektes Instrument des bürgerlichen wie des proletarischen Bonapartismus. Von ihrer ganzen Natur her ist diese Klasse manipulierbar und täuschbar; eine Klasse, die zum Zaren als "Väterchen Rußlands" oder zu Stalin als "Sohn der Sonne" oder zum Halbgott Mao aufsieht. Diese Eigenschaften hat auch das städtische Kleinbürgertum; in Deutschland und Italien sahen sie zu Hitler und Mussolini als Führern auf. **Nur das Proletariat** steht fest hinter der wirklichen Demokratie - d.h. der Arbeiterdemokratie in einem Arbeiterstaat-, die das einzige System ist, in dem es seine **direkte Herrschaft** ausüben kann.

Unsere Tendenz hat diese Entwicklungen erklärt und vorausgesagt. Es besteht keine reale Grundlage für die Weiterentwicklung der kolonialen Welt auf kapitalistischer Grundlage. Es ist genau das, was -zusammen mit dem Ausbleiben der proletarischen Revolution in den entwickelten Industriestaaten- diese Regime zehn Schritte nach vorne und fünf zurück machen ließ. Sie können zumindest -für eine gewisse Zeit (in den meisten Fällen)- die Produktivkräfte auf der Grundlage des proletarischen Bonapartismus mit Siebenmeilenstiefeln entwickeln. **In rückständigen Ländern** führen sie die historische Aufgabe aus, die früher die Bourgeoisie in den kapitalistischen Staaten hatte. Der ganze Gehalt von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution liegt in der Idee, daß die koloniale Bourgeoisie und die Bourgeoisie der rückständigen Länder unfähig sind, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen. Und zwar wegen

ihrer Verbindung zu den Großgrundbesitzern und den Imperialisten. Die Banken geben Hypotheken auf das Land, Industrielle haben Ländereien im Hinterland, die Großgrundbesitzer investieren in der Industrie und das ganze ist verwoben und verflochten mit dem Imperialismus in einem engen Netz aus gegenseitigen Verpflichtungen, die jede Veränderung ausschließen.

Unter diesen Umständen fiel die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution auf die Schultern des Proletariats. Aber wenn das Proletariat an der Spitze der Bauernschaft und der Mehrheit der Nation erst einmal die Macht ergriffen hat, dann macht es nicht mit der Erfüllung der bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Enteignung des Großgrundbesitzes, der nationalen Einigung und dem Hinauswerfen der Imperialisten halt. Es wird dann zu den sozialistischen Zielen übergehen, der Enteignung der Bourgeoisie und dem Aufbau eines Arbeiterstaats. Aber die sozialistischen Ziele können nicht in einem Land allein erfüllt werden, **schon gar nicht in einem rückständigen kolonialen Land.** Die Revolution muß sich auf die fortgeschrittenen Länder ausbreiten. Daher der Begriff für diese Entwicklung, eine **permanente Revolution**, die als bürgerliche Revolution beginnt, zu einer sozialistischen wird und als internationale Revolution endet.

Natürlich wurden dem Proletariat durch die Entwicklung der stalinistischen Bürokratie und die reformistische Degenerierung der kommunistischen Parteien besonders große Steine in den Weg gelegt, sowohl in den fortgeschrittenen als auch in den rückständigen Ländern. Aber die Unfähigkeit des Grundbesitzertums und des Kapitalismus in der sogenannten "Dritten Welt" ist während der Jahrzehnte seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs noch angewachsen. Eine Zeitlang erlebten die industrialisierten kapitalistischen Staaten eine relative Entwicklung der Produktivkräfte, nachdem erst einmal die Vorbedingungen durch den Verrat von Stalinismus und Reformismus in der ersten Nachkriegszeit geschaffen waren.

Aber während zumindest in absoluten Zahlen der Lebensstandard im We-

sten anstieg, ging in der "Dritten Welt" mit einigen wenigen Ausnahmen der ohnehin schon niedrige Lebensstandard noch zurück. Der Verfall der antiquierten ländlichen Verhältnisse unter dem unerbittlichen Druck des Weltmarkts hielt weiter an. Ein großes Heer von total verarmten Menschen, Bettlern und verlotterten Elementen gehört untrennbar zur kolonialen Welt. *Auf der Grundlage der alten Verhältnisse gibt es keinen Ausweg.*

*In Birma, Syrien, Angola, Moçambi-*

*que, Aden, Benin, Äthiopien und den Vorbildern Kuba und China (die sich wiederum vom Stern ihrer Vorbilder in Osteuropa leiten ließen) hat eine Veränderung der gesamten Verhältnisse stattgefunden.*

*Das geschah, weil der Weltkapitalismus bis zur Fäulnis reif ist für die sozialistische Revolution.* Aber die ganze Geschichte zeigt, daß wenn -egal aus welchem Grund- die neue fortschrittliche Klasse unfähig ist, ihre Rolle beim Umbau der Gesellschaft auszufüllen, dies dann oft

(vielleicht in reaktionärer Art und Weise) von anderen Klassen oder Kasten getan wird. So wurden in Japan große Teile der Feudalherren Kapitalisten und in Deutschland -wie schon Marx, Engels, Lenin und Trotzki feststellten- führten die *Krautjunker* Ostpreußens unter Bismarck und der Monarchie die nationale Einigung Deutschlands durch -eine Aufgabe der bürgerlich-demokratischen Revolution.

## Eine anziehende Kraft

Wie Marx vor langer Zeit erklärte, gibt es kein über der Geschichte stehendes Schema. *Es ist notwendig, die materielle, objektive Wirklichkeit so zu nehmen wie sie ist und sie dann zu erklären. Das ist die Methode der "marxistischen Philosophie"* und nicht das philosophische Kauderwelsch der Sekten. Aber es ist nicht nur notwendig die *objektive Wirklichkeit* zu sehen wie sie ist, sondern auch den Prozeß zu erklären, der sie dazu brachte so zu sein, die Widersprüche, die sie umgeben, die Gesetzmäßigkeit sozialer Bewegungen, die sie repräsentiert, und die zukünftigen Prozesse der Widersprüche und Veränderungen, die sie umgeben werden. Ihr Prozeß von Geburt, Entwicklung, Verfall und die Veränderung, die sie zerstören werden.

Unter den Bedingungen des Verfalls von Kapitalismus und Großgrundbesitzertum in den kolonialen Ländern sind alle sozialen Widersprüche bis zum Äußersten verschärft. Soziale Spannungen erreichen ein unerträgliches Niveau. Daher wird in einem Land nach dem anderen in Asien, Afrika und Lateinamerika die bürgerliche Demokratie durch bürgerlich-bonapartistische Diktaturen oder durch proletarisch-bonapartistische Diktaturen ersetzt.

Keines der genannten ex-kolonialen Länder schritt gemäß dem Modell der Norm der sozialistischen Revolution voran. *Genausowenig taten dies die Länder in Ost-Europa vor ihnen im*

*Gefolge des Zweiten Weltkrieges.*

Die großen marxistischen Lehrer haben in der Vergangenheit oft erklärt, daß, wenn einmal die Norm der sozialistischen Revolution in den Hauptländern des Kapitalismus errichtet wurde, dies ein unwiderstehlicher Apell an den Rest der Welt wäre und in einer schmerzlosen Umwandlung ohne Konflikt enden würde. Sogar die Bourgeoisie würde die Überlegenheit der Arbeiterdemokratie bemerken, abgesehen von dem Effekt, den dies auf die Arbeiterklasse der Welt haben würde. Marx selbst glaubte, daß auf diesem Weg die rückständigeren Teile der Welt und sogar die rückständigen Länder Europas vorwärts gebracht würden von den fortgeschrittenen industrialisierten Ländern, die als Magnet und Modell des Sozialismus auftreten würden. Lenin und Trotzki stellten sich die sozialistische Revolution, die zuerst in rückständigen Ländern stattfinden würde, nur mit der führenden Rolle des Proletariats vor. Das Proletariat würde die kleinbürgerlichen Massen, speziell die Bauern, zur Überwindung des Großgrundbesitzertums und des Kapitalismus anführen und dann die Arbeiter mit der internationalen Arbeiterklasse und der Aufgabe der Weltrevolution verbinden.

Die von einem gänzlich deformierten Arbeiterstaat ausgeübte bonapartistische totalitäre Diktatur in Rußland stößt die Arbeiter in den fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ab. Das ist so, da nichts vom Oktober erhalten

blieb außer der Abschaffung des Großgrundbesitzertums und des Kapitalismus, einem Plan der Produktion, und dem Außenhandelsmonopol, wenn auch bürokratisch verdreht und verformt.

Aber nichtsdestotrotz haben die riesigen Errungenschaften der Revolution, die produktiven Fortschritte, die Aufhebung der Rückständigkeit, die Rußland in die Position der zweiten Industriemacht der Welt brachte, eine enorm anziehende Kraft für die kolonialen Massen. (Dies hat sich weiter verstärkt durch das Beispiel der chinesischen Revolution, die in einem Zeitraum von weniger als einem Vierteljahrhundert China in eine riesige Macht umgewandelt hat.) In den meisten kolonialen Ländern, in denen sie immer noch existiert, ist die bürgerliche Demokratie eine hohle und leere Schale, zu verschiedenen Zeiten begleitet von "Belagerungszuständen", "Ausnahmeständen" und sogar Kriegsrecht. Deshalb ist das Fehlen von Arbeiterdemokratie in diesen proletarisch bonapartistischen Staaten kein solches Hindernis dabei, die Massen anzuziehen. Es ist eine positive, anziehende Besonderheit soweit es die professionellen und niederen Armeeoffiziere betrifft. Die Lösung ihrer drückendsten Probleme, des Essens, der Kleidung und der Unterkunft, zeichnet sich breit in dem Bewußtsein der kolonialen Massen ab.

## Äthiopien

Das seinerseits hat einen enormen Effekt auf die Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die bürgerlich-bonapartistischen Regime in der kolonialen Welt sind mit schrecklichen Widersprüchen belastet. Ihre Probleme sind unlösbar. Sie geben große Summen für Waffen aus, wobei sie die Armut der Massen weiter verschlimmern. Sie sind in sich instabil. Sie provozieren den Haß der Arbeiter, der Kleinbürger, der Studenten und der Bauern. Sogar die schwache Bourgeoisie, die sie repräsentieren, stößt mit ihnen zusammen.

Es ist dieses soziale Boden, auf dem Komplote, Gegenkomplote und Verschwörungen in der Armee blühen. *Die Armee [oder die Streitkräfte] ist immer nach dem Bild der Gesellschaft geformt und nicht unabhängig von ihr. Wo die Armee dominiert, zeigt das eine Krise in der Gesellschaft und ein Regime der Krise.*

Verschiedene Cliquen, Gruppen oder sogar Individuen an der Spitze der Armee kommen in die Lage, Gruppen, Teile der Klassen oder Klassen in der Gesellschaft zu repräsentieren. Sie repräsentieren nicht sich selbst, sondern widerspiegeln präzise die widersprüchlichen Interessen der verschiedenen Klassen in der Gesellschaft. Unter Bedingungen von sozialen Krisen ändern sich Menschen. Dies gilt für Klassen und sogar Individuen. So erklärte Marx, daß mit dem Zerfall des Feudalismus ein Teil der Feudalherren, der im Einzelfall kleiner oder größer sein kann, in der bürgerlichen Revolution auf die Seite der Bourgeoisie übergeht. Ein Teil der Bourgeoisie, speziell die intellektuelle Bourgeoisie, kann sich genauso auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Keine düftigere, formalistischere, *anti-dialektischere, philosophisch idealistischere*, anti-*''marxistisch-philosophischere''* Idee wurde in der Geschichte der Bewegung aufgestellt als durch jene, die argumentierten, da

Castro seinen revolutionären Kampf als ein *bürgerlicher Demokrat mit bürgerlich-demokratischen Ideen und Zielen* begonnen habe, müsse er deshalb für alle Zeiten ein bürgerlicher Demokrat bleiben. Sie vergaßen, daß Marx und Engels selbst als *bürgerliche Demokraten* begannen, die völlig mit der Bourgeoisie brachen und die Führer des Proletariats wurden.

Unter den Bedingungen der Krise des Kapitalismus in Portugal, einem halbkolonialen Land, bewegte sich eine Mehrheit der Offizierskaste, angewidert durch die Jahrzehnte der Diktatur und die anscheinend nicht endenden Kriege in Afrika, von denen sie erkannten, daß sie sie nicht gewinnen konnten, in Richtung Revolution und *''Sozialismus''*. Nur unsere Tendenz erklärte diesen Prozeß.

Das gab der Bewegung der Arbeiterklasse einen Anstoß, die dann ihrerseits auf die Armee zurückwirkte. Dies hatte nicht nur auf die Mannschaften und die niederen Ränge der Offiziere Auswirkungen, sondern sogar auf einige Admirale und Generale, die aufrichtig wünschten, die Probleme der portugiesischen Gesellschaft und des portugiesischen Volkes zu lösen.

Dies war etwas, das in früheren Revolutionen unmöglich gewesen wäre. So unterstützten 99% der Offizierskaste Franco im spanischen Bürgerkrieg.

Es ist nur zu wahr, daß es wegen des Verrats der portugiesischen Revolution durch die Reformisten und die Stalinisten - indem sie verhinderten, daß sie sie ganz durchgeführt wurde - eine Reaktion gab. Die Armee wurde immer wieder gesäubert, um wieder ein zuverlässiges Instrument der Bourgeoisie zu werden.

Aber wie weit sie damit Erfolg hatten, muß sich in den Ereignissen der Revolution in den kommenden Monaten und Jahren zeigen.

Aber was es gezeigt hat, ist die Notwendigkeit eines wirklich dialektischen

Verständnisses und einer wirklich dialektischen Interpretation der Ereignisse der jetzigen Epoche. Wenn solch eine Umwandlung in einem halb kolonialen, aber imperialistischen kapitalistischen Portugal möglich war, um wieviel wahrscheinlicher könnte der gleiche Prozess in den seit kurzem unabhängigen Ländern Afrikas und Asiens stattfinden?

Die Ereignisse in Äthiopien haben die Thesen, die wir ausgearbeitet haben, schlagend bewiesen. Dort war die Hungersnot, von Haile Selassie und dem grundbesitzenden Adel zustande gebracht, die letzte Katastrophe, die selbst für die Offizierskaste das Faß zum Überlaufen brachte. Die abgebrühte Gleichgültigkeit des Kaisers und der Großgrundbesitzerklasse gegenüber der Hungersnot und dem Hungertod von Hunderttausenden und möglicherweise sogar Millionen, zusammen mit den aufgehäuften sozialen Widersprüchen in einem rückständigen Land unter dem Druck des Imperialismus, drängte die Mittelschicht der Offizierskaste dazu, einen Putsch zu organisieren.

Das seinerseits weckte die Bewegung der schmalen Arbeiterklasse in Addis Abeba und die studentischen und kleinbürgerlichen Schichten in der Hauptstadt und in den Städten. Es weckte auch die Bauern zu einer sintflutartigen Bewegung, um die Kontrolle über das Land zu erreichen. So zerfiel das 1000 Jahre alte *''Kaiserreich''* und seine Klassenstruktur unter diesem Anstoß zu Staub.

Die Krise in der Armee und die Versuche zur Konterrevolution, der weitere Anstoß, den dies auf den Guerillakrieg in Eritrea ausübte, der Guerillakrieg im Ogaden, unterstützt durch die direkte Intervention von Somalia, der Aufstand der Galla und anderer Stämme, alles trat als Ansporn für die Revolution auf.

Die Bewegung der Klassen ihrerseits hatte ihren Effekt auf die neue herr-

schende Junta in der Armee. Sie rief Spaltungen und Verschwörungen von einzelnen und Gruppen der Offiziere hervor. *Das widerspiegelte die im Kampf stehenden Klassen in Äthiopien und den sich entwickelnden Bürgerkrieg im ganzen Land.* Was auch immer die individuellen Launen der Offiziere waren, sie widerspiegelten (wie in Syrien) - und mußten widerspiegeln - den Klassenkampf, der stattfand. Kaum jemand wünschte die Rückkehr des alten Regimes.

Das Modell des halb-feudalen Großgrundbesitzer-Regimes des Kaisers wurde vom Großteil der Offizierskaste abgelehnt.

Aber es gab Unterschiede wie den, wie weit man gehen sollte, die in bewaffneten Konflikten und Hinrichtungen endeten. *Das widerspiegelte vielleicht auf eine verzerrte Art den Klassenkampf in Äthiopien.*

Es endete in dem Sieg des *Oberstleutnants Mengistu*. Das Land war bis dahin schon unter den Bauern aufgeteilt und die Industrie ohne Entschädigung für die Imperialisten und die einheimischen Kapitalisten verstaatlicht (obwohl natürlich Entschädigung nicht unbedingt der entscheidende Faktor ist).

In den Kämpfen trat Oberstleutnant Mengistu siegreich als ein bonapartistischer Diktator unter dem Einfluß der Kriege und Bürgerkriege hervor. *Um Massenunterstützung zu bekommen*, ging Oberstleutnant Mengistu, früher ein hoher Offizier Seiner Majestät, den ganzen Weg. Er (wahrscheinlich ohne eine einziges Wort von Marx oder Lenin gelesen zu haben) erklärte sich zu einem "Maxist-Leninist" und machte sich daran, eine totalitäre, "marxistisch-leninistische" Ein-Parteien-Diktatur aufzubauen. Das geschieht nach dem Vorbild von Moskau und Peking. Die Großgrundbesitzer und die Kapitalisten sind enteignet und die imperialistischen Länder sind ohne wirklichen Einfluß auf die Prozesse die sich in Äthiopien abspielen.

In diesem Fall ist der Prozeß klar. Er ist sogar klarer als in Moçambique, Angola oder dem früheren Aden, und das ohne einen direkten Kampf gegen

eine imperialistische Besetzung.

Die Imperialisten sind zu schwach und entkräftet, um direkt mit militärischen Mitteln zu intervenieren und können nur ohnmächtig mit den Zähnen knirschen.

Aber ohne Zweifel prophezeite nur die *MILITANT* diese Möglichkeiten im Voraus für viele Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika. *Die Revolution oder zumindest die ersten Aufgaben der Revolution in rückständigen Ländern* wurden durch die Regimes der oben genannten Länder vollbracht. Das Großgrundbesitzertum wurde abgeschafft. Der Kapitalismus wurde zerstört, der Einfluß des Imperialismus verbannt.

Genauso war der bürgerliche Ursprung der Führung der Guerillabewegung in Kuba von dritt- oder fünffrangiger Bedeutung. Was wichtig war, war der Versuch, aktiv zu werden, um Kuba zurück zu einem neo-kolonialen Status zu bringen, was den den Bruch von Castro mit dem amerikanischen Imperialismus herbeiführte.

Es sind die *grundlegenden sozialen und ökonomischen Ähnlichkeiten*, die für einen Marxisten bei den gesellschaftlichen Umstürzen in diesen Ländern entscheidend sind.

Eine Revolution wie die Rußlands im Oktober 1917 durchzuführen, erfordert das Bewußtsein, das Handeln, das Verständnis und die aktive Beteiligung und Bewegung des Proletariats selbst beim Sturz des Kapitalismus und Großgrundbesitzertums. *Es setzt Organe und Organisationen voraus, durch die sich das Proletariat bewegen kann, wie Räte, Betriebsräte, Gewerkschaften und so weiter. Nach dem Sieg der Herrschaft der Arbeiter, kann die Überwachung und Kontrolle durch solche Organe der Arbeiterherrschaft ausgeübt werden.*

Tatsächlich wird die Kontur des neuen Staates im Rahmen des alten Staates des Kapitalismus entwickelt durch Gewerkschaften, Betriebsräte, Kooperativen und andere Organisationen *mit ihren Rechten und ihrer Macht.*

In einer Revolution gemäß der *Norm* sind solche Ad-hoc-Komitees und traditionellen Organisationen unentbehr-

lich. Sie sind ein Übungsfeld für Arbeiter in der Kunst, einen Staat zu leiten, bei der Entwicklung der Solidarität und des Verständnisses der Arbeiter. Nach einem siegreichen Sturz des Kapitals werden sie zu *Mitteln der Arbeiterherrschaft*, die Organe des neuen Staates und der Arbeiterdemokratie. Aber wo - wie in Osteuropa, China Kuba, Syrien, Äthiopien - der Sturz sicherlich mit Unterstützung der Arbeiter und Bauern stattfindet, aber ohne ihre aktive Kontrolle, muß logischerweise das Ergebnis ein anderes sein. Die kleinbürgerlichen Intellektuellen, die Ameeoffiziere, Führer von Guerillabanden benützen die Arbeiter und Bauern als Kanonenfutter, lediglich als Unterstützungspunkte, sozusagen als eine Gewehrauflage.

*Ihr Ziel, bewußt oder unbewußt, ist nicht Macht für die Arbeiter und Bauern, sondern Macht für ihre Elite.* Sie hatten und haben ihr Modell im stalinistischen Rußland. *Die Revolution - die Änderung in den Eigentumsverhältnissen* - beginnt, wo die russische Revolution endete, beim stalinistischen Rußland von 1945-49, oder wenn man es vorzieht, beim stalinistischen Rußland von 1978. Sie sind grundlegend identisch; eine totalitäre Ein-Parteien-Staatsmaschine, wo das Proletariat hilflos und atomisiert ist, mit einem Apparat zur Kontrolle des Staates *durch die Funktionäre.* Die Chefs der Guerillaarmee, die mit eiserner Hand eine zwangsweise Disziplin durchsetzen - übernehmen die Kontrolle zweifellos mit der Unterstützung der Massen, aber ohne *Organe der Arbeiterherrschaft, die irgendwie unabhängig vom Staat sind.* Genauso existiert keine der Rechte und Kompetenzen der Arbeiter und Bauern, die die Existenz von Räten als Organen der Arbeitermacht bedeuten würden.

Für den Übergang zu einem *bonapartistischen Arbeiterstaat wären solche Organe der Arbeiterdemokratie, unverzichtbar für einen gesunden Arbeiterstaat, ein enormes Hindernis.* Sie stellten ein großes Hindernis für die stalinistische Bürokratie in Rußland dar, die einen *Herkuleskampf und sogar einen einseitigen Bürgerkrieg* führen

mußte, um die letzten Reste der Arbeiterdemokratie zu beseitigen, die ihrer ungefährdeten diktatorischen Herrschaft im Weg standen. Dies spie-

gelte sich in der Ein-Mann-Diktatur Stalins und seiner Nachfolger wieder. Wichtig ist, daß dies *das Modell* des "Sozialismus" für Mao, Castro, Oberst-

leutnant Mengistu, für die birmesischen Generale und für die syrisch-baathistischen "muslimischen" Generale in Syrien war.

## Engels erklärte

Es ist wichtig zu sehen, was all die bunt gemischten Käfte *gemeinsam haben*, nicht die zweitrangigen *persönlichen Unterschiede*, sondern die *sozialen Kräfte* und Klassenkräfte, die sie vertreten.

Oberstleutnant Mengistu, *Castro*, die birmesischen Generale brachen mit ihrem Klassenhintergrund und den Vor- und Nachteilen ihrer "bürgerlichen und Universitätsbildung" und (dem damit verbundenen) Ansehen. Es ist richtig, daß sie sich nicht auf den *Standpunkt des Proletariats* stellten - wie es Marx und Lenin taten - aber sie akzeptierten den viel leichteren "Sozialismus", der ihre individuelle Herrschaft und die ihrer Elite *auf dem Rücken der Arbeiter und Bauern* beinhaltete.

Alle individuellen Unterschiede werden durch die *entscheidenden Änderungen in der Wirtschaft und bei den Klassen, die in ihren Ländern und in ihrer Gesellschaft unter ihrer Führung geschehen sind, ausgeschaltet*.

Alle selbsternannten "marxistisch-leninistischen" Sekten haben nicht mal das ABC des Marxismus, wie es von seinen Gründern gelehrt und von Lenin und Trotzki wiedergegeben wurde, verstanden. Das ist schon zum Staunen. *Die Befreiung der Arbeiterklasse ist die Aufgabe der Arbeiter*

*selbst*. Das ist nicht so, weil die Arbeiter irgendwie Buße tun müssen, oder weil sie "nette Leute" sind. Es ist so, da es *ohne das unvermeidlich ist, daß eine kleine Minderheit die Kontrolle über Kunst, Wissenschaft, Industrie und Staat ergreift. Engels erklärte, daß, wenn eine Minderheit das Monopol über die Kultur hat, diese dann ihre Macht gebrauchen - und unvermeidlich mißbrauchen - werde gegen die Interessen der Arbeiter und Bauern und in ihrem eigenen Interesse. Außerdem ändert die Mobilisierung des Proletariats, sein bewußter Kampf um die Macht und der Kampf für Arbeiterdemokratie das Proletariat und berotet es für die Aufgabe der Arbeiterherrschaft vor*. Dies färbt dann teilweise auf die Bauern und Kleinbürger ab, die dem Proletariat sowohl in den fortschrittlichen als auch in den rückständigen Ländern folgen. Dieser Prozeß findet beim Kampf kleinbürgerlicher Guerillabanden oder bei der Machtübernahme von radikalen Cliven von Armeeeoffizieren nicht statt.

So nahmen bei allen *sozialen* Revolutionen in den angesprochenen Ländern die Intellektuellen und Armeeciiquen die Kontrolle über den Staat fest in ihre eigene Hand. Sie hatten die passive - oder mehr oder minder akti-

ve - Unterstützung der Massen. Aber es gab keine *bewußt organisierte* Bewegung des Proletariats. *Die Bauern und Kleinbürger sind kein geeigneter Ersatz für die "Selbstbewegung" des Proletariats*.

Es ist im Fall aller Sekten eine auffallende Tatsache, daß sie *im nachhinein* Mao und die chinesische Revolution akzeptieren und die Entschuldigung dafür in Maos kommunistischem Etikett finden. In Wirklichkeit war Mao ein Ex-Kommunist, der mit dem Proletariat gebrochen hatte und sich selbst an die Spitze eines Bauernkriegs stellte.

Die Tatsache, daß er später zwischen den Klassen balancierte und sich in typisch bonapartistischer Manier zeitweise auf die Arbeiter stützte, ändert nichts. Die Tatsache, daß die Gangster in Peking ihre scheußliche Karikatur "Sozialismus" nannten, oder manchmal "Diktatur des Proletariats", ändert genausowenig. Es gibt keinen grundlegenden Unterschied, *ökonomisch oder sozial*, zwischen all jenen Regimen. Das heißt, daß die sekundären Unterschiede im Vergleich zu den *grundlegenden Fundamenten* nur von geringfügiger Bedeutung sind.

## Lenins Fehler

Es ist auch kein Zufall, daß alle diese Sekten sich auf Lenins Fehler in *"Was tun?"* stützen - daß das Proletariat *aus eigener Kraft* nur zu einem *"Gewerkschaftsbewußtsein"* und nicht zu einem *"sozialistischen Bewußtsein"* fähig sei. In Wirklichkeit ist das nicht Lenins Idee, sondern Kautskys geistiges Eigentum. Lenin entdeckte seinen Fehler und Lenins Werke sind ebenso wie die von Marx, Engels und Trotzki, von Luxemburg und Mehring ganz zu schweigen, die lebende Zurückweisung dieser Idee. In allen 55 Bänden von Lenins Werken gibt es nie wieder eine Wiederholung dieses Irrtums. Er hat das Proletariat zwar nicht idealisiert, genausowenig wie alle großen Marxisten, aber *alle* seine Werke bis hinunter zum kleinsten Artikel sind gesättigt mit Zuversicht und Vertrauen in die *mächtige Kraft* des Proletariats als dem *einzigsten Mittel*, das die Menschheit zum Sozialismus führen kann. Das ergibt sich natürlich aus dem dialektischen Materialismus

von Marx.

In Wirklichkeit haben alle diese Herren Sektierer eine hochmütige, wenn auch geheime - und manchmal gar nicht so sehr geheime - Verachtung für die Arbeiterklasse. Es bestätigt die Gesetze der Dialektik, daß sie, während sie sich enthusiastisch zu dieser falschen Idee bekennen, zugleich den Schrein von Ho Chi Minh, Mao, Castro, Tito oder einem anderen proletarisch-bonapartistischen Diktator anbeten. Sie sind unfähig, den Prozeß der Geschichte und die verübergewaltige Konjunktur des Wirtschaftsaufschwungs zu verstehen, die zu einer langen Flaute der Klassenkämpfe im Westen und zu einer sich verlängernden Gesellschaftskrise in der unterentwickelten Welt geführt haben. Das war einer der Begleitumstände des westlichen Booms. Das führte unausweichlich zum Anstieg und zur Entwicklung des proletarischen Bonapartismus in der kolonialen Welt, wozu die Herr-

schaft des Stalinismus in Rußland und die Vorherrschaft von Stalinismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung weltweit beitrugen. Nur der unverfälschte Marxismus war von Anfang an in der Lage, alle diese *"sonderbaren"* Phänomene aus dem Blickwinkel der Arbeiterklasse, der Klassennatur der Gesellschaft und der organischen Krise des *Weltkapitalismus*, die sich zuerst in all seinen schwächeren und rückständigeren Enden zeigt, zu erklären.

Alle diese proletarisch-bonapartistischen Regimes sind vorübergehende Irrwege auf dem Weg zur Weltrevolution. Der Auswuchs, den der Stalinismus darstellt, wird fast nebenbei beseitigt werden, wenn das mächtige Proletariat eines der fortgeschrittenen Länder im Westen den Macht übernimmt oder die Regierungssysteme von Rußland und Osteuropa durch den Sturz der Bürokratien erneuert werden.

## Eklektische Methode

Die *"marxistischen"* Sekten bewahren entweder ein diskretes Schweigen über die Klassennatur von Äthiopien - *jetzt* - oder ansonsten charakterisieren sie das Regime als *"kleinbürgerlichen"* oder *"bonapartistischen Staat"*, wie sie es im Fall von Kuba gemacht haben.

Solch eine eklektische Methode ist dem Marxismus völlig fremd. Anhänger des unverfälschten Marxismus würden sich erst die allgemeinen weltweiten Trends der Gesellschaftsentwicklung und *das internationale Kräfteverhältnis zwischen den Klassen* ansehen. Dann würden sie die Beziehungen zwischen den Großmächten und das weltweite Kräftegleichgewicht zwischen ihnen betrachten.

Sie würden auch die enorme Kraft der gigantischen deformierten Arbeiterstaaten wie Rußland und China, die

hinter der Entwicklung der kolonialen Revolution auf den Kontinenten Asien, Afrika und Lateinamerika steht, berücksichtigen. Sie würden die Unfähigkeit des Imperialismus, vor allem des stärksten imperialistischen Landes, der USA, sehen, *zum gegenwärtigen Zeitpunkt* direkt zu intervenieren.

Nachdem sie den *internationalen Zusammenhang* als Grundlage genommen haben, würden sie die Prozesse untersuchen, die in der kolonialen Welt stattfinden. Die Faktoren, die berücksichtigt werden sollten, sind die Sackgasse der kolonialen Länder auf der Grundlage von Großgrundbesitz und Kapitalismus; die Fäulnis, vorzeitige Altersschwäche und Entartung der kolonialen Bourgeoisie; *ihre absolute Unfähigkeit in allen kolonialen Ländern, die Probleme der wirtschaftlichen Entwick-*

*lung zu lösen*; der fürchterliche Ruin und die Verelendung der Bauernschaft, der großen Mehrheit der Bevölkerung; die Sackgasse der *"technischen Intelligenz"* und des Kleinbürgertums; eine schmale und schwache Arbeiterklasse ohne marxistische Führung und Perspektiven.

Unter solchen Bedingungen müssen alle diese Faktoren in der Gesellschaft die Reihen der Armee beeinflussen, *nicht nur die bäuerlichen Rekruten, sondern auch die niederen und sogar die mittleren Schichten der Offizierskaste und sogar einige an der Spitze*. Die vorherrschenden Stimmungen und Einstellungen der Gesellschaft, selbst in einer halbfeudalen Gesellschaft, müssen unter den Bedingungen der Krise und Gärung alle Schichten der Armee beeinflussen.

Die Armee ist nicht von allen Entwick-

lungen in der Gesellschaft hermetisch abgeriegelt. *In einem absolutistischen Land ohne entwickeltes Proletariat wird sich die Krise der Gesellschaft gerade in der Armee wieder spiegeln.* Wir haben das frische Beispiel von Portugal, wo sogar in einem entwickelten halbkolonialen Land der *Prozeß der Revolution in der Armee begonnen* hat. Wenn wir uns die Regime des orientalischen Despotismus anschauen, denen das Regime von Haile Selassie ähnelt, so ist es gerade für sie typisch, daß Putsche und Verschwörungen in der Armee dazu führen, daß diese oder jene Dynastie durch eine andere ersetzt wird. *In China* gab es über 2000 Jahre lang Bauernrevolten, die in vielen Fällen zum Sieg führten, aber unausweichlich im Teufelskreis des Betrugs an den Bauern und der Errichtung einer neuen Dynastie endeten. Das lag daran, daß es auf der Grundlage der asiatischen Produktionsverhältnisse in China keinen wirtschaftlichen oder politischen Ausweg gab.

Unter anderen Begleitumständen könnte es zweifellos in Äthiopien ein ähnliches Ergebnis geben. Aber die ganze nationale und internationale Umgebung unterscheidet sich von der Vergangenheit. Imperialismus, Kapitalismus und Finanzkapital sind in Äthiopien eingedrungen und haben zum katastrophalen Niedergang und Ruin der alten Gesellschaft geführt.

Die *Armeeoffiziere und höheren Offiziere*, die den Putsch begonnen haben, hatten (wie die in Portugal) keine Ahnung, *wohin sie gingen*. Sie hatten wahrscheinlich nicht mal die Absicht, den Kaiser abzusetzen, sie wollten ihn ursprünglich wohl bloß zu bestimmten Reformen zwingen. Aber diese Aktion hob den Deckel über den kochenden Kräften der Klassenspannungen, die durch die ruhige Oberfläche verdeckt waren. Auch in diesem Fall drückt sich eine Krise in der Gesellschaft zuerst in der herrschenden Klasse und der herrschenden Elite aus.

Es öffnete sich eine "Büchse der Pandora" voll mit Widersprüchen zwischen den Klassen, die auf der Grundlage der tausend Jahre alten feudalen oder halbfeudalen Beziehungen, auf die die Beziehungen und der Druck des Kapitalismus und des

Weltmarkts aufgepfropft worden waren, existierten.

Studenten, die immer ein sensibles Barometer sind, begannen sich zu organisieren, zu demonstrieren und mit Polizei und Armee zusammenzustößen. Sie drückten die Unzufriedenheit über den Mangel an Betätigungsmöglichkeiten und die Barbarei und Rückständigkeit der Gesellschaft aus. Die Pracht und der Luxus des Adels und des Hofes standen den verhungerten Bauern gegenüber.

Die lohnabhängige Arbeiterklasse organisierte Streiks und Gewerkschaften. Der Guerillakrieg in Eritrea wurde verstärkt. Wie in Birma und Portugal war das einer der Gründe für den Zusammenbruch des Regimes. Der Kaiser hatte keine Lösung für die Probleme dieser nationalen Revolten und Kriege. Die Reihen der Armee waren auch von diesem Prozeß betroffen. Die Soldaten waren hauptsächlich *ärmere Bauern*.

Alle diese Probleme wurden durch den Fall des Kaisers verschlimmert. Die Studenten warfen die Frage des "Sozialismus" auf. Die Arbeiter in der Hauptstadt und den Städten wurden von ähnlichen Ideen bewegt. Die Bauern waren wie immer hungrig nach Land.

In dieser Atmosphäre beteiligten sich die niederen, mittleren und sogar höheren Schichten der Armee an Verschwörungen und Gegenverschwörungen. Erste Geburten sind gewöhnlich schwierig. Spätere Geburten sind gewöhnlich viel einfacher. Im Durcheinander in Äthiopien gab es die leuchtenden Beispiele von China, Kuba und den anderen Ländern des proletarischen Bonapartismus.

Um sich eine Basis in der Gesellschaft und bei den einfachen Soldaten zu verschaffen, verteilte die herrschende Junta nach einer Reihe von internen Machtkämpfen und Säuberungen das Land unter die Bauern und das Auslandskapital, 90% des Kapitals in Äthiopien, wurde verstaatlicht. Nach einer weiteren Umwälzung im führenden Kern der Junta und konfrontiert mit Kriegen und Bürgerkrieg gleichzeitig im Ogaden, in Eritrea und im eigentlichen Äthiopien sah *Mengistu* keinen Ausweg als auf den "Sozialismus"

zu setzen. Auf diese Weise manövrierte er die Studenten und Arbeiter aus und befriedigte die Soldaten und Bauern, vielleicht nur zeitweilig, aber trotzdem für ein Etappe der Geschichte. Das brachte den radikalen Offizieren, die ihn unterstützten, eine feste Basis und Zugriff auf Waffenhilfe und wirtschaftliche Unterstützung von Rußland und Kuba. (Letzteres war der willfährige Arm der Russen.) Zusätzlich sorgte Kuba für Techniker, Spezialtruppen und trainierte Kämpfer und Piloten.

Die Hoffnung der Imperialisten, daß Äthiopien zerfallen würde, erwies sich als falsch, gerade weil es, wenn auch in verzerrter Form, *den Weg der Revolution ging*.

Natürlich wurden auf dem Weg zum *proletarischen Bonapartismus* die unabhängigen Gewerkschaften unterdrückt und die Studentenorganisationen verboten. *Alle* politischen Parteien wurden verboten mit Ausnahme der selbsternannten "marxistisch-leninistischen" Partei Mengistus. Aber dabei folgten Mengistu und die Teile der Offizierskaste, die ihn unterstützten, nur dem von Stalin in Rußland und Mao in China etc. ausgetretenen Weg. Mit den gesamten wirtschaftlichen Ressourcen der Gesellschaft in der Hand des Staates sieht die herrschende Kaste eine glänzende Zukunft vor sich. Mit Hilfe der russischen Waffen und Hilfgelder scheinen sie schon die Revolte des Adels, der eine Konterrevolution und die Wiederherstellung des "Ancien Regime" versuchte, niedergeschlagen zu haben. Sie haben den Rückzug der somalischen Armee aus dem Ogaden erzwungen und den Versuch der nationalen Befreiung der somalischen Separatisten zerschlagen. Es ist in der Schwebe, ob sie mit Hilfe der von Rußland zur Verfügung gestellten überlegeneren Waffen und den als Hilfstruppen von Kuba zur Verfügung gestellten Spezialtruppen den eritreischen Aufstand blutig niederschlagen können, wenn die eritreischen Aufständischen sich nicht auf irgendeinen Kompromiß mit ihnen einlassen (unter dem Druck von Rußland und Kuba, unter Einbeziehung gewisser Autonomie-Maßnahmen). Auf dieser Grundlage sieht die

## Castro

herrschende Clique eine glorreiche Zukunft vor sich. Sie sind die einzige und dominierende herrschende Elite. Indem sie sich selbst auf das Staatseigentum und den "Marxismus-Leninismus" stützen, können sie die *Gesellschaft* entscheidend *entwickeln*, auf eine Art und Weise wie sie unter dem alten System unmöglich war und selbst unter dem Kapitalismus unmöglich wäre, wo sie -zumindest wirtschaftlich- völlig vom internationalen Finanzkapital und der Gnade des Neokolonialismus und der großen imperialistischen Mächte beherrscht würde.

Die im proletarischen Bonapartismus schlummernden Widersprüche werden sich unausweichlich entwickeln und reifen. Andererseits könnte es einen massiven Anstieg der Klassenkämpfe der Arbeiterklassen der entwickelten Länder geben, die ihrerseits Äthiopien beeinflussen würden. Aber solche Überlegungen kommen der neuen Elite niemals in den Sinn. Alles was sie sehen können sind die oberflächlichen Fakten und eine ruhmreiche Zukunft für sich und ihr Land. (Dessen "Interessen" sehen sie natürlich als identisch mit ihrem eigenen Wohlstand und ihrer Herrschaft an.) Im Prozeß der Kriege und Bürgerkriege, die stattgefunden haben, hat der entscheidende *wirtschaftliche Übergang -mit all seinen Widersprüchen auf einer niedrigen wirtschaftlichen Grundlage - stattgefunden*. Kapitalismus und Großgrundbesitz wurden gestürzt und zumindest die Keime des neuen Wirtschaftssystems eingeführt.

In einer Reihe von Arbeiten haben wir die Widersprüche und Inkonsistenzen aufgezeigt, die die Sekten bei der Frage zeigen, was ein gesunder Arbeiterstaat mit "bürokratischen Deformationen" oder *was ein deformierter Arbeiterstaat ist*. Obwohl beide auf dem *Staatseigentum* beruhen, *unterscheiden sie sich völlig in ihrem Überbau*. Aus diesem Grund ist im Fall

eines deformierten Arbeiterstaats *eine politische Revolution* notwendig, bevor eine "Arbeiterdemokratie" oder die "Diktatur des Proletariats" -im *politischen* und nicht nur im *ökonomischen* Sinn- errichtet werden kann. Ein Arbeiterstaat mit "bürokratischen Deformationen" andererseits ist ein Arbeiterstaat unter Bedingungen der Rückständigkeit und Isolation, der immer noch reformiert werden kann durch die Wiederherstellung von Partei, Gewerkschaften und staatlicher Demokratie, also durch eine Rückkehr zur Kontrolle der Arbeiter und Bauern, und in dem diese Organisationen, wenn auch nur in verkümmelter Form, immer noch unter dem Druck der Arbeiter existieren.

Einige Sekten haben sich vor Castro *als dem Führer und Organisator eines gesunden Arbeiterstaats verbeugt*. Sie sind sogar noch weiter gegangen und haben "seinen Kampf gegen die Bürokratie" mit dem von Trotzki gegen den Stalinismus verglichen. Sie sind nicht einmal davor zurückgeschreckt, die Fotografien von Trotzki und Castro gemeinsam zu veröffentlichen *als Kämpfer gegen die Bürokratie und für demokratischen Sozialismus*. Damit zeigten sie nur, daß sie weder Trozki's Rolle als unsterblichem Kämpfer gegen die stalinistische Bürokratie noch Castro's Rolle als die *Verkörperung* der kubanischen stalinistischen Bürokratie verstanden. Papier ist geduldig. "Castro's Kampf" gegen die kubanische Bürokratie unterschied sich in seinem Wesen nicht von dem, den *Stalin gelegentlich gegen die russische Bürokratie* führte. Stalin hat als bonapartistischer Diktator die Bürokratie manchmal *in Worten* angegriffen. Gelegentlich ging er weiter und stützte sich auf die Arbeiter und Bauern. Das geschah dann, wenn die gierigen Bürokraten beim Betrügen, Spekulieren und Ausplündern des Staats zu weit gingen und die Grundlagen des Staats

zu verschlingen drohten. Er hat sogar gegen Spitzen-Bürokraten und natürlich gegen große Teile der niedrigen Schichten der Bürokratie Maßnahmen ergriffen. Damit sollte das *stalinistische System geschützt* werden, indem einige, meist tieferstehende Bürokraten zu Sündenböcken gemacht wurden.

Castro's Rolle in Kuba ist im Kern dieselbe. Er hat zugegebenermaßen persönlich eine führende Rolle im Guerrillakrieg, beim Sturz von Batista, der Bewegung zum Rauschmiß des Imperialismus und Sturz der Großgrundbesitzer und des Kapitalismus gespielt.

Aber Stalin hat eine *proletarische Revolution* zusammen mit der Existenz einer *Arbeiterdemokratie* miterlebt. Er hat eine *Konterrevolution* gegen sie durchgeführt. Die kubanische Revolution war vom *ersten Tag an deformiert und verzerrt*. *Das Proletariat hat nie die politische Macht* direkt ausgeübt wie in Rußland. Die Tatsache, daß selbst heute noch wahrscheinlich der entscheidende Teil des kubanischen ebenso wie auch des chinesischen Volkes *das Regime in diesem Stadium stützen, ändert nichts an seinem Charakter*. Castro's Zwangsmaßnahmen gegen die Bürokratie sind ebenso wie die Stalinschen notwendig, wenn er die Rolle des "bonapartistischen Schiedsrichters" und "Vaters des Volkes" aufrechterhalten will.

Wenn sie sich jetzt mit Äthiopien befassen, erklären einige dieser Herren, die die Knie vor Castro beugen, Mengistu - *dessen Regime in den Grundzügen eine Kopie von Rußland, China und Kuba ist* - sei ein "Faschist". Dieses besondere Beispiel von Verrenkungen und eklektischer Akrobatik kann vom unverfälschten Marxismus nur mit schallendem Gelächter begrüßt werden.

Warum ist Mengistus Regime "staats-

## Staatskapitalismus?

kapitalistisch“ und anders als die andern? Es wird keine Erklärung geliefert. Sie wiederholen nur die Argumente der ultralinken maoistischen Studenten in Äthiopien. Die äthiopischen Maoisten sind wenigstens so folgerichtig, zu erklären -wie es die Maoisten überall getan haben-, daß Rußland auch „staatskapitalistisch“ sei.

Der Beweis für den „faschistischen“ Charakter des Mengistu-Regimes, so behaupten sie, ist die grausame Unterdrückung, die Hinrichtungen, die Unterdrückung der nationalen Rechte und der nationalen Revolutionen von ähnlichem Charakter wie der von Äthiopien -von Eritrea und dem Ogaden- und die Unterdrückung der anderen nationalen Minderheiten. Die Zerschlagung und Auflösung von unabhängigen Gewerkschaften und all den sich bildenden demokratischen Organen der Selbstbestimmung der Arbeiter und Bauern muß selbstverständlich verurteilt werden. Genauso wie die Konzentration der Macht in den Händen der Clique der Armee-Junta und die Diktatur von Mengistu.

Aber man reibt sich ungläubig die Augen über die Platttheit des „Marxismus“ dieser selbsternannten „Trotzkisten“. Für jedes Verbrechen, das Mengistu in dieser Hinsicht begangen hat, hat Stalin hundertmal mehr begangen! Die Unterdrückung unab-

hängiger Organe der Arbeiter ist in Rußland durch die Bürokratie wohl zur Perfektion gebracht worden. Es gibt Marionettengewerkschaften, die an die „Arbeitsfront“ der Nazis in Deutschland erinnern. Die russische „kommunistische“ Partei ist ein Arm der Bürokratie und hat schon vor langer Zeit aufgehört, eine Arbeiterpartei zu sein. Konzentrationslager oder „Arbeitslager“, wie sie genannt werden, und Irrenhäuser wurden für alle Dissidenten eingerichtet -rechte oder linke. Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten und vor allem die der Dissidenten aus der Arbeiterklasse hat Ausmaße erreicht, die sogar unter dem Zarismus nie erreicht wurden. Eine totalitäre Ein-Parteien-Maschine wurde errichtet, ohne irgendwo in irgendeiner Form unter den Arbeitern, Bauern und der Intelligenz irgendeine Opposition zu erlauben. Die Reglementierung von Kunst, Wissenschaft und Regierung in einer stalinistischen Zwangsjacke, ohne irgendwelche unabhängige Initiative oder Gedanken, hat in der Geschichte nicht ihresgleichen, außer vielleicht in Hitlers Deutschland. Das ist mehr oder weniger das Bild aller proletarisch-bonapartistischen Staaten einschließlich China und Kuba. Einige der Sekten übernehmen die Charakterisierung des Mengistu-Regimes von den Maoisten. Das tun sie nach ihrer Unterstützung für den

Guerrillakampf in Kuba. Manche von ihnen haben überdies die hirnlosen -allerdings heroischen- terroristischen Guerillabewegungen in Uruguay und Argentinien unterstützt! Sie unterstützen auch den heroischen Guerrilla-Bauernkrieg im Ogaden und in Eritrea, der, *wenn er siegreich wäre*, wahrscheinlich in einem Ebenbild von Kuba oder Mengistus Äthiopien enden würde. Das wäre unausweichlich mit einer rückständigen Wirtschaft und mit der beschränkten nationalistischen Führung, die einzig auf ihre eigenen Ressourcen schaut und nicht die Notwendigkeit sieht, sich mit den Arbeitern der entwickelten kapitalistischen Länder zu verbinden. Wenn es einen Kampf *für nationale Rechte dieser Völker gibt - solange es eine direkte Intervention des Imperialismus nicht gibt* - würden wir den Kampf kritisch unterstützen, so wie wir zum Beispiel den Kampf des ukrainischen Volkes für die Unabhängigkeit vom stalinistischen Rußland kritisch unterstützen würden. eine unabhängige sozialistische Sowjet-Ukraine würde den Weg für eine *unverfälschte und freiwillige sozialistische Sowjet-Föderation* aller Völker der UdSSR vorbereiten. Das könnte nur erreicht werden durch den Sturz der russischen stalinistischen Bürokratie durch die russische Arbeiterklasse.

## Unterstützung für die Revolution

Unglücklicherweise wird in Eritrea und im Ogaden ebenso wie in Äthiopien in der nächsten Zeit mit der Demokratie kurzer Prozeß gemacht werden. Das ist unausweichlich auf der Grundlage eines Bauernkrieges ebenso wie wegen der stalinistischen Ideologie ihrer Führer.

Aber so wie wir es im Fall von Vietnam, Laos und Kambodscha und eigentlich auch China gemacht haben, würden wir unsere Unterstützung geben, ohne dabei unsere Augen davor zu verschließen, daß unabhängig vom Ausgang des Konflikts unausweichlich ein stalini-

stisches totalitäres Regime entstehen wird.

Wegen ihres Charakters als *nationalem Kampf* (wenn auch auf der Basis von Staatseigentum und der Beseitigung von Großgrundbesitz und Kapitalismus) und der beschränkten Aufgabenstellung ihrer Führung, haben

weder die Somalis noch die Eritreer die Mittel, um die äthiopischen Bauernsoldaten zu beeinflussen oder auf ihre Seite zu ziehen. Sie haben auch eine Revolution durchgeführt und stehen unter dem Einfluß der *nationalen Idee eines vereinigten Äthiopien*. Die proletarische und weitsichtige Politik von Lenin -die darin bestand, daß er fest für das bürgerlich-demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung eintrat- hat leider keinen Platz in der Politik der Äthiopier. Aber ebensowenig gibt es gegenwärtig *auf irgendeiner Seite* im Konflikt die restliche Politik des Marxismus -demokratischer Zentralismus in der Partei, Demokratie in den Sowjets, Gewerkschaften usw.

Unsere Politik ist zuerst diktiert durch die internationale sozialistische *proletarische Revolution und ihre Interessen*. Die Niederlage des Imperialismus und der Sturz von Kapitalismus und Großgrundbesitz am *Horn von Afrika* sind ein großer Schritt vorwärts.

Das ist der Fall trotz dem Konflikt zwischen "sozialistischen Staaten", der Verwirrung unter den fortgeschrittenen Arbeitern und in der ganzen Arbeiterklasse sät. Die Komplexität des Problems und die Notwendigkeit, unsere Ideen klar zu halten wird durch die Art und Weise gezeigt, wie der Imperialismus und die russische und kubanische Bürokratie die Seiten getauscht haben.

Gestern unterstützten die Imperialisten Haile Selassie und das Großgrundbesitzer-Kapitalisten-Regime in Äthiopien gegen Somalia und die Guerilla-Bewegung in Eritrea.

Rußland und Kuba finanzierten, bewaffneten und organisierten den somalischen Staat und unterstützten die Guerilla in Eritrea mit Waffen, finanzieller und technischer Hilfe.

Äthiopien erhielt in ihren Augen eine größere Wichtigkeit mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, gefolgt vom Sturz des halbfeudalen Großgrundbesitzer-Kapitalisten-Regimes. Äthiopien hat 35 Millionen Einwohner gegenüber schätzungsweise jeweils 2 oder 3 Millionen in Eritrea und Somalia.

## Ein faschistisches Regime?

Indem er opportunistisch den Bürgerkrieg in Äthiopien, den die Konterrevolution aus Großgrundbesitzern und Kapitalisten organisierte, für sich ausnützte, sandte Präsident Barre von Somalia Truppen in den Ogaden. Er hoffte auf den Zerfall und Zusammenbruch der äthiopischen Revolution. Er dachte nur in nationalen Kategorien und war kurzsichtig, nur an einem "Groß-Somalia" interessiert. Zweifellos gaben die Imperialisten heimlich über die halbfeudalen reaktionären arabischen Staaten wie Saudi-Arabien Unterstützung für Somalia, so wie sie jetzt die Eritreer unterstützen trotz des sozialen Charakters der Bewegung in Eritrea. Sie wünschen, Äthiopien zu schwächen und einen Schlag gegen die russische Bürokratie zu führen. Die russische Bürokratie und Castro haben mitten im Fluß die Pferde gewechselt, nachdem sie vergeblich versucht haben, die somalischen Herrscher zu überreden, einen Kompromiß zu machen und eine Konföderation von Eritrea, Somalia und Äthiopien zu errichten. Das wäre zweifellos die beste Lösung gewesen, bedenkt man den Charakter all dieser Regime, die entweder deformierte Arbeiterstaaten oder derartige Staaten in ihrem Entstehungsprozeß sind.

Als die Somalis diesen Vorschlag zurückgewiesen haben, hat die Bürokratie die Seiten gewechselt. Es ist nicht sicher, ob die Äthiopier mit dem Vorschlag überhaupt einverstanden waren. Jetzt versuchen sie, eine Art von Übereinkommen zwischen Eritrea und Äthiopien durch Verhandlungen zu erreichen. Wenn die Eritreer nicht eine Form von begrenzter "Autonomie" akzeptieren, scheint es sicher zu sein, daß Kuba und Rußland es unterstützen, daß der eritreische Versuch der Selbstbestimmung im Blut erstickt wird. Die Imperialisten, unfähig direkt zu intervenieren, werden Krokodilstränen über die nationalen und demokratischen Rechte der Eritreer weinen. (Gestern haben sie brutal versucht, die Rechte des vietnamesischen Volks zu unterdrücken.)

Aber was bei diesen dramatischen Konflikten wirklich unterhaltsam ist, ist die Position mancher Sekten. Sie erklären feierlich, daß Rußland ein deformierter Arbeiterstaat (richtig) und Kuba ein relativ "gesunder" Arbeiterstaat (unrichtig) sei. Aber auf keine Weise erklären sie, wie und warum der reaktiv "gesunde" Arbeiterstaat von Kuba und der deformierte Arbeiterstaat von Rußland aktiv dem "faschistischen" Staat von Äthiopien dabei helfen, sich zu festigen

und sowohl die nationalen Rechte des Volks von Eritrea, die versuchen, ein "marxistisches" Regime zu errichten, als auch die Somalis im Ogaden und die anderen Minderheiten unterdrückt.

Zweifellos unterstützt die überwältigende Mehrheit der äthiopischen Bauern das äthiopische Regime wegen der Landverteilung. Möglicherweise unterstützt selbst die Mehrzahl der kleinen Arbeiterklasse in diesem Stadium das Regime, weil sie nach einer Alternative suchen.

Es ist natürlich theoretisch möglich, daß sich ein deformierter oder sogar gesunder Arbeiterstaat, um sich gegen andere kapitalistische Staaten zu verteidigen, mit einem reaktionären oder faschistischen Staat verbündet. Stalins Rußland tat das 1939 mit dem Nichtangriffspakt mit Hitlers Deutschland.

Aber welche strategische Notwendigkeit bestand für Breschnew und Castro, um von der Unterstützung Somalias und Eritreas auf ihren "faschistischen" Rivalen umzuschalten? Die Herrscher der deformierten Arbeiterstaaten würden mit Bangen auf den Aufstieg eines gesunden Arbeiterstaats in den industrialisierten Ländern sehen wegen der sozialen Rückwirkungen, die das in ihren eigenen Ländern hervorrufen würde.

Aber sie würden die Errichtung eines Gesellschaftssystems nach dem Muster ihrer eigenen Regime in den rückständigen und neo-kolonialen

Ländern begrüßen. Das stärkt sie international gegen ihre kapitalistisch-imperialistischen Rivalen. Der grundlegende Weltge-

gensatz zwischen den Gesellschaftsstrukturen dieser Länder und der kapitalistischen Länder bleibt.

## Stalinismus und Faschismus

Es ist lächerlich, vorzuschlagen, daß die Bürokratie eines Arbeiterstaats, ob gesund oder deformiert, den "faschistischen" reaktionären Kräften eines Landes wie Äthiopien aktiv dabei helfen würde, ihre Herrschaft in Äthiopien zu errichten. Welche sozialen, politischen oder strategischen Ziele könnten sie möglicherweise damit erreichen?

Jetzt ist die wirtschaftliche und politische Struktur von Äthiopien nicht sehr verschieden von der in Polen. Abgesehen davon, daß Äthiopien sehr wenig Industrie hat, nennen einige Sekten das eine Land "staatskapitalistisch", das andere einen "deformierten Arbeiterstaat". Warum? Der Unterschied wird nicht erklärt. Es gibt nichts außer einem kleinbürgerlichen Emotionsausbruch über die Verbrechen der äthiopischen Herrscher. Diese Verbrechen sind in jedem einzelnen der deformierten Arbeiterstaaten begangen worden. Und ohne das irgendwie entschuldigen zu wollen, Äthiopien ist ein weit rückständigeres Land als es das zaristische Rußland oder selbst das vorrevolutionäre China waren und es lebt unter Bedingungen des Bürger-

kriegs an allen Fronten. Mit einer Führung, die Kuba und China als Modell nimmt, ohne revolutionäres Training hat sich diese Führung aus Offizieren im Verlauf der Revolution in Richtung auf stalinistische Konzeptionen bewegt. Aber wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir müssen den außerordentlich progressiven Kern von der reaktionären Schale trennen. Großgrundbesitz und Kapitalismus wurden beseitigt und diese entscheidende Tatsache wird weitreichende Auswirkungen auf die gesamte afrikanische Revolution in der kommenden Epoche haben.

Trotzki erklärte der amerikanischen Socialist Workers Party in der Diskussion mit Shachtman nicht ohne Grund, daß das politische Regime in Rußland getrennt vom Staatseigentum an der Industrie und am Grund und Boden faschistisch sei! Man konnte das politische Regime von Stalin von dem Hitlers in nichts unterscheiden, außer an der entscheidenden Tatsache, daß das eine das Staatseigentum verteidigte und seine Privilegien daraus zog, während das andere seine Privilegien, Macht, Einkommen und Prestige auf der

Verteidigung des Privateigentums begründete. Das war der grundlegende und entscheidende Unterschied! Es gibt keinen Unterschied in den wirtschaftlichen Grundlagen und der politischen Struktur zwischen Äthiopien und China, Syrien, Rußland oder irgendeinem anderen deformierten Arbeiterstaat.

Die kleinbürgerlichen Epigonen von Trotzki werden zweifellos -so wie sie es in der Vergangenheit bei zahllosen Gelegenheiten gemacht haben- "die Linie" ändern und heimlich und ohne Begründung erklären, daß Äthiopien ein "deformierter Arbeiterstaat" ist.

Sie haben sich in der Vergangenheit zu sehr die Finger verbrannt, um zu erklären, daß Äthiopien ein "relativ gesunder Arbeiterstaat" sei, obwohl ihnen selbst dieser Purzelbaum zuzutrauen ist. Das alles rührt aus ihren völlig antidialektischen Methoden und ihrem völligen Mangel an Verständnis für die Rolle des Proletariats in der sozialistischen Revolution und die Natur der Epoche seit dem Zweiten Weltkrieg.

## Vietnam

Sie werden die Änderung machen, ohne sich oder der Arbeiterklasse die Gründe für die *Änderung* oder den Grund für ihre Fehler zu erklären. Deshalb bleiben sie kleinbürgerliche Tendenzen, die unfähig sind, Selbstkritik zu üben oder aus ihren Fehlern zu lernen und so sich und ihre Nachfolger auf ein höheres theoretisches Niveau zu heben.

Keine dieser Tendenzen hat die *Klassennatur* von Süd-Jemen, Moçambique oder Angola und die "Unterschiede" zwischen Syrien Kuba

und Äthiopien erklärt. Grundlegende Unterschiede existieren nicht. Aber sie ziehen es vor, über eine derartige entscheidende theoretische Frage diskret zu schweigen.

Die jüngsten Ereignisse in Indochina haben wieder dazu gedient, die lächerlichen Verrenkungen der Politik aller Sekten zu zeigen. Unsere Tendenz unterstützte aus vollem Herzen den Kampf der vietnamesischen "kommunistischen" Partei Ho Tschis Minhs und ihrer laotischen und kambodschanischen Ableger in ih-

rem *bäuerlichen Guerillakrieg* gegen den amerikanischen und den Weltimperialismus und ihre einheimischen Marionetten.

Wir unterstützten den Kampf bedingungslos und aus ganzem Herzen. Wir unterstützten ihn, weil er ein kolonialer Befreiungskrieg war. Wir hätten solch einen Krieg selbst unter einer bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Führung, die bloß für das alleinige Ziel der nationalen Selbstbestimmung gekämpft hätte, unterstützt. Aber er wurde unausweichlich ein *Krieg für*

*soziale Befreiung ebenso wie für nationale Befreiung* - in dem Sinn, daß auch für die Beseitigung des Großgrundbesitz und des Kapitalismus gekämpft wurde. Anders hätte der Kampf nicht jahrzehntelang gegen eine überwältigende militärische Übermacht geführt werden können. Wie weit sich die Sekten von der marxistischen und trotzkistischen Methode entfernt haben, zeigte sich bei der Polemik zwischen zwei verschiedenen Sekten derselben internationalen Tendenz darüber, wie weit die Vietnamesen "unbewußte" Trotzkisten seien, die auf der Grundlage der permanenten Revolution arbeiteten. Keiner dieser würdigen Herren hat den besonderen Charakter dieser Epoche in bezug auf die kolonialen und ex-kolonialen Regionen der Erde verstanden. Genausowenig haben sie die unausweichliche Entartung der Revolution unter entweder offen *stalinistischer* - oder *pseudokommunistischer* - Führung oder der Führung radikaler Teile der Offizierskaste verstanden. Sie haben die unausweichlichen Schlußfolgerungen nicht ver-

standen, die sich ergeben, wenn eine koloniale Revolution zu ihrem *fortschrittlichen und endgültigen Abschluß der Beseitigung des Kapitalismus und des Großgrundbesitz geführt wird, aber ihre Hauptkraft nicht die Arbeiterklasse mit einer marxistischen Führung ist.*

Wenn die Hauptkraft eine Bauernarmee ist, die die *klassische bäuerliche Taktik des Guerillakrieges* verwendet, *dann muß sie in einem deformierten Arbeiterstaat enden, selbst wenn das nicht das Ziel ihrer Führung wäre.* Im Fall eines Armeeputsches jüngerer Offiziere, die mit "Intellektuellen" und Studenten verbündet sind, wären die Konsequenzen -unausweichlich- dieselben.

Das ist besonders der Fall bei dem gegenwärtigen weltweiten Umfeld von starken bonapartistischen Arbeiterstaaten in der Form des stalinistischen Rußlands und der anderen Länder. Das in Kombination mit der Existenz der imperialistischen Mächte läßt kein anderes Resultat zu.

Wenn natürlich gesunde Arbeiterstaaten existieren würden -zum Beispiel in Rußland oder einem der

großen industrialisierten Staaten Europas oder in Japan- dann wären die Ergebnisse und die Möglichkeiten völlig verschieden. Das Proletariat und die Völker der fortgeschrittenen Arbeiterstaaten würden einem Arbeiterstaat in einem rückständigen Land Hilfe und Unterstützung geben, indem sie die Volkswirtschaften verbinden und zehntausende von Technikern in kleine Länder und hunderttausende in solche mit großer Bevölkerung schicken würden. Das würde schnelle Industrialisierung plus Arbeiterdemokratie bedeuten. Das meinte Lenin als er sagte, daß Afrika auf direktem Weg von der Stammesgesellschaft zum Kommunismus gelangen könne.

Aber beim gegenwärtigen Verhältnis der Klassenkräfte in internationalen Angelegenheiten mit der Dominanz des klassischen Reformismus und des stalinistischen Reformismus in der Arbeiterbewegung der fortgeschrittenen Länder war ein solches Ergebnis in Vietnam, Kambodscha und Laos *ausgeschlossen.*

## Indochina im Konflikt

Deshalb hat unsere Tendenz, während sie aus vollem Herzen die vietnamesische und indo-chinesische Revolution unterstützte, *die Arbeiter und Bauern* dieser Länder vor der kommenden Entwicklung gewarnt: Sie sollten den Kampf um die soziale und nationale Befreiung aktiv führen, trotzdem würde die Dominanz der stalinistischen Führung bei diesem Kampf bedeuten, daß während durch den Sieg der nationalen Befreiungsbewegungen ein großer gesellschaftlicher Schritt nach vorne unternommen würde, er von einer *neuen Versklavung* durch die totalitäre stalinistische Bürokratie gefolgt werden würde. Ohne eine marxistische Partei und ohne eine marxistische Führung wäre das Ziel der Führung der "Kommunistischen Partei" ein Staat nach dem

Vorbild des sogenannten "Sozialismus" in Rußland oder China.

Wir forderten die fortgeschrittenen Arbeiter Großbritanniens, Amerikas, Frankreichs und der Welt auf, den Kampf der indochinesischen Völker um soziale und nationale Befreiung zu unterstützen, weil er den Imperialismus und den Weltkapitalismus schwächte. Die Entfesselung der Produktivkräfte dieser Länder durch den Umsturz der Herrschaft des Kapitals würde sowohl den Völkern dieser Länder als auch der internationalen Arbeiterklasse *langfristig große Vorteile* bringen.

Aber *wir täuschten weder uns* noch die Arbeiter und Bauern der Welt über die unumgängliche Natur (das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen) in diesen Ländern.

Wir haben davor gewarnt und es vorausgesagt, daß der Aufbau von *nationalistischen und totalitären stalinistischen Regimes* in diesen Ländern unumgänglich sei, aber auch wir hatten nicht erwartet, wie weit die Entartung gehen könnte.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kambodscha und Vietnam sind ein vernichtendes Urteil über die sogenannten "trotzkistischen" Sekten in Großbritannien und international, die *die Klassennatur und den stalinistischen Charakter dieser Regimes* nicht verstanden haben. Diese Vorgänge überraschten unsere Tendenz keineswegs. Der Konflikt an der Grenze zwischen Rußland und China, in dem Zehntausende umkamen, hat gezeigt, wozu nationalistische Bürokraten fähig sind.

gezeigt, wozu nationalistische Bürokraten fähig sind.

Diese Bürokraten können nicht über die Grenzen des Nationalstaates hinwegsehen. Hinter den Auseinandersetzungen im früheren Indochina stehen die Bestrebungen der Vietnamesen, eine Föderation von "sozialistischen Staaten" in Indochina zu schaffen. Natürlich entstünden daraus große Vorteile für die Volkswirtschaften dieser Länder. Der Grund dafür, daß Kambodscha trotzdem gegen die Errichtung einer solchen Föderation ist, besteht darin, daß sie unter den Bedingungen eines bonapartistischen Totalitarismus ohne Zweifel unter die *nationalistische* Herrschaft und daraus folgende nationale Unterdrückung durch die vietnamesische Bürokratie geraten würde. Abgesehen vom eigenen Nationalchauvinismus der kambodschanischen Stalinisten wäre die-

se Entwicklung genauso unumgänglich gewesen wie im stalinistischen China und der Sowjetunion.

Aus denselben Gründen würden sich die vietnamesischen Stalinisten ihrerseits wehren, eine Föderation mit China einzugehen. Sie wissen, daß sie unter den Druck der nationalen Unterdrückung durch die Chinesische Bürokratie kommen würden, wie es die Minderheiten in China erlebt haben. Auch wenn dies enorme wirtschaftliche Vorteile hätte, wären sie niemals damit einverstanden; genausowenig würde die chinesische Bürokratie einer Föderation mit Rußland zustimmen, obwohl dies sowohl wirtschaftlich, als auch in Fragen der Weltmachtpolitik äußerst vorteilhaft für die Völker und die Volkswirtschaften beider Länder wäre. Was im Wege steht, sind die unverzichtbaren nationalen Interessen der Bürokratien all dieser Länder.

Nur *Arbeiterdemokratie* ohne den Hauch von nationaler Übermacht und Bevorzugung so wie in den Tagen von Lenin und Trotzki kann ein solches Programm haben. Ein bonapartistisches Regime hingegen, das auf Privilegien und Ungleichheit beruht, ist zu einer solchen Politik nicht fähig. Die chauvinistischen Ausbrüche der stalinistischen Staaten Rußland und China sind Beweis dafür. Bonapartistische totalitäre Regimes können aufgrund ihrer ganzen Natur niemals über den engen Horizont des Nationalstaates hinwegsehen. Durch die ganze Natur der Bürokratie und ihrer Privilegien sind sie national beschränkt.

Weil sie sich auf Bauern, Studenten und Intellektuelle stützen, *und die Dominanz und Mitwirkung der Arbeiterklasse nicht gewährleistet sind*, sind diese Regimes unumgänglicherweise national beschränkt.

## Afghanistan

*Die Arbeiterklasse kann ihre Emanzipation und die Macht über die Gesellschaft nur erreichen, indem sie alle Vorurteile der Vergangenheit über Bord wirft - ob sie auf Nation, Rasse, Kaste, Geschlecht oder was auch immer beruhen. Aber nur die Arbeiterklasse und niemand sonst- und außerdem nur unter marxistischer Führung- ist dazu in der Lage.* Doch die Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet auch die Befreiung der kleinbürgerlichen Gesellschaftsschichten, die *unter Führung der Arbeiterklasse, und nur unter diesen Bedingungen*, in der Lage wären sie zu einer solchen Höhe steigen.

Die Kleinbürger und Intellektuellen können nur den Standpunkt der Arbeiterklasse übernehmen, wenn sie grundlegend mit ihrem Ursprung und der Denkweise ihrer Klasse brechen. Unter den heutigen Bedingungen ist dies äußerst schwer, weil Anhänger des unverfälschten Marxismus, wie in den frühen Tagen von Marx und Engels, auf ein kleines Häufchen zusammen-

geschrumpft sind.

Das ist besonders heute der Fall, wo der Kampf nicht auf ideologischer Basis geführt wird, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft in einem Land nach dem anderen zur Tagesaufgabe wird. In dieser Situation kann es leicht passieren, daß die Intellektuellen unter die Herrschaft der verwirrten Ideen des Stalinismus in ihren verschiedenen Formen geraten.

Nur eine starke Arbeiterbewegung unter Führung des Marxismus würde eine Umorientierung solcher Intellektueller ermöglichen.

Dies ist in den kolonialen und ex-kolonialen Ländern besonders schwierig, wo die Probleme am dringlichsten sind, wo die Masse der Bevölkerung fast wie Tiere leben muß, und wo auf der Grundlage des halbfeudalen Regimes der Kapitalisten und Großgrundbesitzer sich der Modernisierung und Entwicklung der Gesellschaft fast unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen.

Es ist für die Intellektuellen, die radikalen Offiziere, sogar Geheimdienstler und höhere Akademiker, Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte u.s.w. leichter, zum stalinistischen Bonapartismus überzugehen als unverfälschte, aber sehr kleine Marxistische Tendenzen zu unterstützen. Die gilt vor allem für die meisten von den Ländern, wo "Marxismus" und "Trotzkismus" nicht als organisierte Tendenzen existieren. Der "Marxismus-Leninismus" von Rußland, China und Äthiopien paßt ihnen ganz hervorragend. Er ist an alle ihre Vorurteile angepaßt. Einen "Sozialismus", in dem die Elite von Staat, Partei, Industrie, Armee und der akademischen Berufe einen Lebensstandard weit über dem der Massen hat, halten sie für normal und natürlich. Eine Gesellschaft, in der diese Schichten zur führenden und regierenden *Kaste werden*, bedeutet für sie einen großen Anziehungspunkt, da sie vor allem sehen, welche enormen Fortschritte zurückgebliebene Staaten mit

dem Voranschreiten des "Sozialismus" machen.

Es ist für sie also einfach, ihren *Klassenstandpunkt* zu rechtfertigen. Sie hassen die korrupten Großgrundbesitzer und Kapitalisten, unter deren Kontrolle ihre Gesellschaften und Länder zerfallen oder sich zumindest nur äußerst langsam weiterentwickeln. Sie verachten die unterdrückten Massen von Bauern und auch die kleine Arbeiterklasse.

Diese Schichten sind, *abgesehen von*

*ihrer wirtschaftlichen Lage*, von einer überschwänglichen Eitelkeit und Einbildung erfüllt, was ihre Bedeutung in der Gesellschaft angeht. Sie sind um die ihnen zukommenden Leistungen, ihre Stellung in der Gesellschaft, Macht, Privilegien, ihr Einkommen und Ansehen besorgt. Deshalb kann man in der *modernen Welt* so oft sehen, wie sie zum Beispiel einem "Sozialismus" nach dem Modell von Kuba um den Hals fallen.

Unsere Analyse über die koloniale Re-

volution wird durch das jüngste Beispiel, Afghanistan, unterstrichen. In diesem schrecklich rückständigen Land wurde die "Kommunistische" Partei erst etwa im letzten Jahrzehnt gebildet. Wie bei der Baath-Partei in Syrien war es nicht schwer sowohl die Gesetze des Islam als auch den "Kommunismus" aufzunehmen. Dies taten sie, weil religiöse Ansichten tief in der Masse der äußerst zurückgebliebenen Bauern verankert sind, von denen 90% Analphabeten sind.

## Eine vollständige Umgestaltung

Jetzt haben sich die Führer der KP, wie die Baath-Partei in Syrien, mit den niedrigen und mittleren Schichten der Offiziere in der Armee verbündet.

Die wichtigste Angelegenheit, die den Putsch verursachte, war die Hungersnot (wie in Äthiopien) und die Unfähigkeit der korrupten, halbfeudalen asiatischen Herrscher damit fertig zu werden. Afghanistan erlebte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Putsche, die dazu führten, daß die verschiedensten Stammesführer und Gruppen die Macht übernahmen. Sie wechselten bloß die Führungen und ließen die soziale Struktur bestehen. Es entwickelte sich natürlich wieder die gleiche Korruption, die wiederum zu einer neuen Hungersnot oder einem weiteren Putsch durch Intrigen aus dem Ausland führte, wenn die Bürde für die Massen unerträglich wurde. So wurden die sozialen Verhältnisse in diesem Teufelskreis gehalten. Dieser neue Putsch eröffnet *die Möglichkeit* einer neuen Entwicklungsrichtung. "Kommunisten" wurden Premierminister und Präsident und spielen auch in der Regierung eine bestimmende Rolle. Dies zeigt in welche Richtung die Offiziere gehen wollen. Einer der ersten Schritte des neuen Regimes war es, den Landbesitz des alten Königs-

hauses zu enteignen, die immer noch 20% der Gesamtfläche Afghanistans besaßen, obwohl sie vom früheren Daud-Regime abgesetzt worden waren! Das ist ein neuer Anfang und kann den Beginn der vollständigen Umformung der sozialen Verhältnisse bedeuten.

So wie in Polen, wo die stalinistische Bürokratie zu einer Übereinkunft mit der katholischen Kirche kam, kann auch die Führung der kommunistischen Partei in Afghanistan zusammen mit den Offizieren zu einer Übereinkunft mit den islamischen Mullahs kommen. Die Tatsache, daß Taraki (der neue Premierminister) der Führer der sogenannten kommunistischen Partei ist, ändert daran nichts. Er vertritt dieselbe Politik, wie die syrische Führung der Baath.

Im Falle Afghanistan gibt es in der jetzigen Situation nur zwei mögliche Wege. Die Arbeiterklasse ist äußerst klein. Teile der Intelligenz, anscheinend die Mehrheit des Offizierskorps und ein großer Teil der Selbstständigen wollen einen modernen zivilisierten Staat aufbauen. Die Bauern wollen das Land.

Auf dem Weg des Kapitalismus und des Großgrundbesitzes kann es nicht vorwärts gehen. Die Offiziere wollen

den Weg der Mongolei gehen. *In der Tat sind diese Änderungen nur durch den internationalen Zusammenhang möglich.* Die Krise von Imperialismus und Kapitalismus, die Sackgasse der rückständigen Länder in der dritten Welt und die Existenz proletarisch-bonapartistischer Staaten, vor allem von Rußland und China in Asien zusammen mit der Verzögerung der proletarischen Revolution im Westen sind im Falle Afghanistans mächtige Faktoren.

Die barbarischen Regimes von Pakistan, Iran und dem nahen Indien haben auch keine Anziehungskraft. Viele, wenn nicht die meisten der Offiziere in der Armee wurden in Rußland ausgebildet und fühlen sich angezogen, wenn sie die Auswirkungen des stalinistischen Regimes bei der Modernisierung Rußlands sehen. Ihre Auswirkung auf Stammesmitglieder von ähnlichen Völkern oder sogar Angehörige desselben Stammes in angrenzenden russischen Gebieten, die früher einen genauso niedrigen Lebensstandard und genau den gleichen Analphabetismus und die gleiche Unwissenheit hatten, machen einen großen Eindruck.

# Der marxistische Ansatz

Die Industrialisierung, Alphabetisierung und der hohe Lebensstandard im Vergleich zu Afghanistan beeindruckten diese Schichten. Im Gegensatz dazu kann die Zurückgebliebenheit und Barbarei, auf die sich der Adel in Afghanistan stützte, die besten Elemente nur abschrecken - die Intelligenz, die Selbstständigen und sogar die Offizierskaste. Sie wollen aus Armut, Ignoranz und Dreck ausbrechen, an denen ihr Land leidet. Die Kapitalisten im Westen haben ihnen mit ihrer Arbeitslosigkeit und industrieller Stagnation nichts anzubieten. Sie wollen aus dem Teufelskreis von Stammesführern und verschiedenen Militärdiktaturen ausbrechen, die nichts grundsätzliches verändern.

Die Weltkrise des Kapitalismus trifft die unterentwickelten Regionen noch härter und drängt die Schlußfolgerung auf, daß Kapitalismus keinen Fortschritt bietet.

Das "republikanische" Daud-Regime (von Moskau gestützt und aufgepäpelt) änderte nichts. Die Aufstände und Putsche, die in den letzten 50 Jahren zum Wechsel von Dynastien und verschiedenen Clans von Adligen führten, waren unfruchtbar. Der Adel und die Verhältnisse auf dem Land, auf die er sich gründet, waren die Haupthindernisse für die Modernisierung.

Wenn sich das neue Regime auf die Bauern stützt und die Gesellschaft umformt, ist unter diesen Umständen der Weg für die Entwicklung eines Regimes wie in Kuba, Syrien und

Rußland auch in Afghanistan frei. *Zum ersten mal seit Jahrhunderten* bedeutet dies die Möglichkeit, die afghanische Gesellschaft vorwärts in die moderne Zeit zu bringen. Wenn die soziale Umgestaltung vollendet würde, *könnte dies dem Kapitalismus und Großgrundbesitz* im Rest des kapitalistisch-großgrundbesitzerlichen Asiens, vor allem in den Regionen Südasiens *einen Stoß versetzen*. Es hätte unkalulierbare Auswirkungen auf die Pathanen und Belutschen in Pakistan. Es wird Auswirkungen auf ähnliche Völker an der Grenze zum Iran haben. Das faulende Regime in Pakistan wird in den nächsten Jahren seiner vollständigen Auflösung gegenüberstehen. Eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse in Afghanistan könnte auch zum Niedergang dieses Regimes beitragen. Die Stammesangehörigen werden durch die Entwicklungen beeinflusst werden, die bei ihren Brüdern jenseits der Grenze stattfinden. In der Nord-West-Grenzprovinz Pakistans und unter den Belutschen dort kocht jetzt schon örtlich der Aufruhr, wobei diese Völker nach der Einheit mit ihren Brüdern in Afghanistan streben. Die Auswirkungen würden sich rundherum immer weiter ausbreiten, ihr Wiederhall wäre im Iran zu spüren und noch weiter entfernt, auch in Indien.

Diesen Weg wird die "Kommunistische Partei" gehen, die zusammen mit den radikalen Offizieren an der Macht ist. Die Opposition der alten Kräfte in Afghanistan (genauso wie in Äthiopien) wird sie aller Wahrchein-

lichkeit nach in diese Richtung zwingen.

Wenn sie zögern, möglicherweise unter dem Einfluß des sowjetischen Botschafters und dem russischen Regime, werden sie den Weg für eine *fürchterliche Konterrevolution* ebnen, die sich auf den bedrohten Adel und die Mullahs stützt. Im Falle eines Erfolgs wird sie das alte Regime restaurieren - auf dem Rücken von Hunderttausenden von Bauern, durch ein Massaker unter den radikalen Offizieren und die annähernde Ausrottung der ausgebildeten Elite. *Im Moment* - solange sich in den industriell entwickelten Ländern keine Bewegung der *einzigsten* fortschrittlichen Klasse entwickelt, die eine *Umformung in Richtung Sozialismus* erreichen kann - scheint die vorläufig progressivste Entwicklung in Afghanistan die Errichtung eines proletarischen Bonapartismus zu sein.

Während wir unsere Augen nicht vor den neuen Widersprüchen verschließen, die auf der Grundlage einer Übergangswirtschaft eines Arbeiterstaates ohne Arbeiterdemokratie bestehen, werden Marxisten in sauberer Art und Weise die Notlösung eines solchen Staates unterstützen, der nicht nur eine weitere Schwächung von Imperialismus und Kapitalismus führt, sondern auch von Regimes, die sich auf die Reste des Feudalismus in den am wenigsten entwickelten Ländern stützen.

## 4. Kapitel

# Die neue Phase der kolonialen Revolution

## Bilanz der Revolutionen nach 1978

*Nicaragua* ist ein Beispiel für die Folgen einer *halben Revolution*. Die Sandinistas stürzten die Somoza-Diktatur in einem jahrelangen Guerilla-Krieg. Die ArbeiterInnen gaben durch ihren Generalstreik dem Somozaregime nur den letzten Stoß. Nach der Revolution wurde der Staatsapparat Somozas zerstört und durch einen "sandinistischen" Staat ersetzt, der sich auf die Massen stützte. Diese politische Revolution war aber nicht von einer sozialen begleitet.

### Nicaragua

*Der Kapitalismus blieb bestehen.* Die Kapitalisten nutzten ihre wirtschaftliche Machtstellung in den folgenden Jahren dazu aus, um gemeinsam mit dem US-Imperialismus und den Contra-Banden das Land ins Chaos zu stürzen. Die Contras sollten ein Stückchen Nicaragua erobern, eine Gegenregierung ausrufen und dann von den USA offiziell anerkannt und unterstützt werden. Dazu erwiesen sie sich aber als völlig unfähig. Sie taugten nur als Drogenschmuggler, Mörder und Terroristen, ohne einen Quadratmeter Land zu erobern. Was die Contras nicht schafften, das erreichte die Frente Sandinista selber: Durch ihre Kompromisse mit der Bourgeoisie auf Kosten der ArbeiterInnen und BäuerInnen untergrub sie ihren Rückhalt. Ein großer Teil der Opfer der Bevölkerung diente nicht der Verteidigung der Revolution, sondern floß in die Taschen der Kapitalisten, die damit die Contras

unterstützten. Die Revolution wäre nur zu retten gewesen, wenn die Sandinisten bis zum Ende gegangen wären, die Kapitalisten, die 60% der Industrie kontrollierten, enteignet und einen ArbeiterInnenstaat errichtet hätten. Auch wenn das ein stalinistischer Staat gewesen wäre, wäre es ein gewaltiger Fortschritt gewesen. Aber auf dringende Empfehlung der sowjetischen Regierung wurde das unterlassen. Genausowenig wurden die ArbeiterInnen und BäuerInnen der übrigen lateinamerikanischen Länder zum Sturz von Großgrundbesitz und Kapitalismus aufgefordert.

Die Folge war, daß die reaktionäre UNO unter Violetta Chamorro 1990 die Wahlen gewann. Mit Unterstützung eines großen Teils der Sandinistas hat sie begonnen, die Errungenschaften der Revolution zurückzudrehen. Der Kapitalismus in Nicaragua kann sich keine Demokratie leisten. Die bürgerliche Regierung wird versuchen, schrittweise den Widerstand des Proletariats zu brechen und eine bonapartistische Diktatur zu errichten. Nur eine erneute -und diesmal vollständige- Revolution kann dies auf Dauer verhindern. Nicaragua zeigt, daß die *ArbeiterInnen sich nicht auf kleinbürgerliche Guerilleros verlassen können, sondern ihre eigene, unabhängige Führung aufbauen müssen.*

Trotzdem hat der Sieg der Revolution 1979 unbestreitbar die revolutionären Massen inspiriert und ermutigt. Zugleich hat er aber die Illusionen in die Guerilla-Methode gesteigert. Die Guerilla konnte in *El Salvador* nur deshalb teilweise Erfolge haben,

### El Salvador und Grenada

weil der Klassenkampf des Proletariats ihr Luft verschaffte. Wenn sich 1980 die FMLN (Farabundo Martí der Nationalen Befreiung) in El Salvador an die Spitze der ArbeiterInnenbewegung gestellt hätte, statt einen Guerillakrieg zu führen, wäre zu diesem Zeitpunkt eine *proletarische Revolution möglich gewesen.* Große Opfer an Menschenleben und die teilweise Zerstörung des Landes wären vermieden worden. Stattdessen ist in El Salvador der Kapitalismus immer noch an der Macht und ein Sieg der FMLN unwahrscheinlicher als eine Niederlage oder ein fauler Kompromiß.

In *Grenada* wurde 1979 die Regierung durch die New Jewel Movement (NJM, Jewel ist eine Abkürzung und heißt "Gemeinsame Anstrengung für Wohlstand, Ausbildung und Arbeit") gestürzt. Die neue Regierung unter Bishop führte einige Reformen durch und verscherzte es sich dadurch mit dem US-Imperialismus und seinen Marionettenregimen in der Karibik. 1983 dienten interne Machtkämpfe als Vorwand für die *Invasion der USA.* Es wurde ein Parlament gewählt, die Lakaien des Imperialismus bekamen 14 von 15 Sitzen. Mittlerweile ist ihre Partei durch diverse Abspaltungen so geschwächt, daß sie nichtmal mehr die absolute Mehrheit hat. Die bürgerliche Demokratie funktioniert wirklich bemerkenswert.

## Simbabwe

*Rhodesien*, das heutige *Simbabwe*, war bis 1923 *Privateigentum* der British South Africa Company. Danach wurde eine Selbstverwaltung der weißen SiedlerInnen eingerichtet. 1965 erklärte das weiße Minderheitsregime Rhodesien einseitig für unabhängig. Dagegen organisierten die beiden Parteien der schwarzen Bevölkerungsmehrheit (über 90%) ZANU und ZAPU (afrikanische National- bzw. Volksunion von Simbabwe), einen Guerillakrieg. Dieser Krieg brachte das Regime immer mehr in Bedrängnis. Um einem Massenaufstand in den Städten, der höchstwahrscheinlich nicht nur zum Sturz des Kapitalismus in Rhodesien geführt hätte, sondern auch der ArbeiterInnenbewegung in Südafrika mächtigen Auftrieb gegeben hätte, zu verhindern, zwangen die Imperialisten das weiße Regime, die Macht 1979 an eine Regierung unter Muzorewa, eine Marionette der Imperialisten, abzutreten. Aber bei den Wahlen gewannen die Parteien, die die Unabhängigkeit erkämpft hatten, ZANU und ZAPU.

Die neue Regierung legte leidenschaftliche Bekenntnisse zum Sozialismus ab. In den ersten Jahren gab es deutliche Verbesserungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Das war möglich, weil die Wirtschaft -nach der Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen das vorherige Rassisten-Regime- 1980 und 1981 Wachstumsraten von über 10% hatte. Maßnahmen gegen die multinationalen Konzerne wurden aber nicht ergriffen.

Im Gegenteil, die Regierung ließ sich von den Imperialisten (und der Sowjetunion, die das südliche Afrika als Einflußshäre des Imperialismus betrachtete) beschwatzen, sich um zusätzliche Investitionen zu bemühen. Simbabwes Wirtschaft wird von zwei Multinationalen Konzernen, der Anglo-American Corporation of South Africa ("Anglo") und Lonrho, beherrscht. Die vier wichtigsten Aufsichtsratsmitglieder von Anglos Tochtergesellschaft Amzim zum Beispiel kontrollieren die

Aufsichtsräte von 88 weiteren Firmen, darunter auch drei der sieben Firmen mit dem größten Umsatz in Simbabwe. Der weltweite Umsatz von Anglo war 1986 doppelt so groß wie das Bruttosozialprodukt von Simbabwe. Mit Sozialismus hat das natürlich nichts zu tun. Ab 1982 wuchs die Wirtschaft langsamer als die Bevölkerung. Die Regierung begann, die sozialen Verbesserungen wieder zurückzuschrauben. Die selbsternannten "Marxisten-Leninisten" halten *im Dienst der Multis* mit ihrer im Guerillakrieg erlangten Autorität und reaktionären Anti-Streik-Gesetzen die ArbeiterInnen ruhig und erhalten dafür Parteispenden von Anglo. Kein Wunder, daß die ArbeiterInnen und Jugendlichen immer mehr ihre Illusionen verlieren.

## Namibia

In *Namibia* läuft mit einem Jahrzehnt Verspätung ein ähnlicher Prozeß ab wie in Simbabwe. In mehr als zwei Jahrzehnten Guerillakampf konnte die SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias) den südafrikanischen Imperialismus nicht mit militärischen Mitteln aus Namibia vertreiben. Die Imperialisten feierten den Ende 1988 vereinbarten Rückzug Südafrikas aus Namibia als großen Sieg für den Frieden. Es ist richtig, daß heute SWAPO-Chef Nujoma Namibia regiert, aber beherrscht wird das Land nach wie vor vom Imperialismus. Die formale Unabhängigkeit ist ein Fortschritt, aber die Imperialisten haben ihr nur zugestimmt, weil gleichzeitig die kapitalistische Restauration in Angola eingeleitet wurde. Anders als in Simbabwe kann die namibische Regierung der Bevölkerung kaum soziale Verbesserungen bringen. Die Enttäuschung wird deshalb in Namibia viel schneller kommen.

## Bilanz der Guerrilla-Methode

Diese Siege (oder zumindest Machtübernahmen) von *Guerrillaorganisationen* zeigen, daß sich das Proletariat auf keinen Fall darauf

verlassen kann, daß nach dem Sieg mit dem Kapitalismus gebrochen wird -der einzige Weg, auf dem in der kolonialen Welt dauerhafte soziale Fortschritte möglich sind.

Durch den Sieg der Partisanen- oder Guerillaarmeen in Jugoslawien, China und Kuba und die Zerschlagung des Kapitalismus in diesen Ländern sind große Illusionen in die Guerilla-Taktik erzeugt worden. Ein "Che" Guevara ist durch seinen unbestreitbaren Heroismus zum Idol vieler Linker geworden. Aber *Heroismus ist kein Ersatz für ein klares Programm und klare Perspektiven*. Die Vorstellung, daß die "militärischen" Aktionen von kleinen Gruppen die kapitalistische Staatsmaschine besiegen können, ist eine Illusion.

In rückständigen Ländern, in denen der Staatsapparat traditionell nicht das gesamte Staatsgebiet unter Kontrolle hat, kann es möglich sein, größere "befreite Gebiete" zu errichten, dort eine Landreform durchzuführen, eine neue Infrastruktur (Schulen, Krankenstationen etc.) einzurichten und so den Rückhalt der bäuerlichen Bevölkerung zu bekommen. Aus dieser Bevölkerung kann möglicherweise eine Guerillaarmee aufgebaut werden, die den Staatsapparat militärisch besiegen kann. *Der Sieg einer derartigen Guerillaorganisation kann günstigstenfalls zu einem stalinistischen Staat führen, der nur durch eine politische Revolution des Proletariats in eine ArbeiterInnendemokratie verwandelt werden kann*. Eine *Stadtguerilla* ist aber auf jeden Fall zum Scheitern verurteilt. Eine Guerillaorganisation muß militärisch organisiert sein und das trägt sich nicht mit Demokratie. Sie besteht fast ausschließlich aus BäuerInnen, landlosen BäuerInnen etc., und - wie Marx sagte - eine auf diese Schichten gestützte Regierung muß bonapartistisch sein. Das Proletariat kann eine Guerillabewegung an der Macht nicht kontrollieren, dazu müßten ihre ganzen Strukturen zerschlagen und durch demokratische Strukturen ersetzt werden. Die Guerillaführer würden jeden derartigen Versuch der ArbeiterInnen damit beantworten, daß sie mit ihrer BäuerInnenarmee das Proletariat unterdrücken. Aber *bei dem internationalen Kräfte-*

verhältnis, wie es sich in den Achtziger Jahren entwickelt hat, ist es höchst unwahrscheinlich, daß dieser Bonapartismus wenigstens ein proletarischer Bonapartismus ist, daß die ganzen Opfer eines Guerillakrieges wenigstens zur Beseitigung des Kapitalismus führen. Weil das Proletariat die revolutionäre Regierung nicht kontrollieren kann, muß es ohnmächtig zusehen, wie sie alle ihre Reden über Sozialismus Lügen straft und einen Kompromiß mit dem Imperialismus macht -und noch einen und noch einen und schließlich vor dem amerikanischen oder südafrikanischen Präsidenten auf dem Bauch liegt und um Wirtschaftshilfe oder Investitionen bettelt. Manche Sektierer, die sich noch dunkel erinnern, was Marx, Engels, Rosa Luxemburg, Lenin und Trotzki über die Rolle der Massenbewegung und des Proletariats geschrieben haben, versuchten, das mit der Guerilla unter einen Hut zu bringen. Sie meinten daher, die Guerilla könne die Aktion des Proletariats zwar nicht ersetzen, aber den ArbeiterInnen Mut machen, in den Kampf zu treten. *Das ist schon seit hundert Jahren die letzte Verteidigungslinie untralinken Wirkköpfe.* Als die russischen "Narodniki" entdeckt hatten, daß nach der Ermordung eines Zaren einfach der nächste Zar kommt, erfanden sie den "aufrüttelnden Terror". Lenin schrieb dazu: "wer selbst durch die in Rußland herrschende Willkür nicht aufrüttelt wird und nicht aufzurütteln ist, der wird offenbar auch dem Zweikampf zwischen der Regierung und einem Häuflein von Terroristen ruhig zusehen und 'die Daumen drehen'." (LW5, S.434) Es herrscht in der kolonialen Welt kein Mangel an Menschen, die wissen, daß sie unter unerträglichen Bedingungen leben. Eine Guerilla oder Stadtguerilla führt nur dazu, daß bei den ArbeiterInnen *die Illusion wächst, die Guerilla würde für sie den Befreiungskampf erledigen*, sie bräuchten den Kampf nur irgendwie unterstützen. Eine proletarische Revolution kann aber nicht durch eine revolutionäre Organisation *stellvertretend für die Massen* gemacht werden. *Die proletarischen Massen müssen die Revolution selbst machen, nicht spontan und unorganisiert, sondern mit einer*

*revolutionären Führung.* Aber diese Führung steht nicht neben oder über dem Proletariat, sie ist sein bewußtester und im Klassenkampf erfahrester Teil, der durch die Führung verschiedener Teilkämpfe das Vertrauen der Massen erobert hat, auch während und nach der Revolution vom Vertrauen der Massen abhängig bleibt und *ständig unter ihrer Kontrolle* steht.

Wenn unsere Sektierer fordern, daß eine Guerilla von den ArbeiterInnen unterstützt werden muß, damit sie ideologisch zulässig ist, genügt das keineswegs. Das chinesische Proletariat hat Mao unterstützt, das kubanische Castro, bis beide ihre totalitäre Diktatur errichtet hatten. *Es ist nicht die Aufgabe der MarxistInnen in der kolonialen Welt, militärische Organisationschen aufzubauen und dann ernsthafte und aufopferungsbereite RevolutionärInnen zu verheizen. Es ist ihre Aufgabe, im Proletariat eine marxistische Strömung aufzubauen und in den Massenkämpfen zu intervenieren* (und wenn möglich Massenkämpfe anzuführen). Das kann natürlich praktische Vorschläge für die Errichtung von Selbstverteidigungsorganen gegen faschistische Schläger, Todeschwadronen, den Staatsapparat beinhalten. Aber solche Organe können nur aus Massenkämpfen entstehen. Ein Streikposten ist die Vorstufe einer ArbeiterInnenmiliz, eine Guerillaorganisation nicht.

Die Guerilla ist nur scheinbar der einfachere und kürzere Weg zum Sturz des Kapitalismus. Selbst wenn sie siegreich ist, bedeutet sie - abgesehen davon, daß zur Errichtung einer sozialistischen Demokratie noch eine Revolution notwendig ist - große Opfer an Menschenleben, große Zerstörungen an Infrastruktur und Produktionsanlagen und die Verschleuderung des Idealismus und der Opferbereitschaft von vielen tausenden KämpferInnen. Die Methode, den Kapitalismus zu stürzen, für die Marx, Engels, Rosa Luxemburg, Lenin und Trotzki gekämpft haben, die der *unverfälschte Marxismus*, auch in den Zeiten der größten Guerilla-Verherrlichung verteidigt hat, nämlich der Massenaufstand des Proletariats, unterstützt unter Umständen durch

einen BäuerInnenkrieg, ist unter allen Umständen der bei weitem humanere und schmerzlosere Weg.

### Westafrika

Wenn eine Guerillabewegung heute nicht zum Sturz des Kapitalismus führen kann, so kann es ein *Militärputsch* noch weniger. Auch das hat Afrika im letzten Jahrzehnt gezeigt. In *Ghana* putschten im Juni 1979 jüngere Offiziere um Jerry Rawlins. Ihre Angriffe auf die Korruption des alten Regimes machten sie außerordentlich populär. Die Junta wollte die Macht nicht behalten, ein Parlament und ein Präsident wurden gewählt. Ende 1981 putschte Rawlins ein zweites Mal und diesmal versuchte er, sich auf die Massen zu stützen. Es wurden "Volks-" und "Arbeiterverteidigungskomitees" gebildet, die ArbeiterInnen versuchten, Wirtschaft und Gesellschaft zu kontrollieren. Diese Komitees waren gewissermaßen Keimzellen von Sowjets. Dadurch entstand eine Doppelherrschaft zwischen dem Staatsapparat und den Komitees. Aber anders als in Rußland 1917 gab es keine bolschewistische Partei, die die Revolution zu Ende geführt hätte. Die Komitees wurden von Linken gesäubert, gezähmt und schließlich abgeschafft und ein bonapartistisches Regime errichtet. Auf Anraten der Stalinisten verständigte sich Rawlins 1983 mit dem IWF und schaltete die Linken in seiner Junta aus. In *Burkina Faso* (damals noch Obervolta) putschten 1982 Offiziere. Es bildete sich bald ein rechter und ein linker Flügel in der Junta heraus. Im Mai 1983 schlug der Versuch, die linken Junta-Mitglieder zu verhaften, fehl. In einem mehrmonatigen Machtkampf gewannen die "Linken" um Thomas Sankara und versuchten, nach dem Beispiel des Nachbarlands Ghana, "Komitees zur Verteidigung der Revolution" ins Leben zu rufen. Durch Reformen und den Kampf gegen die Korruption konnten Verbesserungen für die Bevölkerung erzielt werden. Aber der Kapitalismus wurde nicht beseitigt. Stattdessen versuchte Sankara, die Unterstützung der Imperialisten, der USA, der OPEC und

Frankreichs zu bekommen, führte Sparmaßnahmen ein und reagierte auf Proteste mit der Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung. Das Regime versuchte, ArbeiterInnen und BäuerInnen gegeneinander auszuspie-

len. Mit dieser Politik bereitete Sankara den konterrevolutionären Putsch vor, den dann seine engsten Mitarbeiter durchführten (und ihn dabei niederschließen ließen).

Woran liegt es jetzt aber, daß in

den Achtziger Jahren Guerrillabewegungen oder Putsche nicht mehr zur Errichtung von stalinistischen Staaten führten?

## Die Krise des Stalinismus

Die meisten "sozialistischen" AntistalinistInnen hielten das sowjetische Gesellschaftssystem entweder für eine Variante des Kapitalismus ("Staatskapitalismus") oder für eine völlig neue Gesellschaftsordnung ("Bürokratischer Kollektivismus", Herrschaft der Manager oder so etwas), die eine notwendige Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung sei und ähnlich wie Feudalismus und Kapitalismus Jahrhunderte bestehen werde. Nach dem Zweiten Weltkrieg vertraten auch manche "Trotzkisten" derartige Theorien. *Trotsky* selbst hat erkannt, daß der *Stalinismus kein notwendiges und normales Stadium der Geschichtsentwicklung* ist. Er ist entstanden, weil weder das Proletariat im Westen in der Lage war, den Kapitalismus zu stürzen, noch die Bourgeoisie die Sowjetunion in die Knie zwingen konnte.

Trotsky sagte voraus, daß der Stalinismus durch seine inneren Widersprüche entweder zu einer *politischen Revolution* oder einer *kapitalistischen Konterrevolution* führen muß. Solange die russische Wirtschaft rückständig und primitiv war, konnte sie auch mit bürokratischen Mitteln weiterentwickelt werden - und zwar wesentlich besser als es unter dem Kapitalismus je möglich gewesen wäre. Je moderner und komplizierter sie wurde, ein desto größeres Hemmnis wurde die Bürokratie. Der Kapitalismus kann auch unter einer Diktatur funktionieren. Eine Planwirtschaft ohne Demokratie ist eine kranke Planwirtschaft, die entweder durch eine

politische Revolution und die Errichtung einer ArbeiterInnendemokratie geheilt wird oder sterben muß. Der Stalinismus war nicht fähig, die Arbeitsproduktivität der westlichen Länder zu erreichen. Die ArbeiterInnen hatten keine Lust, für eine unfähige und korrupte Bürokratie zu schufte. Die Begeisterung, die 1929 geherrscht hatte, verschwand schnell. Stalin versuchte vergeblich, die "Werk-tätigen" mit Terror zu "motivieren". Aber im Zweiten Weltkrieg, als die ArbeiterInnen das Gefühl hatte, für sich selber zu arbeiten und zu kämpfen, nämlich für ihre Befreiung vom Faschismus, da zeigten sich erneut die *gigantischen Möglichkeiten, die die Planwirtschaft bietet*. Obwohl Hitler das Industriepotential nicht nur Deutschlands, sondern halb Europas (und auch großer Teile der Sowjetunion) zur Verfügung hatte, konnte die Sowjetunion nicht nur mehr, sondern auch bessere Waffen produzieren und die Nazis besiegen.

absolutes Hindernis

Je länger die Bürokratenkaste an der Macht war, desto mehr schottete sie sich ab, desto öfter waren die Bürokraten bereits Kinder von Bürokraten. Damit wuchs aber für die Bürokratie der Wunsch, ihre Herrschaft in den Produktions- und Eigentumsverhältnissen zu verankern, von einer Schmarotzerkaste zu einer *herrschenden Klasse* zu werden. Die Bürokrati-

ten sehnten sich immer mehr danach, Kapitalisten zu werden. Nur die *Angst vor dem Proletariat*, für das die Rückkehr zum Kapitalismus eine drastische Verschlechterung des Lebensstandards bringen mußte, ließ sie zögern. Tatsächlich zeigten die politischen Forderungen der ungarischen Revolution von 1956 und der polnischen Massenbewegungen von 1956, 1970/71 und 1980/81, daß damals die *Rückkehr zum Kapitalismus für die Masse der ArbeiterInnen kein Thema* war.

Aber die Herrschaft der Bürokratie wurde zum *absoluten Hindernis* für die Weiterentwicklung der Wirtschaft. Die sowjetische Wirtschaft entwickelte sich in den Siebziger Jahren nur noch im Schneckentempo, in den Achtzigern stagnierte sie und ging schließlich zurück. In den anderen osteuropäischen Ländern lief die Entwicklung ähnlich, nur zeitlich etwas verzögert.

Die Bürokratie reagierte auf die immer tiefere Krise, indem sie immer mehr *marktwirtschaftliche Elemente* einführte und versuchte, die *Zusammenarbeit mit den imperialistischen Ländern* zu verstärken. Aber das beschleunigte den Niedergang nur. Für diese Zusammenarbeit übte sie immer mehr Druck auf ihre Verbündeten in der kolonialen Welt aus, den Interessen der Imperialisten nicht in die Quere zu kommen. Außerdem war sie immer weniger in der Lage, ihre Verbündeten finanziell oder militärisch zu unterstützen.

# Ausplünderung der kolonialen Welt - Aufschwung in den imperialistischen Ländern

Der Aufschwung seit Ende der Vierziger Jahre ist an der kolonialen Welt weitgehend vorbeigegangen. Der Stalinismus war als Gegenmodell zum kapitalistischen Weltmarkt zwar nicht für die ArbeiterInnen der entwickelten imperialistischen Länder, wohl aber für die koloniale Welt attraktiv. Dadurch und durch die koloniale Revolution existierte ein erheblicher Druck auf die Bourgeoisie, dem Proletariat und den kleinbürgerlichen Zwischenschichten in der kolonialen Welt *Zugeständnisse* zu machen. Das führte in einigen Ländern, z.B. in Taiwan oder Südkorea zu deutlichen Verbesserungen. In den meisten Ländern wuchs die Wirtschaft kaum schneller, oft auch langsamer, als die Bevölkerung. Aber auch wenn es absolut gesehen Verbesserungen gab, die Kluft zum wachsenden Wohlstand der "Ersten Welt" wuchs.

1973 löste die "*Ölkrise*" die erste Weltwirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Die Imperialisten mußten einem Teil der kolonialen Welt erheblich höhere Rohstoffpreise zahlen als bisher. Dieses Zugeständnis war notwendig, um eine weitere Radikalisierung der arabischen nationalrevolutionären Bewegung zu stoppen. Zu diesem Zeitpunkt (Vietnamkrieg!) war der Imperialismus viel zu schwach, um die arabische Revolution militärisch niederzuschlagen, er mußte ein Politik von "Zuckerbrot und Peitsche" praktizieren. Die Weltwirtschaftskrise 1973-75, die geringen Wachstums- und hohen Inflationsraten des folgenden Aufschwungs zeigten, daß der *Imperialismus solche Zugeständnisse nicht beliebig wiederholen kann*.

Die Politik des Imperialismus hat sich als erfolgreich erwiesen. Ein Teil der nahöstlichen Staaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Vereinigte arabische Emirate etc.) hat seine Wirtschaft mit den imperialistischen Ländern verflochten. Dadurch hat sich der Imperialismus eine *Brückenkopf* in der OPEC (Organisation Erdölexportierender Länder) geschaffen. Der vom Imperialismus gezielt in die Länge gezogene Krieg zwischen Iran und Irak tat ein übriges, um die OPEC zu ruinieren und die Ölpreise zu drücken. Die Ölpreise liegen heute unter 20\$ je Barrel. Um (inflationbereinigt) so hoch zu sein wie 1979 müßten sie bei 70\$ liegen. Außerdem führte die immer intensivere Zusammenarbeit der Sowjetunion mit dem Imperialismus dazu, daß die nahöstlichen Bourgeoisien immer weniger Spielraum hatten, um zwischen Ost und West zu lavieren.

## "Schuldenkrise"

Der größte Teil der seit 1973 in den Nahen Osten strömenden Öleinnahmen war wieder in die imperialistischen Länder geflossen. Die nahöstlichen Scheichs waren unfähig, damit die Region zu entwickeln, weil sie damit die Grundlage ihrer Herrschaft zerstört hätten. Stattdessen kauften sie Anteile an Betrieben in den imperialistischen Ländern oder andere Wertpapiere. Dadurch strömten hunderte von Milliarden Dollar in die Banken der USA und Europas. Ein Großteil dieser "*Petrodollars*" wurde in andere Länder der kolonialen Welt, vor allem nach *Lateinamerika*,

weitergeleitet. Diese Länder galten als Schwellenländer, die gerade dabei waren, richtige Industrieländer zu werden. Deshalb machte man sich wenig Gedanken, wie die Länder die Schulden zurückzahlen könnten. Aber Lateinamerika wurde durch die Weltwirtschaftskrise 1980-1982 besonders hart getroffen, es geriet in die schwerste Krise seit der Depression der Dreißiger Jahre. Die schönen Träume zerplatzten, alles redete von der *Schuldenkrise*, die Banken gaben kaum noch neue Kredite und wollten die alten mit Zinsen zurück. Außerdem trieben die riesigen Haushaltsdefizite der USA die Zinsen hoch. Insgesamt floßen in den Achtzigern 670 Milliarden Dollar aus der "Dritten" in die "Erste Welt".

Da der Imperialismus die Länder der kolonialen Welt bei ihrer Industrialisierung behindert, ist die *koloniale Bourgeoisie* häufig *gespalten*. Eine Fraktion versucht, die nationale Entwicklung gegen den Imperialismus durchzusetzen. Dabei ist sie natürlich nicht revolutionär, weil ihre Feindschaft zum Proletariat allemal größer ist als ihr Konflikt mit dem Imperialismus. Aber in vielen Ländern konnte diese Fraktion der Bourgeoisie die Schwächung des Imperialismus durch den Ost-West-Gegensatz ausnutzen. Häufig kontrollierte sie jahrzehntelang den Staatsapparat. Oft wurde ein Teil der Wirtschaft verstaatlicht, die Staatsbetriebe arbeiteten aber gemäß den Interessen der Privatwirtschaft. In manchen afrikanischen Ländern (Algerien, Ägypten, Sambia, Tansania etc.) ging diese Entwicklung sehr weit. Diese Maßnahmen brachten den Massen gewisse Verbesserungen, weil sie

die Entwicklung des Landes unterstützten, aber sie waren nicht revolutionär. Da diese Länder sich oft als sozialistisch ausgaben, diskreditierten sie letztlich den Sozialismus. Die andere Fraktion der Bourgeoisie ist teils von den imperialistischen Banken abhängig und mit den multinationalen Konzernen verflochten, teils (vor allem in Lateinamerika) gibt es auch einheimische Kapitalisten, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind und deshalb nicht an einer Abschottung der eigenen Wirtschaft interessiert sind. **Die Interessen dieser Kapitalisten stimmen mit denen des Imperialismus überein.** Die Schuldenkrise brachte viele exkoloniale Länder wieder in **größere Abhängigkeit vom Imperialismus.** Das zeigte sich zuerst in Lateinamerika. Dort war die Verschuldung bei den imperialistischen Banken besonders hoch und es gibt besonders große Investitionen der "Multinationalen Konzerne" der imperialistischen Länder, die mit Teilen des einheimischen Kapitals verflochten sind. Deshalb hatten die Imperialisten dort starke Verbündete im Land. Außerdem ist in diesen Ländern die ArbeiterInnenklasse besonders stark, die Bourgeoisie hat Angst davor, sich gegen die Imperialisten auf die Lohnabhängigen zu stützen. Die Imperialisten zwangen die lateinamerikanischen Regierungen, eine Politik in ihrem Interesse zu betreiben. Die Märkte wurden geöffnet, Staatsbetriebe wurden privatisiert. Auf Kosten des Lebensstandards der

Bevölkerung wurde nach Kräften in die imperialistischen Länder exportiert, um die Devisen für die Zinszahlungen zu bekommen. Die Fraktion der Bourgeoisie und der Bürokratie, denen an einer Abschottung vom Weltmarkt gelegen war, wurden zurückgedrängt. Die exportorientierten Industrien verflochten sich noch enger mit dem internationalen Kapital. Innerhalb der lateinamerikanischen herrschenden Klassen setzten sich die durch, deren Interessen mit denen der Banken und Konzerne in der "Ersten Welt" übereinstimmten.

**"Demokratisierung"**

Diese neue Wirtschaftspolitik seit den Achtziger Jahren wurde und wird bei uns als **"Liberalisierung"** und Abkehr von **"Sozialismus"** (der in Wirklichkeit Kapitalismus war) gefeiert. Für die Leute, die sie feiern, hat sie auch große Profite gebracht. Aber für die Massen brachte sie nur **Verelendung.** Die Wirtschaft wuchs in Lateinamerika in den Achtzigern im Durchschnitt jährlich um 1,1%, pro Kopf der Bevölkerung ging sie um 1,1% zurück. Lateinamerika geht es wieder so schlecht wie vor zwanzig Jahren. Die Zahl der Armen ist schneller gewachsen als die Gesamtbevölkerung. 160 Millionen Menschen (38%) leben unter der Armutsgrenze. die Reallöhne sind im Durchschnitt um ein Viertel gefallen, in manchen Ländern um die Hälfte oder gar zwei

Drittel. Ein Großteil der Mittelschichten ist verelendet, nur ein kleiner Teil konnte aufsteigen.

Dadurch wurden die **Militärregimes**, die diese Politik ursprünglich durchsetzten, in der Bevölkerung **total diskreditiert**. In einem Land nach dem anderen wurden die Militärs abgelöst und eine "demokratische" Regierung gewählt. Die Wahlkämpfer machten der Masse der Bevölkerung große Versprechungen, aber sobald sie gewählt waren, begannen sie eine massive Sparpolitik zu deren Lasten. Präsidenten wie Collor in Brasilien oder Fujimori in Peru hätten wenige Monate nach ihrem Wahlsieg Mühe gehabt, 15 Prozent der Stimmen zu kriegen.

Die "Demokratie" in Lateinamerika ist ein Ausdruck dafür, daß **Imperialismus und nationale Bourgeoisie jetzt an einem Strang ziehen**. Damit können sie es sich leisten, das "Volk" alle paar Jahre einen Präsidenten und ein Parlament wählen zu lassen, weil sie jede zur Zeit mögliche Regierung unter Kontrolle haben. Die demokratische Wahl gibt den Regierungen nur eine formelle Legitimation. In ihrer Politik können die Regierungen nicht mehr zwischen Ost und West oder zwischen Bourgeoisie und Proletariat lavieren, sie sind kein scheinbar über den Klassen schwebender Schiedsrichter mehr. In Lateinamerika erweist sich die "Demokratie" als **unverhüllte Diktatur der Bourgeoisie**.

# Bankrott des Stalinismus in der kolonialen Welt

In den meisten stalinistischen Ländern der kolonialen Welt (die wichtigste Ausnahme ist China) hat der Stalinismus bei weitem keine so fortschrittliche Rolle wie in der Sowjetunion gespielt. Das ist keineswegs verwunderlich. Der Stalinismus ist entstanden als Reaktion der sowjetischen Bürokratie auf das Ausbleiben der Weltrevolution in den Zwanziger Jahren. Das Programm der Bürokratie war *Stalins Theorie vom "Sozialismus in einem Land"*. Ebenso wie die Bourgeoisie ist die stalinistische Bürokratie im Nationalstaat verwurzelt.

Da sie nicht in den Eigentumsverhältnissen, sondern nur im Staatsapparat verankert ist, ist sie sogar noch unfähiger als die Bourgeoisie, den Nationalstaat zu überwinden. Sie hat nichtmal eine internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit vergleichbar mit der kapitalistischen EG zustandegebracht (die Arbeitsteilung im RGW war wesentlich geringer). Die Grenzen, die ein stalinistischer Staat bei seiner Entstehung hatte, wurden nie anders als gewaltsam geändert. Auch in der kolonialen Welt wurde die vom Imperialismus geerbte *Balkanisierung* nicht überwunden. *Aber der Nationalstaat ist ebenso sehr wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden.*

Auf dem Riesenterritorium Rußlands oder in China war das nicht so deutlich spürbar. Aber in kleineren stalinistischen Staaten macht es sich schmerzlich bemerkbar. Ein großer Teil der Fortschritte, die durch die Überwindung des Privateigentums möglich wären, werden durch das Fortbestehen des Nationalstaats zunichte gemacht. Durch ihre geringe wirtschaftliche Kooperation untereinander bleiben die Länder völlig abhängig vom Weltmarkt. Das wird

noch verstärkt dadurch, daß viele dieser Länder vom Kapitalismus eine völlig auf die Bedürfnisse des Imperialismus ausgerichtete Wirtschaftsstruktur (z.B. bestimmte Monokulturen in der Landwirtschaft) geerbt haben.

## nationale Frage

Wenn die Stalinisten nicht in der Lage waren, aus den von ihnen beherrschten Staaten auf friedlichem Wege eine Konföderation zu bilden, dann war es anders erst recht nicht möglich. Die Erfahrungen Vietnams, das in Kambodscha in einen verlustreichen Guerillakrieg verwickelt wurde, sprechen Bände. Im Gegenteil, die Stalinisten waren nicht einmal fähig, die ethnischen Gegensätze in ihren Länder abzubauen. In der Sowjetunion, Jugoslawien, selbst in der Tschechoslowakei brechen mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die *Nationalitätenkonflikte* immer stärker auf.

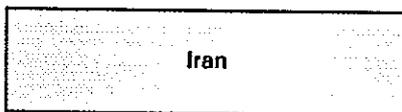
Manche stalinistische Staaten (vor allem Birma und Äthiopien) befanden sich permanent in ethnischen Bürgerkriegen. Diese Kriege verschlangen solche Summen, daß sie von Anfang an die Errungenschaften der Planwirtschaft auffraßen und damit auch die kurzfristige Überbrückung der Konflikte durch den wirtschaftlichen Fortschritt verhinderten. In diesen Ländern hat sich der Stalinismus nur dadurch gerechtfertigt, daß es unter kapitalistischen Verhältnissen einen noch schnelleren Niedergang gegeben hätte.

Diese Erfahrungen zeigen, daß in der kolonialen Welt die *Abkehr der Stalinisten von der Leninschen Nationalitätenpolitik besonders verheerende Folgen hat*. MarxistInnen unterstützen das Recht jedes Volks auf nationale

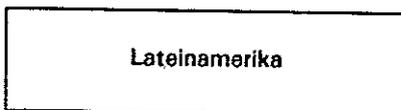
Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung. Während wir jedem Versuch, ein Volk gewaltsam zu unterdrücken und an der Selbstbestimmung zu hindern, entgegenzutreten, sind wir davon überzeugt, daß die Zerschlagung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets ein historischer Rückschritt ist. Trotzdem unterstützen wir aktiv jeden nationalen Befreiungskampf eines unterdrückten Volkes und argumentieren gleichzeitig für die Beschränkung des Kampfziels auf Autonomie. Das gilt aber nicht, wenn es sich unter dem Vorwand eines nationalen Befreiungskampfes um einen Kampf für die Wiederherstellung des Kapitalismus in einem ArbeiterInnenstaat handelt. Einen derartigen Kampf würden wir natürlich nicht unterstützen. Allerdings würde eine proletarische Demokratie im Normalfall auch unter diesen Vorzeichen eine nationale Minderheit in die Unabhängigkeit entlassen und gleichzeitig innerhalb des sich abspaltenden Staats die marxistischen Kräfte unterstützen. Bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis ist die Entstehung neuer stalinistischer Staaten in der kolonialen Welt fast ausgeschlossen. Ein Sieg des "Sendero Luminoso" in *Peru* oder der "New Peoples Army" auf den *Philippinen* in den nächsten Jahren würde trotz der stalinistischen Rhetorik kaum zu einem proletarisch-bonapartistischen Staat führen. Die TPLF in Äthiopien hatte auch ein maoistisches Programm, mit dem sie jetzt nichts mehr zu tun haben will. Das würde sich aber grundlegend ändern, wenn ein Sieg einer solchen Guerillabewegung mit einer schweren Weltwirtschaftskrise zusammenfiel oder der Imperialismus aus anderen Gründen massiv geschwächt wäre. Dann könnten auch Bewegungen ohne stalinistische Ideologie zur Entstehung stalinistischer Staaten führen.

# Das Proletariat meldet sich zurück

Das letzte Jahrzehnt hat nicht nur die Krise der Guerilla-Methode und des Stalinismus gebracht. Es brachte auch die ersten Vorböten einer neuen Welle der kolonialen Revolution.



Im *Iran* hat das brutale Regime der Mullahs viele Menschen vergessen lassen, was zwischen der Herrschaft des Schah und Khomeinis lag. Seit Herbst 1978 wurde das Schah-Regime trotz Kriegsrecht von immer größeren Streikwellen erschüttert. Vor allem in der Öl- und Chemieindustrie und im Dienstleistungssektor streikten Hunderttausende wochenlang. Sie forderten soziale Verbesserungen (kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub und höhere Löhne) und demokratische Rechte. Die Forderungen der ArbeiterInnen waren im Kapitalismus nicht zu verwirklichen. Aber statt ihnen zu erklären, daß die Revolution von ihrem demokratischen in ein sozialistisches Stadium hineinwachsen muß, wenn sie ihre Ziele erreichen will, schürten die Stalinisten die Illusionen in den Kapitalismus und schließlich sogar in die reaktionären Mullahs. Dadurch konnte die Revolution schließlich in eine islamisch-fundamentalistische Konterrevolution abgleiten, es entstand ein Regime, das vielleicht noch schlimmer ist als das des Schahs.



Auch in *Lateinamerika* hat das Proletariat sich zurückgemeldet. Auf *Haiti* führten zwei Generalstreiks, von denen einer eine Woche dauerte, im Winter 1985/86 zum Sturz der Duvalier-Diktatur. Es wurde aber nur durch "Duvalierismus ohne Duvalier" ersetzt. Ein Versuch des neuen Machtha-

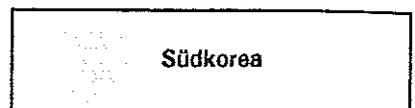
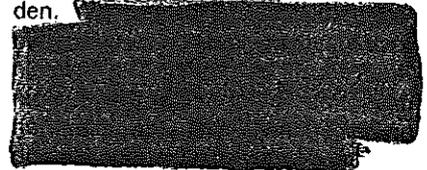
bers Namphy, die Gewerkschaften aufzulösen, führte zu einem neuen Generalstreik. Das Proletariat wurde aber von den Stalinisten in parlamentarische Kanäle irregeleitet. Damit wurde zwar Anfang 1991 die Wahl des radikal auftretenden "Befreiungstheologen" Aristide zum Präsidenten erreicht. Der versuchte aber hauptsächlich, den Mächtigen nicht auf die Füße zu treten. Nach einigen Monaten seiner Präsidentschaft waren die ArbeiterInnen so demoralisiert und desorganisiert, daß Aristide sich zwar einbildete, die Gefahr eines Militärputsches sei vorbei, tatsächlich aber das Militär ohne massenhaften Widerstand der ArbeiterInnen putschen konnte. Aristide brachte nicht mehr zuwege als seine Haut zu retten und die Imperialisten um Hilfe zu bitten, nach dem Vorbild des Golfkriegs - als ob es da um Demokratie gegangen wäre.

In *Chile* gab es ab 1984 mehrere Aktionstage der ArbeiterInnenmassen. Aber die Stalinisten wollten einen "friedlichen Übergang" zur Demokratie und sorgten dafür, daß die Aktionstage nicht in einem revolutionären Generalstreik und bewaffneten Aufstand kulminierten. Als Ergänzung dazu führten sie die AktivistInnen, die sich damit nicht abspesen ließen, in die Sackgasse des individuellen Terrors. Nachdem die Kraft des Proletariats jahrelang wirkungslos verpulvert worden war, konnte sich die chilenische Bourgeoisie wieder eine bürgerliche Demokratie installieren. Aber diese "Demokratie" stützt sich nicht auf reale Verbesserungen für die Massen, sondern einerseits auf den Opportunismus der Führungen von "Sozialistischer" und "Kommunistischer" Partei, die meinen, daß man dem Militär eine linkere Regierung als die Christdemokraten nicht zumuten könne, und andererseits auf die Angst großer Teile der Bevölkerung vor einer Rückkehr der Militärs. Aber dadurch wird sich das Proletariat nicht

dauerhaft davon abhalten lassen, für menschenwürdige Lebensbedingungen zu kämpfen - und das heißt: für den Sozialismus.

In *Brasilien*, wie in ganz Lateinamerika, wurden die Militärs nicht durch individuellen Terror oder eine Guerilla zum Abdanken gezwungen, sondern durch die ArbeiterInnenmassen. Mit marxistischer Führung wäre das 46 Millionen Männer und Frauen starke Proletariat in der Lage gewesen, auch die Bourgeoisie zu stürzen, aber so eine Führung existiert bisher noch nicht. Aber immerhin ist in wenigen Jahren eine ArbeiterInnenpartei mit Massenanhang entstanden. Die PT ("Arbeiterpartei") wurde erst 1980 gegründet, 10 Jahre später verlor ihr Vorsitzender die Präsidentschaftswahlen nur knapp. Allerdings kam es nach der Wahlniederlage zu einer gewissen Demoralisierung. Aber das brasilianische Proletariat ist noch lange nicht geschlagen - und die immer unerträglicheren Lebensbedingungen zwingen es, weiterzukämpfen.

In *Argentinien* wurde die pro-imperialistische Politik Alfonsins von mehreren Streiks und Generalstreiks begleitet. Dabei ist das größte Hemmnis des argentinischen Proletariats, die Illusionen in den Peronismus, deutlich geschwächt worden. In einigen peronistischen Gewerkschaften sind linke Oppositionsströmungen entstanden.



*Südkorea* wird von der bürgerlichen Presse gern als Beispiel für die Entwicklungsmöglichkeiten der "Dritten Welt" gefeiert. Tatsächlich beruhte die Industrialisierung einerseits auf

den massiven Handelsvorteilen, die die USA dem Land gewährten, um es für den Kapitalismus zu erhalten, und andererseits auf der massiven Ausbeutung der Lohnabhängigen. Politisch ist Südkorea für den Imperialismus jetzt nicht mehr so wichtig und ökonomisch ist es immer mehr zum lästigen Konkurrenten geworden. Damit ist Südkorea gleichzeitig mit einem Abbau der Handelsvorteile und insgesamt langsamer wachsenden oder schrumpfenden Exportmärkten konfrontiert. Wegen dem geringen Lebensstandard der eigenen Bevölkerung ist die südkoreanische Wirtschaft aber äußerst exportabhängig. Gleichzeitig fordert das auf fast zwanzig Millionen Menschen angewachsene Proletariat immer lauter bessere soziale Verhältnisse und mehr Demokratie. Im Herbst 1987 gab es eine Streikwelle mit über 500 Arbeitskämpfen, vor allem in der Autoindustrie, im Schiffbau und in den Bergwerken. Auf der Hyundai-Werft kam es zu Straßenschlachten zwischen ArbeiterInnen und Polizei. Die Kämpfe führten zu deutlichen Verbesserungen. Im Februar 1989 gab es eine neue größere Streikwelle. Die Kämpfe führen zwar meist unmittelbar zu Erfolgen, aber die imperialistischen Konzerne beginnen schon, ihre Produktion nach Thailand zu verlagern, weil dort die Arbeitskräfte noch billiger sind.

Die südkoreanischen Kapitalisten sind nicht fähig, ihren Beschäftigten anständige Lebensbedingungen zu schaffen. Im Gegenteil, sie haben sich im südkoreanischen Proletariat ihre eigenen Totengräber geschaffen. Bis die ArbeiterInnen in der Lage sein werden, den Kapitalismus zu stürzen, wird noch lange dauern. Bisher gibt es noch nicht einmal eine richtige ArbeiterInnenpartei. Aber das südkoreanische Proletariat hat bewiesen, daß es kämpfen kann.

#### Südafrika

In Südafrika führte die Massenbewegung des Proletariats und der Jugend 1984-1986 zu einer *vorrevolutionären Situation*. Das heißt: um eine Revolution erfolgreich durchzuführen, fehlte nur eine revolutionäre marxisti-

sche Massenorganisation mit klarem Programm. Nur die ANC-Politik der Kombination von Verhandlungen mit dem Apartheid-Regime und individuellem Terror rettete den Kapitalismus und führte die Bewegung in eine Sackgasse. Es war die erste allgemeine Bewegung der schwarzen ArbeiterInnen Südafrikas. Die weiße Minderheitsherrschaft hatte jahrzehntelang darauf beruht, daß die Schwarzen in verschiedene Völkerschaften aufgesplittert waren. Der Nachkriegsaufschwung versammelte Millionen scharze ArbeiterInnen dieser verschiedenen Völkerschaften in den Fabriken und Bergwerken und schweißte sie zu einem einheitlichen Proletariat zusammen.

Es ist jetzt für eine Zeit wieder zurückgeworfen worden. Die in den Siebziger Jahren mit Hilfe des ANC (der sich auf die reaktionären schwarzen Stammeshäuptlinge stützten) geschaffene Inkatha hat in Kwa-Zulu und im Natal ein Terrorregime gegen die schwarzen ArbeiterInnen errichtet. Entgegen der Darstellung der bürgerlichen Medien ist der Konflikt zwischen ANC und Inkatha kein Stammeskonflikt, sondern ein Klassenkampf. Es besteht aber die Gefahr, daß er durch die Politik des ANC in einen destruktiven Stammeskrieg ausartet. Entgegen Mandelas Appell, die Waffen ins Meer zu werfen, müßte der ANC seine AnhängerInnen bewaffnen, um sich gegen Übergriffe der Inkatha verteidigen zu können, und gleichzeitig den von Buthelezi durch Terror in die Inkatha hineingepreßten Arbeitern einen gemeinsamen Kampf für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Vollbeschäftigung, mehr Wohnungen, sanitäre Einrichtungen und andere soziale Verbesserungen anbieten. Ein solcher Kampf kann aber nur ein Kampf für eine sozialistische Gesellschaft sein, weil der südafrikanische Kapitalismus unfähig ist, diese Verbesserungen durchzuführen.

Nur durch ein sozialistisches Programm kann auch ein Teil der weißen ArbeiterInnen auf die Seite der schwarzen Mehrheit der ArbeiterInnenklasse gebracht werden. Ein sozialistisches Südafrika könnte den Lebensstandard der schwarzen ArbeiterInnen auf das Niveau ihrer weißen KlassengenossInnen heben und den Lebens-

standard beider darüber hinaus steigern. Schwarze Mehrheitsherrschaft auf kapitalistischer Grundlage würde über kurz oder lang den Lebensstandard der Weißen auf den der Schwarzen drücken und deshalb den verzweifelten Widerstand der Weißen und ein ungeheures Blutbad erzeugen.

In den letzten zwei Jahren hat das Botha-Regime sehr große Zugeständnisse gemacht. Das war aber hauptsächlich eine Folge der internationalen Entwicklung. Der Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa hat den ANC weiter nach rechts getrieben. Gleichzeitig hat die revolutionäre Massenbewegung, die diesen Zusammenbruch herbeigeführt hat, besonders die rumänische Revolution vom Dezember 1989, die herrschende Klasse Südafrikas in Angst und Schrecken versetzt. Deshalb hat es die Mehrheit der Bourgeoisie vorgezogen, dem ANC Zugeständnisse zu machen, damit der im Gegenzug die ArbeiterInnen im Zaum hält und den Kapitalismus schützt. Diese Politik kann aber nicht auf Dauer funktionieren. *Die Grundlage der Apartheid sind nicht irgendwelche mittlerweile abgeschafften infamen Gesetze, sondern die Ausbeutung der schwarzen ArbeiterInnen zu Hungerlöhnen.*

Der ANC wird seine AnhängerInnen niemals mit dieser Grundlage der Apartheid versöhnen können, schon gar nicht in den nächsten Jahren, die einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine noch weitere Verelendung bringen werden. Die revolutionäre Opposition im ANC wird anwachsen. Dadurch wird das Vertrauen der Kapitalisten, daß der ANC die ihm zugedachte Rolle spielen kann, sinken. Sie werden versuchen, doch wieder auf Repression umzuschalten, weil in Südafrika ein Kapitalismus ohne Apartheid unmöglich ist. *Die Apartheid kann nicht durch Kompromisse sondern nur durch eine proletarische Revolution gestürzt werden.*

Es wird vor allem von einer richtigen, marxistischen Politik gegenüber den weißen ArbeiterInnen Südafrikas abhängen, ob die südafrikanische Revolution relativ friedlich ablaufen oder von schweren Kämpfen begleitet sein wird. Von noch viel größerer

## Intifada

Bedeutung ist eine derartige Politik im Fall der *jüdischen ArbeiterInnen in Israel/Palästina*.

In dieser Frage hat die PLO in den letzten Jahrzehnten unermeßlichen Schaden angerichtet. Die PLO wurde 1964 als bürgerlich-nationalistische Organisation gegründet, um den Kampf der PalästinenserInnen in für die arabischen Feudalherren und Kapitalisten ungefährliche Bahnen zu lenken. Dieser Aufgabe ist die PLO treu geblieben und hat dadurch die PalästinenserInnen in eine Sackgasse nach der anderen geführt. Sie hat dafür gesorgt, daß die palästinensischen Flüchtlinge sich nicht mit den ArbeiterInnen ihrer arabischen "Gastländer" verbrüdet haben. Dadurch hat sie sowohl 1969/70 in Jordanien als auch 1975/76 im Libanon eine Revolution verhindert und gleichzeitig die Massaker der jordanischen und syrischen Regierung (1970 bzw. 1976) an palästinensischen Flüchtlingen ermöglicht. Durch ihre Politik des individuellen Terrors gegen die jüdische Zivilbevölkerung hat sie das jüdische Proletariat dem reaktionären zionistischen Staat in die Arme getrieben. Es ist aussichtslos, mit Terror oder Krieg von außen (durch die arabischen Diktatoren) einen palästinensischen Staat zu schaffen. Wirkliche Erfolge hat es erst gegeben, als die palästinensischen Jugendlichen und ArbeiterInnen nach der Vertreibung der PLO aus Beirut durch Israel 1982 die Hoffnung auf Hilfe von außen aufgaben und 1987 die *Intifada* begannen. Dieser *Massenaufstand* war von der PLO-Führung nicht

erwartet, geschweige denn vorbereitet worden. Er erreichte in wenigen Wochen mehr als Jahrzehnte des individuellen Terrors. Die Geschlossenheit der jüdischen Bevölkerung bekam deutliche Risse. Im April demonstrierten in Tel Aviv über 100.000 Menschen gegen die israelische Regierung, streikende jüdische ArbeiterInnen bezeichneten ihren Kampf als "jüdische Intifada". Der Schritt von der Diplomatie und individuellem Terror zum Massenaufstand war ein gewaltiger Fortschritt. Aber die Bewegung konnte nur zum Erfolg führen, wenn sie sich mit dem jüdischen Proletariat und den arabischen ArbeiterInnen der Nachbarländer verband. Da dieser Schritt nicht erfolgte, endete die Bewegung in der Sackgasse. Ein Teil resignierte, ein Teil wandte sich der reaktionären islamisch-fundamentalistischen Hamas zu, schließlich setzten die meisten Palästinenser wieder auf Hilfe von außen, von Saddam Hussein. Das ist ein gewaltiger Rückschritt. Zugleich ermöglicht die Zuwanderung von sowjetischen JüdInnen die Verdrängung der palästinensischen ArbeiterInnen aus der israelischen Wirtschaft. Es gibt aber jetzt Anzeichen für eine wachsende Radikalisierung der PalästinenserInnen in Israel. Gleichzeitig nehmen gerade durch die Zuwanderung die sozialen Spannungen in Israel zu. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot wachsen drastisch. Die jüdischen ArbeiterInnen und die palästinensischen ArbeiterInnen in Israel werden wahrscheinlich die nächste Welle der Klassenkämpfe anführen und auch dem Kampf in den besetzten Gebieten neue Impulse geben. In allen diesen Ländern ist die *erste*

## Sackgassen

*Welle von Massenkämpfen des Proletariats* in einer Sackgasse geendet, weil eine revolutionäre Führung fehlte. Die Massen wurden durch die ausbleibenden Erfolge teilweise demoralisiert, aber sie haben noch keine ernsthafte Niederlage erlitten. Da zur Zeit marxistische Ideen in der ArbeiterInnenklasse weltweit nur äußerst schwach verankert sind, werden noch mehr Wellen von Klassenkämpfen in Sackgassen oder Niederlagen enden - ohne daß das Proletariat auf Dauer geschlagen wäre. Aber nur der Sieg der proletarischen Revolution kann die Länder der kolonialen Welt vor dem Versinken in Barbarei bewahren.

Ein erschreckendes Beispiel für das Schicksal, das ein Land erleidet, in dem die ArbeiterInnen zu viele Chancen ungenutzt verstreichen lassen, ist *Bolivien*. Dort gab es in 18 Monaten 15 Generalstreiks ohne daß das Proletariat in der Lage gewesen wäre, die Macht zu übernehmen. Diese Kette von Niederlagen stürzte die Gesellschaft in einen Alptraum von Reaktion und wirtschaftlichem Zerfall. Bolivien ist praktisch von der Drogenproduktion abhängig geworden. Ein Drittel des Bruttosozialprodukts wird durch die Koka-Produktion erwirtschaftet. Die Gesellschaft befindet sich in fortschreitendem Verfall. *Wenn der Kapitalismus noch einige Jahrzehnte fortbesteht, droht der ganzen Menschheit eine Libanonisierung und Bolivianisierung, verbunden mit einer ökologischen Katastrophe oder gar die atomare Vernichtung.*

# Triumph des Imperialismus ?

Die Krise des Stalinismus in den Achtziger Jahren bedeutete eine **Stärkung für den Imperialismus**. Da die Sowjetunion befreundeten Regimen immer schlechter militärisch oder finanziell helfen konnte, weil ihre eigenen Mittel immer knapper wurden und sie bessere Beziehungen zum US-Imperialismus anstrebte, gerieten auch die stalinistischen Regime in der kolonialen Welt in Schwierigkeiten und wurden für die Bevölkerung der kapitalistischen Nachbarländer weniger attraktiv. Angola, Mozambique und Nicaragua (das zwar kapitalistisch, aber trotzdem für die Massen vor allem in Lateinamerika ein Hoffnungsträger war) wurden durch konterrevolutionäre Terrorbanden, die von Südafrika bzw. den USA organisiert wurden, destabilisiert, ohne daß die Sowjetunion oder Kuba wirksam intervenieren konnten. Im Gegenteil, die Kubaner wurden schließlich aus Angola abgezogen. **Für die kleinbürgerlichen Offiziere und Guerilleros wurde klar, daß sie nur noch als Dienstboten des Imperialismus materielle Privilegien erlangen könnten.** Die bürgerlichen und proletarischen bonapartistischen Regime, so grundlegend sie sich unterschieden, hatten das gemeinsam, daß ihnen der Ost-West-Gegensatz eine relativ selbständige Politik ermöglicht hatte.

## Stärkung des Imperialismus

Der normale Bonapartismus beruht darauf, daß das Regime zwischen den Klassen der Gesellschaft laviert und dadurch scheinbar unabhängig ist. Der sowjetische proletarische Bonapartismus lavierte zwischen dem Proletariat im eigenen Land und dem Imperialismus. In vielen kolonialen Ländern (vor allem in Afrika) sind sowohl Bourgeoisie als auch Proletariat im eigenen Lande so schwach, daß der Bonapartismus der Regierung vor allem **Lavieren zwischen Weltimperialismus und Weltstalinismus** bedeutet hat. Aus diesem Grund ist in den am meisten rückständigen

stalinistischen Staaten (Angola, Mozambique, Äthiopien etc.) die soziale Konterrevolution am leichtesten: für die Konterrevolution muß kaum Widerstand im eigenen Land besiegt werden, das völlig zugunsten des Imperialismus verschobene internationale Kräfteverhältnis entscheidet fast allein.

Die Stärkung des Imperialismus bedeutete, daß er die Ausbeutung der kolonialen Welt steigern konnte. Durch die Zinszahlungen, die verschlechterten "Terms of Trade" (die Preise der von der kolonialen Welt erzeugten Rohstoffe sinken gegenüber den Industrieprodukten) strömten seit 1983 670 Milliarden Dollar aus der kolonialen Welt in die entwickelten kapitalistischen Länder. Der Imperialismus konnte seine Zugeständnisse aus den Siebzigern praktisch wieder zurücknehmen. Dadurch war in den imperialistischen Ländern der lange Aufschwung seit 1982/83 möglich (der allerdings in einigen Ländern -den USA, Großbritannien, etc.- schon im letzten Jahr wieder zu Ende gegangen ist).

## Revolution und Konterrevolution in Osteuropa

1989 erreichte die Krise des Stalinismus eine neue Qualität. Nach der blutig niedergeschlagenen Revolution in China wurden in der DDR, der Tschechoslowakei und Rumänien die **stalinistischen Diktaturen gestürzt**. Die von Trotzki vorhergesagte **politische Revolution** begann. Aber 1989 war die Fäulnis der stalinistischen Bürokratie schon so weit fortgeschritten, daß in den Augen der Massen auch die Planwirtschaft insgesamt diskreditiert war. Gleichzeitig befanden sich die entwickelten kapitalistischen Länder 1988/89 auf dem Höhepunkt des Aufschwungs. In dieser Situation gewannen im Proletariat Osteuropas und der Sowjetunion Illusionen in den Kapitalismus die Oberhand. In einem stalinistischen Land nach dem anderen kamen **pro-**

**kapitalistische Regierungen** an die Macht und begannen, den Kapitalismus wieder einzuführen. Dieser Prozeß ist allerdings bisher erst in der DDR beendet worden. **Damit wurde das internationale Kräfteverhältnis vollends zugunsten des Imperialismus verschoben.**

## Golfkrieg

Diese relative Stärkung des US-Imperialismus hat sich im **Golfkrieg** gezeigt. Ein derartiger Krieg wäre vor wenigen Jahren kaum möglich gewesen. Jetzt konnte er mit der Billigung der Sowjetunion und vieler Regierungen der kolonialen Welt geführt werden. Kaum eine Regierung auf der Welt leistet dem Imperialismus noch Widerstand. **Aber die Welt besteht nicht nur aus Regierungen.**

In der kolonialen Welt haben viele Millionen verstanden, daß dieser Krieg nicht um Demokratie und Völkerrecht geführt wurde, sondern für Profitinteressen. Ein großer Teil von ihnen hat dabei Saddam Hussein sehr unkritisch unterstützt. Für diese Menschen hat Saddam Hussein die koloniale Revolution repräsentiert. Das war ein **Strohalm**, an den sich Menschen **geklemmt** haben, denen der Kapitalismus täglich unerträgliche Lebensbedingungen bietet, die gleichzeitig sehen mußten, wie die Kräfte, von denen sie sich eine Veränderung erhofften, versagt und vor dem Imperialismus kapituliert haben. So konnte sich der **kleine Imperialist** Saddam, der in Konflikt mit dem großen Imperialisten USA geraten war, einig Monate als Symbolfigur der kolonialen Revolution aufspielen. Als es ernst wurde, hat Saddam den Krieg dann als Kampf zwischen einem schwachen und einem starken Imperialisten geführt, ohne irgendwelche revolutionären Maßnahmen zu ergreifen. Er hat nicht die Massen mobilisiert, um den US-Imperialismus zu schlagen, sondern **alles getan, um aus dem Krieg gegen die USA so viele**

*Waffen und Soldaten zu retten, um das eigene Volk weiterunterdrücken zu können.* Die USA haben dabei wunderbar mitgespielt.

Aber nicht nur in der kolonialen Welt, auch in einigen imperialistischen Ländern (besonders in Spanien, Italien, der BRD) hat der Krieg massive Opposition ausgelöst. Allerdings war vor allem in der BRD die Opposition hauptsächlich durch generelle Ablehnung von Kriegen motiviert, nicht durch das Verständnis des Charakters dieses Krieges. Der schnelle Sieg der USA im Golfkrieg *hat den Imperialismus weiter gestärkt.* Die Massen der kolonialen Welt sind für einige Zeit eingeschüchtert worden. Der Imperialismus ist ideologisch, militärisch, politisch gestärkt, aber *nicht wirtschaftlich.* Der Irak ist so weit verwüstet, daß aus ihm nicht mehr viel an Profiten rauszuholen ist. Die Ölpreise sind ähnlich hoch, wie im Sommer '90. Und auch der militärische Sieg ist zwiespältig. Die USA haben menschenleere Wüste und Gebiete mit sympathisierender Bevölkerung (Kuwait, Kurdistan) besetzt. Anders als in Vietnam haben sie erst gar nicht versucht, ein Land mit feindseliger Bevölkerung zu besetzen. Der Krieg hat nichts weniger als die Probleme der USA gelöst.

Dafür haben sich die US-Imperialisten etwas anderes ausgedacht: Die amerikanische Regierung hat eine *Freihandelszone* vorgeschlagen, die den ganzen amerikanischen Doppelkontinent umfassen soll. Dafür will sie Lateinamerika einen Teil der Schulden erlassen. Aber die Schulden bei der US-Regierung betragen nur zwölf Milliarden Dollar (von denen sieben erlassen werden sollen), die Schulden Lateinamerikas insgesamt 440 Milliarden Dollar. Auch der versprochene Entwicklungsfonds (mit der EG und Japan zusammen 300 Millionen Dollar) ist lächerlich wenig. Tatsächlich soll die Freihandelszone nicht der

Entwicklung Lateinamerikas dienen, sondern einen besseren *Absatzmarkt für US-Produkte* schaffen. Die USA ist in den letzten Jahren gegenüber Japan und der EG ökonomisch zurückgefallen. Durch eine weitere Verschärfung der Ausbeutung Lateinamerikas wollen sie wieder aufholen. Die bürgerlichen Regierungen Lateinamerikas sind unfähig, sich dem ernsthaft zu widersetzen. Außerdem haben sie im Golfkrieg gesehen, mit welcher Brutalität die USA notfalls ihre Interessen durchsetzen. Nachdem die USA auf die Sowjetunion keine Rücksicht mehr nehmen muß, wird sie in der kolonialen Welt noch härter durchgreifen als bisher.

### Konflikte zwischen den Imperialisten

Das heißt aber nicht, daß der US-Imperialismus jetzt freie Bahn hat. Schon während dem Golfkrieg gab es zunehmend Konflikte zwischen den USA einerseits und der BRD und Japan andererseits. Die USA haben den Krieg auch benutzt, um diese Konkurrenten im Kampf um Märkte abzuhängen. Manche bürgerlichen Ideologen hoffen auf eine Arbeitsteilung bei künftigen Strafexpeditionen in der kolonialen Welt (die USA liefert die Waffen und die anderen das Geld). Aber die Imperialisten sind untereinander Konkurrenten. Nachdem die Bedrohung des kapitalistischen Systems durch den Stalinismus weggefallen ist, *werdendie Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten wieder stärker durchbrechen.* Deshalb werden die BRD und Japan, die schon einiges Kapital in Lateinamerika investiert haben, nicht tatenlos zusehen, wie die USA versuchen, Lateinamerika für sich zu reservieren. Umgekehrt versucht die BRD, in Osteuropa Märkte für sich zu reser-

vieren, Japan versucht das gleiche in Ostasien.

Aber nicht nur zwischen der drei imperialistischen Hauptmächten wachsen die Konflikte. *Auch innerhalb der EG nehmen die Interessensgegensätze zu.* Die enge wirtschaftliche Verflechtung der EG war nur möglich durch das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte. Wenn die wirtschaftliche Lage angespannter wird, wenn nicht mehr Zuwächse zu verteilen sind, wenn es darum geht, Konkurrenten aus einem stagnierenden Markt zu verdrängen, dann ist sich jeder selbst der nächste. In der kolonialen Welt haben wir im letzten Jahrzehnt gesehen, daß die Wirtschaftskrise nicht etwa dazu geführt hätte, daß die Länder sich gegen die gemeinsamen Gegner, Weltbank, IWF, Großbanken, Multinationale Konzerne und ihre Regierungen, zusammengetan hätten. Sie haben sich geduldig gegeneinander ausspielen lassen. Um ihre Probleme zu lösen, haben sie ihre Exporte gesteigert, obwohl dadurch bei vielen Rohstoffen und Agrarprodukten ein solches Überangebot auf dem Weltmarkt entstanden ist, daß die Preise abgestürzt sind. Das früher effektivste Rohstoff-Kartell der kolonialen Welt, die OPEC, ist praktisch handlungsunfähig, andere Kartelle sind ganz zerbrochen. Das liegt nicht an der Blödiheit irgendwelcher Regierungen, sondern am Mechanismus aller kapitalistischer Staaten in der Krise. Die EG würde in einer ernsthaften Rezession genauso handlungsunfähig werden. Die Regierungen würden sich wieder in den Protektionismus flüchten. Obwohl sie genau wissen, daß sie damit die Krise nur verschärfen, hätten sie keine andere Wahl. Das ist einfach die Folge davon, daß die Bourgeoisie nicht fähig ist, den Nationalstaat zu überwinden.

# Bürgerlich-demokratische Phase der Revolution

Die Revolutionen in Osteuropa hatten in Westeuropa vor allem den Effekt, daß sozialistische Ideen noch weiter diskreditiert worden sind. In der Kolonialen Welt, wo Milliarden Menschen am eigenen Leib spüren, daß Kapitalismus keineswegs mit Demokratie und Wohlstand identisch ist, hatten sie noch einen anderen Effekt. *Sie haben die Stärke von Massenbewegungen gezeigt.* Sie haben gezeigt, daß man, um Diktatoren loszuwerden, nicht jahrelange blutige Guerillakriege braucht, daß eine Massenbewegung der ArbeiterInnen und Jugendlichen in den Städten in wenigen Wochen oder gar Tagen ein verhaßtes Regime in die Knie zwingen kann.

## afrikanische Tyrannenjagd

In Afrika mußte seit dem Frühjahr 1990 ein Diktator nach dem anderen Zugeständnisse machen oder ganz abtreten. In der "Volksrepublik" *Kongo* versprach die Regierung im Sommer 1990 politische und wirtschaftliche Liberalisierung und ein Mehrparteiensystem. (Die wirtschaftliche "Liberalisierung" bedeutet in Wirklichkeit einen Angriff auf die Massen. Aber bei der gegenwärtigen Verwirrung des Bewußtseins meint ein Großteil des Proletariats, sie werde einen höheren Lebensstandard bringen. Wenn sich dann die hehre Versprechung beispielsweise als Kürzung von Lebensmittelsubventionen erweist, wird der Widerstand nicht ausbleiben.) In *Zaire* kündigte Mobutu im Frühjahr '90 ein Dreiparteiensystem an; im Sommer '91 mußte er eine Art Vorparlament einberufen; als dabei nichts rauskam, meuterten und randalierten seine Soldaten. Mobutu mußte schließlich eine Regierung zulassen, in der seine Anhänger in der Minderheit sind (allerdings noch Armee und Polizei kontrollieren!). Seine völlige Entmachtung ist

wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit. In *Gabun* gab es Unruhen und Streiks. Nachdem er im Januar ein Mehrparteiensystem abgelehnt hatte, mußte Präsident Bongo es im April doch ankündigen. Bei den dann durchgeführten Wahlen gewann seine ehemalige Einheitspartei nur knapp. An der *Elfenbeinküste* gab es bei den Präsidentschaftswahlen einen Gegenkandidaten. In *Mali* wurde der Diktator Traoré gestürzt. Nach wochenlangen Demonstrationen vor allem von SchülerInnen und StudentInnen (der "malischen Intifada") putschte das Militär, beteuerte aber, es werde ganz bestimmt die Demokratie einführen. In *Togo* versprach im Oktober '90 der Präsident ein Mehrparteiensystem, kurz danach wurde auch in *Kamerun* eine verstärkte Demokratisierung angekündigt. In *Nigeria* versucht der Diktator Babangida durch eine Mischung aus Pseudoreformen, Terror und dem Schüren von Stammes- und religiösen Gegensätzen sich an der Macht zu halten. In *Kenia* gab es blutig verlaufende Demonstrationen gegen die Regierung. In *Sambia* hat sich der Nationalrat der Einheitspartei für ein Mehrparteiensystem ausgesprochen. In *Madagaskar* gab es diesen Sommer laufend Demonstrationen von Zehntausenden gegen das Regime.

## Patt im Klassenkampf

Gemeinsam ist diesen Bewegungen, daß sie in relativ kurzer Zeit Zugeständnisse erreicht haben, daß diese Zugeständnisse aber zum großen Teil illusorisch sind, beziehungsweise wenn die Bewegung abgeflaut ist, wieder zurückgenommen werden. Andererseits zeigt aber z.B. Zaire, daß sich die Massen nicht mit hohlen Versprechungen dauerhaft abwimmeln lassen. Allgemein befindet sich die koloniale

Revolution in einem *Stadium bürgerlich-demokratischer Illusionen*. Das hat teilweise überall die gleichen Ursachen wie in Lateinamerika: Die Diktaturen sind total diskreditiert, einheimische Bourgeoisie und Imperialismus ziehen am selben Strang und haben dadurch den Staatsapparat so fest unter Kontrolle, daß sie sich demokratische Rituale leisten können. Dazu kommt, daß das Umschlagen der politischen Revolution in Osteuropa in eine Konterrevolution in (noch!) demokratischer Form oberflächlich betrachtet wie eine bürgerlich-demokratische Revolution aussieht. Deshalb hat sie nach wie vor eine Vorbildwirkung. Der Sturz des proletarischen Bonapartismus in Osteuropa setzt die bürgerlich-bonapartistischen Regimes in der kolonialen Welt unter Druck. Die "Demokratisierung" in der kolonialen Welt ist Ausdruck eines *vorübergehenden Patts im Klassenkampf*, das dadurch möglich ist, daß die ArbeiterInnen kein klares Programm und keine revolutionäre Führung haben. Anders als die bürgerliche Demokratie in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist es nicht die Folge von materiellen Zugeständnissen der Herrschenden. Solche Zugeständnisse sind nicht möglich, weil die dazu zu verteilenden Zuwächse fehlen. Die bürgerliche Demokratie ist kein Ausdruck von Stabilität und Klassenfrieden, sondern ein *instabiles Durchgangsstadium*, häufig von einer Diktatur zur nächsten. Denn wo sie nur können, nehmen die herrschenden Klassen oder Kasten ihre demokratischen Zugeständnisse wieder zurück, so z.B. in Birma, Pakistan oder Haiti. Andererseits erkennen die ArbeiterInnen immer mehr, daß "Demokratie" *nicht satt macht*, und versuchen, die Bewegung über die formale Demokratie hin zu materiellen Verbesserungen hinauszutreiben.

# Herrschaft von Nationalismus und religiösem Fundamentalismus ?

Wegen der gegenwärtigen Schwäche des Marxismus wendet sich ein Teil der radikalisierten Massen, vor allem Kleinbürger und Teile der Jugend, reaktionären Ideen zu, die "anti-westlich" auftreten.

## Fundamentalismus

Dazu gehört vor allem der islamische und in Indien der Hindu-Fundamentalismus. Der islamische Fundamentalismus hat vor allem nach dem *Umschlagen der iranischen Revolution in eine fundamentalistische Konterrevolution* starken Auftrieb erhalten. 1990 erhielt die "islamische Heilsfront" bei den Kommunalwahlen in *Algerien* 55% der Stimmen. Dieser Erfolg beruhte hauptsächlich auf einer pseudoradikalen Demagogie. Da die Fundamentalisten in Wirklichkeit von Wucherern und Spekulanten, die die Massen nach Kräften schröpfen, abhängig sind, konnten den radikalen Worten keine Taten folgen. Die Erfahrung der Bevölkerung mit den islamischen Kommunalregierungen hat zu einiger Ernüchterung geführt. Aber mangels Alternative kann es auch in *Algerien* einen erneuten Zustrom zu den Fundamentalisten geben. In der *palästinensischen Bewegung* hat die Enttäuschung darüber, daß die Intifada nicht zum Erfolg geführt hat, der islamischen Hamas Auftrieb gegeben.

Es ist noch nicht ganz klar, in welche Richtung sich der Sieg des Imperialismus im Golfkrieg auf den Einfluß des Fundamentalismus ausgewirkt hat. Bei den *türkischen* Parlamentswahlen im Oktober 1991 haben die Fundamentalisten deutlich zugelegt. Das ist die Folge davon, daß die enorme Verelendung der Masse der Bevölkerung in den letzten Jahren vielen Menschen die Perspektive genommen hat. Die türkische ArbeiterInnenbewegung konnte den Angriffen der Bourgeoisie bisher nur (oft heroische) Teilkämpfe entgegenstellen, die die Verelendung nicht stoppen konnten. Sobald das türkische Proletariat in die Gegenoffensive geht, werden der Fundamentalismus und andere reaktionäre Ideologien zur Bedeutungslosigkeit absinken.

## Nationalismus

Daneben gibt die Entwicklung vor allem in der Sowjetunion und Jugoslawien auf der ganzen Welt nationalistischen und *separatistischen Tendenzen* Auftrieb. Dabei ist die Welle des Separatismus in diesen Ländern auch nur Ausdruck der Verwirrung, die die Krise und der Zusammenbruch des Stalinismus erzeugt hat. *Der Sieg derartiger Tendenzen kann in einigen Ländern zur Libanonisierung und zum Versinken in Barbarei führen.*

Diese Sackgassen haben jetzt Hochkonjunktur, weil die Sackgasse des Stalinismus vernichtet worden ist. Sie können den Stalinismus aber nur teilweise als Ideologie ersetzen. Der *Stalinismus* hat immerhin mit der Errichtung von ArbeiterInnenstaaten noch eine *relativ fortschrittliche Rolle* gespielt. Dagegen sind *diese Ideologien absolut reaktionär*. Ihr Sieg muß den Niedergang der Gesellschaft in der kolonialen Welt unter kapitalistischen Bedingungen beschleunigen. Eine Ausnahme können nur bis zu einem gewissen Grad nationalistische Bewegungen sein, die die Vereinigung eines zersplitterten Landes fordern, vor allem der arabischen Nationalismus. Daneben kann natürlich auch - in einigen Jahren, wenn die Krise des Imperialismus offener zum Vorschein kommt - unter der Fahne des Nationalismus oder unter Umständen auch des Fundamentalismus ein stalinistischer Staat entstehen. Schon bisher sind stalinistische Staaten nicht entstanden, um eine bestimmte Ideologie zu verwirklichen, sondern weil der Kapitalismus keine Perspektive darstellte. Wenn die stalinistische Ideologie diskreditiert ist, kann auch eine andere Ideologie zur Rechtfertigung eines stalinistischen Staats dienen. Allerdings wären die inneren Widersprüche dieser stalinistischer Staaten noch größer, sie wären mit Sicherheit äußerst instabil.

# Zum Kampf gezwungen

Aber ist der Imperialismus überhaupt gezwungen, die koloniale Welt auszuquetschen wie eine Zitrone? Warum kann man nicht für diese Länder (und für Osteuropa) einen *Marshallplan* machen, damit es ihnen auch so gut geht wie uns? Derartige Vorstellungen gibt es bei vielen wohlmeinenden Menschen (und auch bei einigen Heuchlern), aber sie sind *völlig unrealistisch*. Sie sind eine Folge davon, daß die Bourgeoisie die Ursachen des Nachkriegsaufschwungs nicht begriffen hat - oder nicht verraten will. Besonders in Deutschland werden immer die Marshallplanhilfe und die Währungsreform als Grundlagen des "Wirtschaftswunders" dargestellt.

## Ursachen des Nachkriegsaufschwungs

In Gang gesetzt wurde der Aufschwung durch die Entwertung und teilweise Zerstörung des Produktionsapparats und die Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung noch unter das Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1929 während des 2. Weltkriegs. Die Kapitalisten konnten dadurch gut ausgebildete und motivierte ArbeiterInnen zu *Hungerlöhnen* beschäftigen und hohe Profite einstreichen. Mit diesen Profiten konnten moderne Maschinen angeschafft und neue Technologien eingeführt werden, die eine *schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität* ermöglichten. Diese Technologien waren zum Großteil schon vor dem Krieg bekannt, aber sie wurden kaum eingesetzt, weil das damals noch keine Profite versprach. Jetzt war ihr Einsatz profitabel und ermöglichte in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine große Steigerung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung.

Das Wirtschaftswachstum seinerseits machte den Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder weniger aggressiv und ermöglichte so eine große Intensivierung der *internationalen Arbeitsteilung*. Von 1950 bis

1974 wuchs der Welthandel durchschnittlich um 12,4% jährlich. Dadurch konnte der Kapitalismus das Hindernis, das der Nationalstaat für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt, teilweise umgehen. Er war aber selbst in dieser Phase völlig unfähig, den Nationalstaat zu überwinden.

Der steigende Lebensstandard der Lohnabhängigen in den imperialistischen Ländern trug dazu bei, daß die außerordentlich hohen Profitraten der Unternehmer allmählich sanken, z.B. in der BRD von 23,4% 1960 auf 12,1% 1973. Die Ölkrise von 1973 war nur ein Auslöser für die Weltwirtschaftskrise von 1974/75. Die Krise äußert sich vor allem in einer Verlangsamung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität in den Siebziger- und Achtziger-Jahren. Das liegt natürlich nicht daran, daß es keine neuen Technologien mehr gäbe, die man einsetzen könnten. Im Gegenteil, es gibt wohl mehr Möglichkeiten für technischen Fortschritt als jemals zuvor und darunter auch genug, die die Umweltbelastung nicht steigern, sondern teilweise sogar vermindern würden.

## Kapitalismus behindert den technischen Fortschritt

Aber *der Kapitalismus ist ein immer größeres Hindernis für den technischen Fortschritt*. Mit dem technischen Fortschritt wächst der Anteil des "fixen Kapitals", der Gebäude, Maschinen etc., die viele Jahre oder gar Jahrzehnte verwendbar sind. Die Kapitalisten scheuen vor technischen Neuerungen zurück, bei denen sie diese teuren Anlagen ersetzen müßten. Da alle Kapitalisten das gleiche Problem haben, kann auch die Konkurrenz nicht den Einsatz dieser Technologien im größeren Umfang erzwingen. Sie werden häufig erst dann eingeführt, wenn die alten Betriebe in einer Wirtschaftskrise nicht mehr profitabel und dadurch entwertet sind. Dann ist das in den alten Anlagen investierte Kapital eh futsch, dann kann man auch moderne

Techniken anwenden. Damit es aber zu einem wirklichen technologischen Schub wie nach dem Zweiten Weltkrieg kommen kann, müßte ein großer Teil des Kapitals entwertet werden. Dazu wäre eine Depression wie nach 1929 notwendig.

## tendenzieller Fall der Profitrate

Schon vor 200 Jahren erkannten, die Klassiker der bürgerlichen Ökonomie (Adam Smith und David Ricardo), daß die Profitraten tendenziell sinken. Aber erst Marx hat das *Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate* wissenschaftlich formuliert: Die Profite werden nicht durch das Kapital erzeugt, sondern sind unbezahlte Arbeitskraft. Also sind sie (bei konstanter Ausbeutung) umso kleiner, je weniger Geld für Arbeitskräfte und je mehr für Maschinen und Rohstoffe ausgegeben wird. In der Praxis ermög der Anstieg der Arbeitsproduktivität, die Ausbeutung (also den Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, der von den Arbeitern erzeugt wird, aber den Kapitalisten gehört) zu steigern und damit den Fall der Profitrate zu bremsen, ohne den Lebensstandard der ArbeiterInnen zu senken. Der langsamere Anstieg der Arbeitsproduktivität führt dazu, daß die Kapitalisten den Fall der Profitrate nicht ausgleichen können, ohne die Löhne zu senken. Außerdem können es sich die Kapitalisten dann nicht mehr leisten, daß ein großer Teil des gesellschaftlichen Reichtums vom Staat ausgegeben wird, statt in ihre Taschen zu fließen. Auch wenn der kapitalistische Staat das Geld in ihrem Sinne ausgibt, den Nutzen haben sie erst in ein paar Jahre, während sie die Profite sofort brauchen.

Das hat zum Beispiel in den USA dazu geführt, daß der Staat in den letzten 15 Jahren die Ausgaben für Bildung und Infrastruktur immer mehr vernachlässigt hat. Aber der Zustand der Infrastruktur und der Ausbildungsstand der Lohnabhängigen bestimmen auch über die Arbeitsproduktivität. Wer-

den sie vernachlässigt, wächst die Produktivität noch langsamer oder sinkt gar. Das senkt natürlich den finanziellen Spielraum des Staats noch mehr etc. Es handelt sich um einen Teufelskreis, der zuerst leicht zu übersehen ist, weil vor allem langfristige Investitionen vernachlässigt werden. In den USA hat diese Entwicklung früher und stärker eingesetzt als in der BRD, weil die USA größere Militärausgaben hatten. Aber in der BRD werden jetzt die Ausgaben, um die sozialen Folgen der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Ex-DDR abzufedern, eine ähnliche Wirkung haben. In Japan befindet sich die Infrastruktur jetzt schon in einem bedenklichen Zustand. In dieser Zwickmühle werden die Kapitalisten in den nächsten Jahren verstärkt versuchen, die Reallöhne und den Lebensstandard der ArbeiterInnen zu senken. Aber sie werden dabei nicht nur Widerstand und eine Radikalisierung des Proletariats in den imperialistischen Ländern erzeugen. Der hohe Lebensstandard von heute ist ja keine Großzügigkeit der Kapitalisten. Mit den Lebensverhältnissen und dem Kulturniveau von vor hundert Jahren wäre die Arbeitsproduktivität von heute undenkbar. Selbst wenn es keinen bewußten Widerstand gegen Lohnsenkungen gäbe, die Qualität der Arbeit würde trotzdem leiden. Auch das wäre kein Ausweg. Reallohnsenkungen können die Mehrwertmasse nur kurzfristig steigern.

**parasitärer Charakter  
des Imperialismus**

Eine Verlagerung der Produktion in die koloniale Welt ist auch keine Rettung. Das Problem ist ja gerade, daß sich die entwickelten kapitalistischen Länder (was Infrastruktur, Bildungsstandard etc. betrifft) wieder Verhältnissen nähern, über die die koloniale Welt noch nie hinausgekommen ist. **Der Kapitalismus befindet sich seit Mitte der Siebziger Jahre in einer strukturellen Krise, in der er**

**kaum noch in der Lage ist, den Mehrwert weiter zu steigern.** Das kann er zur Zeit noch teilweise vertuschen durch eine massive Ausweitung der Verschuldung und Spekulation, durch die größere Ausbeutung der kolonialen Welt und zunehmende Umweltzerstörung. Die Ausbeutung der kolonialen Welt **bedeutet immer weniger, daß dort Profit produziert würde. Vielmehr wird der im Nachkriegsaufschwung dort produzierte Profit in die imperialistischen Länder transferiert und ein gigantischer Raubbau an der Natur betrieben.** Der Kapitalismus, der immer unfähiger wird, neue Werte zu erzeugen, rafft sich in der gesamten übrigen Welt (der kolonialen Welt und den ehemals stalinistischen Ländern) den dort existierenden bescheidenen Reichtum zusammen. Der schon von Lenin erkannte **parasitäre Charakter des Imperialismus bekommt eine neue Qualität.**

Das muß nicht heißen, daß der Kapitalismus in einer Todeskrise wäre. Wenn der Kapitalismus nicht bewußt von den ArbeiterInnen gestürzt wird, findet er immer einen Ausweg. Es bedeutet aber, daß der Kapitalismus nur nach einer gigantischen Roßkur, einer tiefen Depression mit riesiger Arbeitslosigkeit, Verelendung, Kriegen etc. einen neuen Boom mit Wachstumsraten wie in den Fünfzigern und Sechzigern kriegen kann. Aber auch dieser Boom wäre wahrscheinlich nicht dauerhaft, sondern eine Episode auf dem Weg in die Barbarei und die völlige Verwüstung unseres Planeten. Denn dieses Schicksal ist unausweichlich, wenn der Kapitalismus noch einige Jahrzehnte bestehenbleibt.

**Kämpfe unausweichlich**

Aber angesichts der gewaltigen Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, die der Kapitalismus in den nächsten Jahren versuchen wird, ist es ziemlich unrealistisch, daß sie widerstandstos hingenommen werden. **Die Krise des Kapitalismus zwingt die ArbeiterInnen und Jugendlichen auf allen Erdtei-**

**len in Kämpfe.**

Allerdings ist das Klassenbewußtsein in vielen Ländern, vor allem in den imperialistischen Ländern nicht sehr hoch. **Ein großer Teil der ArbeiterInnen wird die Aggressionen, die die sich verschlechternden Lebensverhältnisse hervorrufen, gegen sich selbst oder die eigene Klasse richten.** Drogensucht, Kriminalität, Gewalt in der Familie etc. werden zunehmen. Reaktionäre Ideologien, Nationalismus, Faschismus, die Hetze gegen AusländerInnen werden bei Teilen der Bevölkerung Unterstützung finden. Das nützt dem Imperialismus, weil es von den wirklichen Problemen ablenkt. Teilweise bereitet es ihm aber Probleme, weil sie das reibungslose Funktionieren der ArbeiterInnen im Produktionsprozeß behindern.

In der kolonialen Welt werden fundamentalistische und andere reaktionäre Strömungen antiimperialistisch auftreten müssen, weil sie nur so die Unterstützung der Massen kriegen können. Auch wenn diese Strömungen keinen Ausweg bieten, bringen sie zumindest den Imperialismus in Schwierigkeiten und vermessen ihm seine Profite. Dadurch verschärfen sie seine Krise.

Aber auch wenn in den Kämpfen in der kolonialen Welt in der nächsten Zeit reaktionärere Ideologien als der Stalinismus dominieren werden, die mit der chinesischen Revolution begonnene Epoche der Guerilla ist weitgehend zu Ende. Trotz des zum Teil **rückschrittlicheren Bewußtsein dominieren proletarische Kampfformen** so deutlich wie nie seit über 50 Jahren. Dieser Widerspruch wird dazu führen, daß **durch die Erfahrungen der ArbeiterInnen-Massenkämpfe das Bewußtsein in vielen Fällen sprunghafte Fortschritte machen wird.** Die PT in Brasilien hat gezeigt, wie schnell eine Organisation in der kolonialen Welt Massenanhang bekommen kann. In den nächsten Jahren werden auch marxistische Strömungen in einigen kolonialen Ländern zu Massenorganisationen werden.

# Proletarische Revolution und Sozialismus

In der Vergangenheit ermöglichte die Existenz starker stalinistischer Staaten die Errichtung von ArbeiterInnenstaaten durch andere Kräfte als das Proletariat; das ist jetzt fast völlig ausgeschlossen. Bei ihrem Versuch, den Reichtum der Welt zu ihren Gunsten neu aufzuteilen, werden die Imperialisten sich auf die Länder konzentrieren müssen, wo für sie etwas zu holen ist. In Ländern wie Äthiopien, das dauernd am Rand einer Hungersnot ist, sind keine nennenswerten Profite zu holen. Wenn die Imperialisten die koloniale Welt "auf Ration setzen", werden darunter vor allem die Länder leiden, in denen es schon einen gewissen Lebensstandard gibt, Länder, die in den Siebziger als "Schwellenländer" glorifiziert worden sind.

Derartige Länder, in denen es teilweise schon drastische Verschlechterungen gegeben hat (Argentinien, Brasilien, Türkei etc.) oder es zur Zeit einen gewaltigen Niedergang gibt (die ehemaligen stalinistischen Länder Osteuropas und die Verfallsprodukte der Sowjetunion) oder bald einer zu erwarten ist (Südafrika, Südkorea etc.) sind aber zugleich **Länder mit einer starken ArbeiterInnenklasse**. In den Achtziger- und noch mehr in den Neunziger-Jahren werden diese Länder vom Imperialismus geradezu in eine Revolution hineingepörselt. Daß in einem Land wie Südafrika der Kapitalismus noch existiert ist nur die Folge des Fehlens einer revolutionären Führung, aber die wird sich in den Kämpfen der nächsten Jahre herausbilden. **Diese Länder und die entwickelten kapitalistischen Länder werden für das Schicksal der Menschheit entscheidend sein.**

proletarische Demokratie

Die Auswirkungen einer erfolgreichen ArbeiterInnenrevolution auf das Bewußtsein des Weltproletariats

wären unvergleichlich höher als beim Sieg einer BäuerInnenguerilla oder gar einem Militärputsch. Das Ergebnis dieser Revolution wäre keine stalinistische Diktatur, sondern eine **ArbeiterInnen-demokratie**. Die stalinistische Diktatur in China setzte die bäuerliche "Volksbefreiungsarmee" ein, um Streiks niederzuschlagen, die zu ihrer Unterstützung gedacht waren. Sie wollte keine selbständige Bewegung und Organisation der ArbeiterInnen.

Eine Revolutionsregierung, die aus einer proletarischen Revolution hervorgeht, wäre von den ArbeiterInnen völlig abhängig. Es gäbe in irgendeiner Form ArbeiterInnenräte, von denen die Regierungsmitglieder gewählt würden. Alle wären **jederzeit absetzbar und würden nicht mehr als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn erhalten**. Es gäbe **kein stehendes Heer**, das vom Volk isoliert ist und gegen es eingesetzt werden kann, und **keine abgesonderte Bürokratie**, weil alle Menschen nach und nach in die verschiedensten Verwaltungsaufgaben eingearbeitet würden.

weltweite Sympathie

Eine solche Gesellschaft könnten die Imperialisten den ArbeiterInnen ihrer Länder nicht als Popanz darstellen, wie sie es mit den stalinistischen Diktaturen machen konnten. Auch wenn die Revolution sich nicht schnell ausbreiten würde, könnte sie nicht gewaltsam niedergeschlagen werden. Nach der russischen Oktoberrevolution haben die ArbeiterInnen Westeuropas und der USA verhindert, daß die Revolution militärisch niedergeschlagen wurde. Heute reagieren die Menschen noch viel spontaner auf Bewegungen und Ereignisse in anderen Ländern. Eine proletarische Revolution in irgendeinem Land würde bei den ArbeiterInnen

auf der ganzen Welt eine Welle der Sympathie auslösen. Auch wenn das Beispiel nicht sofort nachgeahmt würde, könnten die Imperialisten es nicht wagen, die Revolution militärisch niederzuschlagen. Sie würden spüren, daß die ArbeiterInnen ihres eigenen Landes das niemals dulden würden.

Der Sozialismus in einem Land ist nicht möglich und in einem rückständigen Land der kolonialen Welt schon gar nicht. Aber eine siegreiche Revolution wäre nicht allein. Die ArbeiterInnen der anderen Länder würden nicht nur eine militärische Intervention verhindern, sondern auch einem Wirtschaftskrieg oder anderen Erpressungsversuchen Widerstand entgegensetzen. Jeder derartige Versuch der Imperialisten würde nur ihr eigenes Proletariat politisieren und radikalisieren. In den USA zum Beispiel würde eine ArbeiterInnenrevolution in einem lateinamerikanischen Land ein gigantisches Echo bei den Millionen "hispanischen" (und den schwarzen) ArbeiterInnen finden. Nach einiger Zeit würden auch andere Länder dem Beispiel folgen. **Eine einzige erfolgreiche proletarische Revolution würde den ganzen Erdball verändern.**

demokratische Planwirtschaft

Durch die Errichtung einer **demokratischen Planwirtschaft** würde eine noch schnellere gesellschaftliche Entwicklung erreicht als in der Sowjetunion in ihren besten Zeiten. Die Kapitalisten und ihre Presse versuchen, Marktwirtschaft und Demokratie einerseits und Planwirtschaft und Diktatur andererseits gleichzusetzen. Tatsächlich sind die meisten kapitalistischen Länder bürgerliche Diktaturen oder lange Zeit Diktaturen gewesen. Tatsächlich funktioniert die Marktwirtschaft gut ohne freie Gewerkschaften und ArbeiterInnen-

nenparteien.

*Dagegen kann eine Planwirtschaft ohne demokratische Kontrolle der ArbeiterInnen und VerbraucherInnen nicht funktionieren* bzw. erfordert den dreifachen Aufwand an Menschen und Material, der sonst nötig wäre. Die Marktwirtschaft bedeutet zwar Verschwendung im Großen, aber im Kleinen ist sie durch das Wirken des Konkurrenz- und Profitmechanismus tatsächlich effizient. Ohne Demokratie wird in der Planwirtschaft die schlechte Effizienz des Marktes in der Tat durch totale Verschwendung ersetzt.

Der stalinistische Versuch, die demokratische Kontrolle von unten durch Kontrolle von oben zu ersetzen, mußte scheitern. Die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Teilen der Bürokratie (Zentrale-Betriebe etc.) und zwischen Bürokratie und ArbeiterInnen führten dazu, daß die Zentrale alles bis ins Detail zu regeln versuchte, damit die Betriebe die Pläne nicht gemäß ihren Sonderinteressen uminterpretieren konnten. Da die Zentrale dazu nicht die entsprechenden Detailkenntnisse hatte, im Gegenteil von den unteren Ebenen systematisch geschönte Zahlen vorgelegt bekam, mußten die Pläne immer mehr den Kontakt zur Realität verlieren. Die ArbeiterInnen hatten ebenfalls wenig Interesse, sich für Pläne ins Zeug zu legen, die nicht ihren Bedürfnissen entsprachen.

In einer demokratischen Planwirtschaft würden die Wirtschaftsziele durch demokratische Willensbildung von unten nach oben gesellschaftlich festgelegt. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen (im Be-

trieb, in jeder Branche, auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene würden Diskussionen geführt um eine Wirtschaftsorganisation im Interesse von Mensch und Umwelt.

Leistungs- und Entscheidungsgremien in Wirtschaft und Staat würden demokratisch gewählt, wären rechen-schaftspflichtig und jederzeit absetzbar. Sie hätten keine höheren Löhne oder sonstigen Privilegien. Unter diesen Bedingungen wären Leute, die nur auf Privilegien aus sind, nicht bereit, solche Posten zu übernehmen, sondern nur solche, die sich für die Allgemeinheit einsetzen wollen. Natürlich würden auch Fehler gemacht werden. Aber während in der 'Marktwirtschaft' wie in der bürokratischen Planwirtschaft die ProduzentInnen und KonsumentInnen Fehler ausbaden müssen, ohne selbst entscheiden zu können, sind in einer demokratischen Planwirtschaft die Fehler von den Betroffenen leicht korrigierbar.

## riesige Möglichkeiten

Durch die demokratische Mitwirkung der ProduzentInnen kann *die schöpferische Energie der einzelnen Gesellschaftsmitglieder freigesetzt werden*. Alle gesellschaftlich und ökologisch sinnvollen technischen Möglichkeiten, die heute von den Unternehmen zurückgehalten werden, könnten eingesetzt werden, um die Produktivität der Arbeit, die Qualität und Lebensdauer der Produkte zu vergrößern. Dadurch wäre drastische Maßnahmen gegen die Umweltzerstö-

rung, eine wesentlich bessere Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, vor allem in der kolonialen Welt, und eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich. Bei wachsender Lebensqualität, sinkender Arbeitszeit und demokratischer Mitwirkung aller Betroffenen wird die Motivation der Menschen nicht niedriger sondern höher als im Kapitalismus sein.

Die *Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse* ist in einer demokratischen Planwirtschaft kein Problem. Natürlich kann man in der Marktwirtschaft aus dem Kaufverhalten auf die Bedürfnisse schließen. Aber einfacher und sicherer ist es, die Leute einfach zu fragen, was sie wollen, was ihnen an diesem oder jenem Produkt nicht paßt. Das wissen auch die Unternehmer und deshalb betreiben sie umfangreiche Marktforschung. Das ist in einer Planwirtschaft genauso möglich. In der DDR haben die Bürokraten nicht an den Bedürfnissen vorbeigeplant, weil sie sie nicht hätten ermitteln können, sondern weil sie sich nicht für sie interessierten. Die KonsumentInnen mußten kaufen, was ihnen vorgesetzt wurde. In einer demokratischen Planwirtschaft können sie (direkt oder über VerbraucherInnenorganisationen) ihre Wünsche durchsetzen.

*Eine demokratische Planwirtschaft in einer weltweiten Föderation sozialistischer Staaten ist die einzige Möglichkeit, die Bedürfnisse der gesamten Menschheit dauerhaft zu befriedigen. Für die Völker der kolonialen Welt ist nur die sozialistische Revolution ein Ausweg aus der täglichen Hölle des Kapitalismus.*

# ProletarierInnen aller Länder, vereinigt euch !

**KURT TUCHOLSKY:**  
**MÄDCHEN AUS SAMOA (1928)**

Ich bin ein Mädchen aus Samoa. Wir gingen  
mit Schmuckketten und einem Schurz bekleidet,  
die Tiere des Waldes haben uns um unsere Schönheit beneidet -  
wir waren frei wie sie.

Dann aber sind die weißen Fremden in unser Land gekommen  
und haben uns unsere Götter und unsere Felder fortgenommen -  
was haben sie uns dafür gegeben?

Ihre Missionare gaben uns einen Aberglauben und Plappergebete;  
ihre Kaufleute gaben uns Whisky, bedruckten Kattun und Eisengeräte -  
seit wir es kennen, brauchen wir das.

Ihre Soldaten gaben uns eine neue Art, zu morden und zu henken;  
ihre Männer gaben uns die Syphilis benebst einigen anderen Geschenken -  
Das haben sie uns dafür gegeben!

In meinen tiefen Augen liegt noch die Schönheit unserer Allmutter Natur  
Um meine Beine schlottert schon der Rock der Zivilisation -wartet nur:  
noch bin ich halb.

Eines Tages aber werden wir alle die europäischen Gaben gegen die Ausbeuter wenden  
Telegrafen und Automobile bedienen wir mit unseren braunen Händen;  
eines Tages kämpfen wir, braune und gelbe Arbeiter, für unser eigenes Leben:  
eines Tages werden die Kontinente sich ihre Freiheit geben!

Denn *ein* Schrei geht durch die Welt, *eine* Sehnsucht -  
Aus schwer arbeitender Brust ein Gekeuch:  
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Anhang: Auszüge aus

## Ted Grant:

### Die chinesische Revolution

#### (Januar 1949)

## Das stalinistische Agrarpro-

### gramm

Auf der Nationalen Landwirtschaftskonferenz der Chinesischen Kommunistischen Partei, die am 13. September 1947 abgehalten wurde, wurde vorgeschlagen, ein Agrargesetz durchzuführen, das die folgenden Maßnahmen enthalten sollte:

Artikel 1. Das Agrarsystem der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung ist abgeschafft. Das Agrarsystem nach dem Prinzip "Den Boden für den, der ihn bebaut" ist einzuführen.

Artikel 2. Die Eigentumsrechte an Land aller Großgrundbesitzer werden abgeschafft.

Artikel 3. Die Eigentumsrechte an Land aller alten Schreine, Tempel, Klöster, Schulen, Institutionen und Organisationen sind abgeschafft.

Artikel 4. Alle vor der Reform auf dem Land gemachten Schulden werden annulliert.

Artikel 10, der direkt auf die Soldaten und sogar die Offiziere der Kuomintang abzielte, lautet auszugsweise:

Absatz c. Alles Personal der Volksbefreiungsarmee, der demokratischen Regierungen und aller Volksorganisationen, deren Wohnung auf dem Land liegt sollen für sich und ihre Familien im gleichen Umfang Land und Eigentum erhalten wie die Bauern.

Absatz d. Großgrundbesitzer und ihre Familien sollen im gleichen Umfang Land und Eigentum erhalten wie die Bauern.

Absatz e. Familien von Kuomintang-Offizieren und -Soldaten, Mitglieder der Kuomintang-Partei und anderes feindliches Personal, deren Wohnungen auf dem Land liegen, sollen im gleichen Um-

fang Land und Eigentum erhalten wie die Bauern.

Eine der herausragenden Tatsachen bei der Situation in China ist die *relative Passivität der Arbeiterklasse*. Es stimmt, daß es als Ergebnis des Zusammenbruchs der Tschiang-Armeen weitverbreitete Streikkämpfe in den großen Städten Schanghai, Kanton, Hankow und Nanking gegeben hat, trotz der Unterdrückung. Trotzdem ist es klar, daß, sobald die Stalinisten auf die großen Städte am Jangtse vorrücken werden, die Arbeiter mangels einer Alternative für die Massen sich nur um ihre Fahne sammeln können. Die Arbeiter haben nie das Tschiang Kai-Schek-Regime unterstützt.

Jeder sozialistische Arbeiter wird der Zerstörung des Feudalismus und des Kapitalismus im großen Maßstab in diesem wichtigen Teil Asiens aus ganzem Herzen Beifall klatschen, obwohl er unter der Führung des Stalinismus durchgeführt wird. In seinen *langfristigen Auswirkungen* ist das so wichtig wie die Oktoberrevolution selbst. Man könnte keine bessere marxistische Analyse des düsteren Bildes für die Kapitalisten weltweit aufstellen als die, die sich im Leitartikel der "TIMES" vom 10. November 1948 ausdrückt:

Günstigstenfalls bedeutet das nur einen einzelnen Rückschlag (Hsuckow, das die Nationalisten damals behaupteten und das

seitdem gefallen ist) nach Monaten von Erfolgen, die das Kräfteverhältnis - militärisch, industriell, ideologisch - auf die kommunistische Seite verschoben haben. Ihre sich ausdehnende Macht über große Gebiete von Nord- und Mittelchina hat eine viel tiefere Bedeutung als die japanische Invasion vor zehn Jahren, weil die Kommunisten - nach wie vor entscheidend unterstützt von Rußland und weiterhin Marxisten - die heimischen revolutionären Kräfte aufbieten und organisieren. In seiner gewaltigen Größe und seinen nur zu wahrscheinlichen Konsequenzen muß der gegenwärtige Umsturz eher mit der russischen Revolution von 1917 verglichen werden - von der er direkt und offensichtlich abstammt. Größerer Erfolg für die Chinesen würde größeren Einfluß bedeuten - und im entscheidenden Augenblick größeren Erfolg - für die Macht, mit der sie sich verbünden. Langgehegte sowjetische Pläne, die rückständigen Millionen Asiens in das Lager umschwenken zu lassen, das schon von der Oder bis Sachalin reicht, würde die bisher größte Verstärkungsmaßnahme erhalten.

(...) Für ihre Divisionen können sie sich auf die Bauernschaft stützen, und sie waren in der Lage, die Unterstützung der Bauernschaft zu gewinnen, indem sie die meisten Großgrundbesitzer enteignet und ihr Land unverteilt haben. Bisher war der Erfolg der Bodenreform der Kommunisten deutlicher sichtbar, weil sie nicht viele große Städte ernähren mußten; die Nahrungsmittel sind hauptsächlich in den ländlichen Gebieten geblieben. In einigen Regionen hat ein Kommandant diejenigen, die er als Antikommunisten eingeschätzt hat, unbarmherzig erschossen oder eingesperrt. In anderen wurde Toleranz an den Tag gelegt und

die traditionelle Lebensweise nur wenig verändert. Geschäftsleuten und andren wurde die Wahl gelassen, zu bleiben oder zu gehen. Diese zur Schau gestellte Toleranz scheint die Politik von Mao Tse-Tung zu sein, dem sehr schlaunen kommunistischen Führer. Seine Schriften und Reden zeigen ihn als unerschütterlichen Marxisten, aber einer, der erkennt, daß Marx' Analyse der Chancen für eine Revolution im industrialisierten Europa des letzten Jahrhunderts nicht genau auf den hauptsächlich landwirtschaftlichen und primitiven Zustand eines Großteils von China angewandt werden kann. Er scheint

sich dafür entschieden zu haben, sein kommunistisches Ziel in zwei Etappen zu erreichen. Erst gibt es ein System von relativ freiem Handel, ähnlich der Neuen Ökonomischen Politik, die Lenin nach dem anfänglichen Scheitern des militanten Kommunismus in Rußland eingeführt hat. Gegenwärtig proklamiert er diese Etappe und hofft dabei, nicht ohne Erfolg, nicht nur die Bauern zu gewinnen, sondern auch die Ängste vieler Städter zu besänftigen. Als zweites, wenn die erste Etappe beendet ist, plant er, den weiteren Schritt zum marxistischen Sozialismus zu machen.

Die Bezüge auf den Marxismus und die kommunistische Politik von Mao sind natürlich falsch. Die Politik des Stalinismus in Rußland, in Osteuropa und in China ist von allen kapitalistischen Journalisten als Marxismus etikettiert worden. Es ist eine Perverterung des Marxismus. Trotzdem, die TIMES sieht, daß die Taktik der chinesischen Stalinisten ähnlich der der Stalinisten in Osteuropa sein wird.

## Zwei Seiten der Medaille

Während wir die Zerstörung des Feudalismus in China unterstützen, muß es betont werden, daß nur eine schreckliche Karikatur des marxistischen Konzepts der Revolution resultieren wird wegen der Führung der Stalinisten. Keine wirkliche Demokratie, sondern ein totalitäres Regime, so brutal wie das von Tschiang Kai-Schek, wird sich entwickeln. Wie die Regime in Osteuropa wird Mao Rußland als sein Modell betrachten. Zweifellos wird ein riesiger ökonomischer Fortschritt erreicht werden. Aber die Massen, sowohl Arbeiter als auch Bauern, werden sich von der Bürokratie versklavt wiederfinden. Die Stalinisten gliedern in ihr Regime ex-feudale Militaristen, kapitalistische Elemente und die bürokratische Beamtschaft in den Städten ein, die privilegierte Positionen und Machtpositionen bekommen werden.

Auf der Grundlage einer so rückständigen Wirtschaft wird es eine Differenzierung innerhalb der Bauernschaft im großen Maßstab geben

(wie nach der russischen Revolution während der NEP-Periode), die durch das Unterlassen der Verstaatlichung des Bodens unterstützt wird; die kapitalistischen Elemente im Handel und auch in der Leichtindustrie könnten die Grundlage für eine kapitalistische Konterrevolution schaffen. Man muß berücksichtigen, daß wegen der größeren Rückständigkeit Chinas das Proletariat in China im Verhältnis zur Bauernschaft schwächer ist als es in Rußland während der NEP der Fall war. Selbst in der Tschechoslowakei und ähnlich in anderen osteuropäischen Ländern, wo die kapitalistischen Elemente relativ schwächer waren, bestand trotzdem eine Zeitlang die Gefahr eines kapitalistischen Umsturzes. Der Umstand, daß die Arbeiter und Bauern keinerlei demokratische Kontrolle haben werden und daß die totalitäre Tyrannei auf die asiatische Barbarei und die Grausamkeiten des alten Regimes draufgesetzt wird, verstärkt dieses Möglichkeit. Trotzdem ist es

wegen der historischen Tendenz des Niedergangs des Kapitalismus im Weltmaßstab wohl wahrscheinlich, daß die kapitalistischen Elemente besiegt werden. Die Schwäche des Weltimperialismus sieht man an dem Umstand, daß sie, während sie gegen die chinesische Revolution von 1925-27 direkt intervenierten, heute dem Zusammenbruch des Tschiang-Regimes hilflos zusehen.

Es ist aber ziemlich wahrscheinlich, daß Stalin ein neuer Tito bevorsteht. Die gewitzteren kapitalistischen Kommentatoren spekulieren schon darüber, obwohl es für sie ein schwacher Trost ist. Mao wird eine mächtige Basis haben in China mit seinen 450-500-Millionen-Bevölkerung, seinen potentiellen Rohstoffen und der unbestreitbaren Massenunterstützung, die das Regime in seinen frühen Stadien haben wird. Die Konflikte, die sich dabei eröffnen, sollten weitere Mittel sein, um der Arbeiterklasse der Welt beim Verständnis der wirklichen Natur des Stalinismus zu helfen.